grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte

absoluter mehrwert und
proletarische existenz

frauenlesben gegen zwangsarbeit:
gesamtösterreichisches arbeitshaus

brillen & schlangen
pol pot-kritik streifzug

vereinnahmung der revolte
eine (selbst)kritik

das monster prekariat
eine mobilisierung

MIT NACHDRUCK:
intelligenz & klassenbewusstsein

außerdem: chto delat?,
buchbesprechungen

21

frühling 2007 / preis 4,80 euro

Inhaltsverzeichnis

[1] Impressum Seite 2

[2] Editorial, Bericht von „Chto delat?“ (St. Petersburg/Moskau) [Alexei Penzin] Seite 3

[3] Die Aktualität des absoluten Mehrwerts und die Reproduktion der proletarischen Existenzsituation. Bemerkungen zu einigen Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalverhältnisses [Karl Reitter] Seite 6

[4] Wie entsteht ein gesamtösterreichisches Arbeitshaus? Wer nicht kuscht und dient, ist draußen! [FrauenLesben gegen Zwangsarbeit] Seite 20

[5] Von Brillen und Schlangen: Der Diskurs über die Roten Khmer. Ein Streifzug durch die politische Pol Pot-Kritik [Andreas Kranebitter] Seite 23

[6] Vereinnahmung der Revolte. (Selbst-)Kritische Anmerkungen zur Diskussion um die französischen Vorstadtunruhen [Max Henninger] Seite 36

[7] Das Monster Prekariat [Gerald Raunig] Seite 42

[8] MIT NACHDRUCK: Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewusstsein [Hans-Jürgen Krahl] Seite 49

[9] Buchbesprechungen Seite 58

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 7.3.07, Redaktionsschluss # 22: 10.5.07

Die **Redaktionstreffen** der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr in der Martinstraße 46, 1180 Wien, statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **grundrisse@gmx.net**
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro**!
Bestellungen entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), Bankleitzahl 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter,
Zahlungszweck: Abo ab Nr. xx

Impressum: Medieninhaberin: Partei grundrisse Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion grundrisse (Wolfgang Bacher, Dieter A. Behr, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Käthe Knittler, Birgit Mennel, Minimol, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann, Klaus Zoister)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: FrauenLesben gegen Zwangsarbeit, Max Henninger, Andreas Kranebitter, Lise Langsteg, Alexei Penzin, Gerald Raunig und alle jene, die uns die Covers ihrer Lieblingsplatten bzw. CDs zukommen haben lassen.
Graphikkonzept: Harald Mahrer, Layout: Karl Reitter, Umschlag: Andrea Salzmann
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei grundrisse ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

in dieser Ausgabe findet ihr einen Bericht von „*Chto delat*" (Was tun?) aus Russland, über den wir uns ganz besonders freuen, sind wir doch stets bestrebt den Austausch der Linken auch und gerade jenseits der „üblichen" Länder (und Sprachen) voranzutreiben. Nicht zuletzt die Sprachbarriere stellt dabei ein elementares Problem dar. Obwohl wir gerade in letzter Zeit Kontakte nach Slowenien, Ungarn und in die Slowakei knüpfen konnten, ist es uns bislang nur einmal gelungen, einen Artikel aus dem Slowenischen zu übersetzen. Es sind übersetzerische Kapazitäten, die wir – als „ehrenamtliche" RedakteurInnen – nicht noch zusätzlich bereitstellen können. Deshalb hier eine Frage an die geneigte LeserInnenschaft: Sollen die **grundrisse** künftig ab und an auch Artikel in englischer Sprache publizieren? Die Redaktion hat hiezu keine einheitliche Meinung, fest steht jedenfalls, dass der Austausch mit mittel- und osteuropäischen AktivistInnen und TheorieproduzentInnen künftig einen hohen Stellenwert einnehmen soll. Teilt uns eure Sicht der Dinge mit, wobei wir aber auch Übersetzungsangebote selbstverständlich nicht ausschlagen würden …

Zu den Texten der vorliegenden Ausgabe: Karl Reitter zeichnet die Wiederkehr des absoluten Mehrwerts im postfordistischen Kapitalismus und die damit verbundene (Re-)Produktion der proletarischen Existenz nach, „Wie entsteht ein gesamtösterreichisches Arbeitshaus" ist der Abdruck einer Flugschrift der „FrauenLesben gegen Zwangsarbeit" aus Wien und unseres Erachtens einer der besten Texte zur „neuen" sozialdemokratisch geführten Regierung in Österreich. Andreas Kranebitter lädt zu einem Streifzug durch eines der dunkelsten Kapitel revolutionärer Bewegungen, nämlich das Pol Pot-Regime – anhand ausgewählter Kritiken des Regimes. Max Henninger kritisiert nicht zuletzt sich selbst anhand eines in der Nummer 17 der **grundrisse** erschienenen Textes zu den Aufständen in den Pariser Banlieus. Das Monster Prekariat will der Beitrag von Gerald Raunig mobilisieren und in MIT NACHDRUCK gibt´s einen Klassiker, nämlich Hans-Jürgen Krahls Text zum Verhältnis von Intelligenz und Klassenkampf aus dem Jahre 1969.

Krahl, 1970 viel zu früh bei einem Autounfall ums Leben gekommen, war Adorno-Schüler und wohl der spannendste Denker des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Angesichts der oft hilflos wirkenden Diskussionen zu Universitätsreformen, Studiengebühren und der sogenannten „Privatisierung der Bildung" sollen die Krahlschen Thesen dazu anregen, über grundsätzliche Aspekte gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die Rolle der Wissenschaft als kapitalistischer Produktivkraft nachzudenken. Für die lohnende Auseinandersetzung mit Krahl empfehlen wir die Krahl-Seiten im Internet (http://www.krahl-seiten.de), aus denen auch der hier vorliegende Nachdruck stammt. Zum Abschluss dieser Nummer gibt´s, nachdem wir in den letzten **grundrisse**-Ausgaben ja äußerst sparsam rezensiert haben, diesmal gleich mehrere Buchbesprechungen.

Der kommende Frühling bringt auch einige Veranstaltungen, die wir euch hiermit ausdrücklich ans Herz legen möchten, zumindest so weit ihr euch zum entsprechenden Zeitpunkt in Wien befindet: Am 19. März stellen die **grundrisse** gemeinsam mit dem Literaturbuffet Lhotzky ebendort, nämlich in der Rotenstern(!)gasse, Wien 2, das vor kurzem erschienene Agit-883-Buch mit dem Co-Herausgeber Markus Mohr vor, am 29. und 30.3. beteiligen wir uns an „Let´s organize!", einer Tagung zu (Selbst)Organisierungspraxen im Kontext gegenwärtiger Prekarisierungsprozesse, veranstaltet von euromayday.at und GPA-DJP / work@flex. Am 14. April findet im Institut für Wissenschaft und Kunst in Wien eine internationale Tagung zum politischen Denken von Cornelius Castoriadis statt und am 28.4. lädt die **grundrisse**-Redaktion zu einem Kurz-Seminar zum Themenkreis „Multitude" ins Amerlinghaus. Nähere Informationen zu allen Veranstaltungen findet ihr unter www.grundrisse.net.



Zum Titelbild wiederum, selbst betitelt mit „IHR LAND?“, könnt ihr den aus Platzmangel hier nicht abgedruckten Text von Lisa Waldnaab ebenfalls auf unserer Homepage nachlesen. Hier ein kurzer Auszug:

„Das Objekt unsres Titelbilds stammt aus der Produktion des österreichischen Wäscheriesen – es wurde entweder in Vorarlberg oder irgendwo in Asien hergestellt. Auf den Webseiten der Firma erhält man über die Standorte der Produktion keine Auskunft, aber mein „personal Coach“, eine „neue Selbständige“, die ich im AMS-Kurs luxuriöser Weise ganz für mich allein habe, wusste zufällig darüber Bescheid (Es kommt halt darauf an: verstehst Du Dich mit Deinem Coach oder verstehst Du Dich nicht?)“

Die Bildstreifen dieser Ausgabe zeigen Covers der Lieblingsplatten von Redaktionsmitgliederm und FreundInnen, wobei nähere theoretische Analysen dazu wohl auf absehbare Zeit NICHT den Weg in die **grundrisse** finden werden. Abschließend möchten wir uns bei Markus Koza für die wiederholte Falsch-Schreibung seines Vornamens in den letzten **grundrissen** entschuldigen.

Anregende Lektüre und wilde Kämpfe wünscht eure **grundrisse**-Redaktion

Bericht aus Russland von „Chto delat?“: „Ein anderer Marx oder unsere imaginäre Generation und ihre politische Sprache“

Von Alexei Penzin, übersetzt von Mischa Gabowitsch

Die politische Sprache der 1990-er Jahre gleicht in ihrer intellektuellen Desorientierung der Spitze eines Eisbergs. Die Allergie ihrer AutorInnen gegen die schwerfällige Sprache des Sowjetmarxismus äußert sich in vielen Texten als eine Art verbaler Ausschlag. So schrieb der geschätzte Übersetzer eines 1996 erschienen Bandes mit Essays von Walter Benjamin in seinem Vorwort, die ersten Seiten des berühmten Aufsatzes „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ könne man getrost überlesen; sie legen lediglich „langweilige“ Passagen von Karl Marx dar. Marx wurde ausschließlich mit dem sowjetischen Erbe in Verbindung gebracht; der „andere Marx“ hingegen erschien als eine Spielerei verwöhnter westlicher Intellektueller, die Stalins Terror nicht am eigenen Leibe und die spätsowjetische Demenz der kommunistischen Ideologie nicht am eigenen Geiste erlebt hatten.

Für die Mitglieder der neomarxistischen Gruppe „Chto Delat?“ war dieser scheinbar natürliche Antimarxismus seinerseits bereits veraltet. Um ihren Widerspruch gegen diese Art Ignoranz zu artikulieren, begaben sie sich auf die Suche nach einer neuen Sprache, nach neuen Äußerungsformen und Möglichkeiten gemeinsamer Sprachschöpfung. Nach und nach bildete die Gruppe in ihrer gleichnamigen Zeitung verschiedene Formen taktischen Vorgehens heraus: kurze Statements, knappe und klare Positionstexte, poetische Essays, Interviews, dramaturgisch gestaltete Dialoge, thematisch fokussierte E-Mail-Diskussionen, scharfe Debatten oder spontan sich findende Ko-AutorInnen. Inhaltlich liegt all diesen Texten eine auf mehreren Ebenen vollzogene Abgrenzung von unserem unmittelbaren ideologischen Umfeld zugrunde. Diese Abgrenzung lässt sich am besten aus historischer Perspektive verdeutlichen.

Das Kernproblem ist für uns die Frage nach der Sprache, der sich das politische Denken „unserer Generation“ bedienen könnte. „Sprache“ steht hier sowohl für Inhalt und Terminologie als auch für Stil und Genre. Die angesprochene „Generation“ ist bislang eher imaginär, da „unsere“ Sprache leider von relativ wenigen gesprochen wird. Vielleicht belegt aber gerade diese Begrenztheit auf einen kleinen Kreis das Potential unserer sprachlichen Grenzziehungen. Diese betreffen als erstes den grundsätzlichen und immer schärfer werdenden Gegensatz zwischen unserem Studieninteresse an Theorie und Philosophie und den heimischen Gegebenheiten.

In den 1990er Jahren fiel uns als StudentInnen der zeitgenössischen – westlichen – Philosophie deren politischer Aspekt auf. Selbst jenseits „parteigebundenen“ marxistischen Denkens bezieht sie sich in der einen oder anderen Weise konstant auf die linke intellektuelle Tradition, wobei sie deren Kanon auch kritisch hinterfragt.

Eine andere Position in unserem intellektuellen Umfeld war der Gestus demonstrativer Abkehr vom Politischen. Die Ereignisse der 1990-er Jahre legten nahe, Politik als etwas Niederes, als eine Sphäre von Korruption, Manipulation und roher Gewalt anzusehen, einer Gewalt, die sich vor dem Hintergrund der zuvor gehegten Hoffnungen auf Demokratisierung und gesellschaftliche Modernisierung besonders brutal ausnahm. Die Alternative zur Politik war die bewusste Flucht in die philosophische Marginalität, die als die einzig mögliche Form kritischen, radikalen Denkens gesehen wurde. Angeregt durch die Beschäftigung mit zeitgenössischen westlichen Theorien revolutionierte sich die heimische Theoriesprache. Gleichzeitig fanden die vom sowjetischen „Underground" geprägten experimentellen diskursiven Praktiken größere Verbreitung, vom subversiven Aberwitz der Konzeptualisten bis hin zum virtuosen Sarkasmus der Unterschichten. Aber spöttische Kommentierung ist kein Ersatz für eine Gesellschaftstheorie.

Diese apolitische Einstellung verfestigte sich und wurde zu einer Form der Flucht aus der traumatischen Realität. Man profilierte sich etwa als Spezialist für Phänomenologie oder zeitgenössische französische Theorie. Die öffentliche Rolle der Intellektuellen im postsowjetischen Raum beschränkte sich zunehmend auf das Kommentieren von Ereignissen in den Bereichen Kunst, Massenkultur und Medien; politische Analyse und Kritik wurden nicht mehr betrieben.

Im äußersten Fall beteiligten sich Intellektuelle an „polittechnologischen" Projekten, mit denen gesellschaftliche Prozesse von oben gesteuert werden sollten. Diese Aktivitäten drückten ebenfalls die traumatische Vorstellung von Politik als etwas Profanem aus, waren aber auch der objektiven Mittellosigkeit der Intellektuellen geschuldet.

Die herrschenden Gesetze des Marktes brachten auch hier keineswegs „alles ins Gleichgewicht" [wie die ReformerInnen der frühen 1990-er Jahre versichert hatten]. Denen, die sich darauf einließen, forderte der Markt keine Detailkenntnisse in Sachen Dekonstruktion oder Schizo-Analyse ab, sondern lediglich grob gefertigte Produkte wie zum Beispiel verlogene Wahlprogramme. Oder aber er ließ die Intellektuellen ihre Kenntnisse im Dienste von Neureichen demonstrieren, die, in guter feudaler Manier, ein Vergnügen daran fanden, „intellektuelle Zeitschriften" zu finanzieren.

Unsere Entscheidung für die linke politische Tradition verschafft uns keine Vorteile. Wir haben uns deren Sprache kreativ angeeignet, indem wir Bücher lasen, als andere Intellektuelle sich mit Veröffentlichungen in Zeitungen wie „Kommersant" oder „Sewodnja" einen Namen in der Medienwelt machten. Gleichzeitig haben wir mit dem von rückwärtsgewandten Kreisen „privatisierten" intellektuellen und symbolischen Erbe der Sowjetunion nichts zu tun. Neben unserer Lektüre ging es uns darum, neue gesellschaftliche Realitäten zu begreifen, deren Interpretation weder eine gutgläubige Medientheorie leisten kann noch der Poststrukturalismus, wenn er in Form des Mantras „Es gibt nichts außerhalb des Textes" daherkommt. Die Kommerzialisierung von Kultur und Bildung, das aufdringliche konsumistische Gemurmel der Werbung, die Entprofessionalisierung an den Universitäten, die Verlumpung eines großen Teils der Bevölkerung.

All dies geht mit einer schamlosen Propaganda einher, die den Deckmantel für eine neue autoritäre Konsolidierung der Macht und des Kapitals abgibt. War der öffentliche Raum in den 1990-er Jahren von einer Sprache beherrscht, die Modernisierung vortäuschte, so haben sich in den letzten Jahren viele derjenigen, die früher „marxistische Passagen" für „überflüssig" hielten, eine konservative und nationalistische Rhetorik zu eigen gemacht. Aus allen Winkeln sind diejenigen hervorgekrochen, die zu Zeiten des Liberalismus kaum eine Öffentlichkeit fanden: „Reaktionäre jedweder Couleur", die jetzt gegen den „faulen Postmodernismus" und für orthodoxe oder noch ärgere Werte zu Felde ziehen und die früheren apolitischen Bewunderer des „radikalen Denkens" angreifen.

Bislang hat sich unsere Sprache nur einen kleinen öffentlichen Raum erobert, zwischen der in aromatischen dünnen Rauchwölkchen verpuffenden liberalen Hegemonie, dem autistischen Pathos der Ordnungshüter „radikalen Denkens" und dem aufgeplusterten Folklore-Patriotismus der „traditionellen Werte". Viele dieser „Radikalen" und „Patrioten" sind unsere Altersgenossen, politisch aber gehören sie zu einer ganz anderen Generation. Wir werden kaum gesehen, weil absurderweise die russischen Medien die Bezeichnung „links" für die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation und ihresgleichen verwenden, die früher als „rechte Nationalbolschewisten" bezeichnet wurden. Einen „anderen Marx" hat es hier in Russland noch nie gegeben. Ob unsere Sprache zu einer echten intellektuellen und politischen Modernisierung beitragen wird, bleibt daher offen.

Alexei Penzin *(Jg. 1974) lebt in Moskau und ist Mitglied der Plattform „Chto delat?". Er promovierte 2006 am Philosophischen Institut der Russländischen Akademie der Wissenschaften über „Repräsentation des Schlafes in der Kultur".*

Karl Reitter

Die Aktualität des absoluten Mehrwerts und die Reproduktion der proletarischen Existenzsituation

Bemerkungen zu einigen Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalverhältnisses

Im Programm der neuen österreichschen Bundesregierung findet sich ein Bündel von Maßnahmen, deren Tragweite ausgesprochen und verstanden werden muss: es geht um die Durchsetzung von formal freiwilliger Unterwerfung unter erzwungene Arbeit. Es handelt sich in der Geschichte der II. Republik um eine neue Qualität des Zugriffs auf die Arbeitskraft. Schon bisher waren Arbeitslose gezwungen, jeden angebotenen Arbeitsplatz zu allen Bedingungen anzunehmen. Wer jedoch die geplante Mindestsicherung in Anspruch nehmen will, muss bereit sein, widerspruchslos jede ihm zugeordnete „gemeinnützige Tätigkeit" zu akzeptieren. Im aktuellen Regierungsprogramm wird Klartext gesprochen: „Die Zumutbarkeitsbestimmungen werden gerechter und praxisnäher gestaltet. Langzeitarbeitslose werden in gemeinnützige Arbeitsprojekte eingebunden und zur Weiterbildung verpflichtet. Damit ist sichergestellt, dass es sich bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung um kein arbeitsloses Grundeinkommen handelt."[1] Diese geplanten gemeinnützigen Tätigkeiten, sei es für StudentInnen, sei es für BezieherInnen der Mindestsicherung, entsprechen aber keineswegs regulären, durch Kollektivverträge definierten Arbeitsverhältnissen. Ähnlich wie der Militär- oder Zivildienst regelt ausschließlich der Staat mittels Gesetzen und Verordnungen Art, Dauer, finanzielle Zusatzleitungen sowie Zugänge zu diesen Tätigkeiten. Ist das reguläre Arbeitsverhältnis ein Vertrag zwischen Arbeitskräften und den KapitalbesitzerInnen, regelt bei den gemeinnützigen Tätigkeiten der Staat die Bedingungen. In anderer Form ist diese geplante Praxis nicht denkbar und sie wird in allen Ländern, wo sie existiert, exakt so gehandhabt. Es entsteht dadurch ein ausgegliederter Beschäftigungssektor, in dem alle Standards der Lohn- und Erwerbsarbeit aufgehoben sind. Da es sich um kein übliches Arbeitsverhältnis handelt, existiert auch kein Streikrecht. Da niemand mit Polizeigewalt gezwungen wird, um die Grundsicherung anzusuchen oder gar zu studieren, bleibt der Schein der Freiwilligkeit aufrecht. Wer jedoch durch Niedriglöhne bei Arbeitslosigkeit eine geringe Arbeitslose bezieht, oder als „Working Poor" durch Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt nicht bestreiten kann, wird sozusagen ein zweits Mal geschädigt: Die Ausbeutung im regulären Arbeitsverhältnis bewirkt das Abrutschen in den Sektor der unmittelbaren Zwangsarbeit.

Ideologisch wird diese Praxis als gegenseitiges Verhältnis von Gesellschaft und Individuum konzipiert. Die in sich zerrissene, von Widersprüchen,

Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen geprägte Gesellschaft wird als einheitliche Gemeinschaft konzipiert, die als forderndes, handelndes Subjekt mit dem Individuum bestimmte Leistungen und Gegenleistungen aushandelt. Wir kennen diese Rede: Du willst etwas von der Gesellschaft, also musst Du der Gesellschaft dies und das geben. Gesellschaft ist aber die Vielheit von Verhältnissen. Gesellschaft zu einem agierenden Subjekt zu verdinglichen bedeutet nicht nur, diese Verhältnisse zu verleugnen, es bedeutet auch die Anmaßung, im Namen eben dieser phantasierten Einheit „Gesellschaft" zu sprechen. Da Gesellschaft selbst nicht sprechen und fordern kann, kann es nur die Staatsmacht *im Namen* der Gesellschaft.

Von der Absichtserklärung zur Realisierung ist es freilich ein weiter Weg. Die Durchsetzung wird nicht nur eine ganze Reihe von logistischen, rechtlichen und administrativen Problemen aufwerfen, sondern auch auf direkten politischen Widerstand und weniger sichtbare Widerspenstigkeit im Alltagsvollzug stoßen. Ob die Bedeutung dieser Projekte von der Linken erkannt wird, entscheidet wesentlich über ihre zukünftige gesellschaftliche Bedeutung. Noch ist nichts real vollzogen. Die geplante Einführung der Möglichkeit für StudentInnen, ihre Studiengebühren durch 60 Stunden Arbeit in gemeinnützigen Institutionen abzuarbeiten, was einem fiktiven Stundenlohn von 6 Euro entspricht, ist auch unter der Perspektive eines Versuchsballons zu diskutieren. Allein die Frage, was denn unter „gemeinnütziger Tätigkeit" zu verstehen sei, wird von den verschiedenen Macht- und Interessensgruppen wohl unterschiedlich beantwortet werden. Zudem stellen sich Probleme der Auswahl der Trägerorganisationen, der Kontrolle, des Nutzens usw. Das Geschäft mit Evaluierung wird zweifellos aufblühen. Für eine emanzipatorische Perspektive ist es vorab entscheidend, zu erkennen, was hier projektiert wird.

Die Sozialdemokratie stellt sich dem Projekt „freiwillig erzwungenen Arbeit" keineswegs entgegen, sondern treibt diese initiativ voran. Schon bisher wurde das Arbeitsmarktservice (AMS) in trauter Eintracht mit bürgerlichen Kräften geführt. Durchsetzung von Zwangskursen, Errichtung einer rechtlichen Grauzone durch dubiose Vereine, die zugleich als Leiharbeitsfirma wie auch als begleitende Arbeitssuche fungieren, aber auch eine exzessive Handhabe von Bezugsstreichungen – alle diese Maßnahmen wurden im unmittelbaren Einflussbereich von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Arbeiterkammern realisiert. Die Pläne für teilweise verpflichtende gemeinnützige Arbeit knüpfen an diesen Politik an; offenbar soll sie ausgeweitet und gesellschaftlich salonfähig gemacht werden.

Dass die Sozialdemokratie eine aktive Rolle spielt, ist nicht zufällig. Aufgrund ihrer Geschichte, sozialen Zusammensetzung und gesellschaftlichen Integration ist die Sozialdemokratie weit weniger mit bestimmten Kapitalfraktionen und bourgeoisen Sonderinteressen verbunden wie bürgerliche Parteien. Ihr Blickwinkel ist der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang; alle Gruppen und Schichten sollen berücksichtigt werden. Ein bedächtiger, ausgleichender Habitus ist ihr zumeist zueigen. Polarisierungen, egoistische Gruppeninteressen sowie Konfrontationen scheut sie nach Möglichkeit. Stärker als andere politische Strömungen fühlt sie sich dem Gesamtwohl verpflichtet, allerdings – es ist das Gesamtwohl des Kapitalismus, es sind die Erfordernisse der kapitalistischen Gesellschaft denen sie alles unterordnet. Wenn es nötig ist, dafür einen harten Schnitt zu setzen, zögert sie keineswegs. Die Einbeziehung von Arbeitslosen und gering Beschäftigten in verordnete Arbeit, der dadurch ausgeübte Druck auf den regulären Arbeitssektor, die gesellschaftliche Akzeptanz von Niedrigentlohnung - bei all diesen Tendenzen finden wir die Sozialdemokratie an vorderster Front. Mit stolz geschwellter Brust reklamiert die SPÖ das Konzept der Mindestsicherung als ihre Erfindung und verkündet auf ihrer Homepage: „Von denen, die die Grundsicherung in Anspruch nehmen, wird also erwartet, dass sie bereit sind, sich zu qualifizieren, angebotene Arbeit und auch Arbeit im gemeinnützigen Bereich anzunehmen."[2] Sie ist nicht der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus – eine bis zum Überdruss geistlose und gedankenlose Floskel – sondern aktiv gestaltender Akteur. Ihre Leimrute, mit der sie bis tief in die Linke hinein fischt, ist das nicht weniger inhaltslose Gerede vom Neoliberalismus und seinen angeblichen Tendenzen, die Gesellschaft sich selbst zu überlassen. Wahr ist das Gegenteil, die Vorzeigeregierungen neoliberalen Zuschnitts, von Thatcher über Bush bis Berlusconi, zeichneten sich durch massive Zugriffe auf gesellschaftliche und politische Verhältnisse aus, national wie international. Nichts soll dem Zufall überlassen sein, jeder Winkel



und jedes Eck der Gesellschaft durchleuchtet, kontrolliert und manipuliert werden. Ob und in welchem Ausmaß diese Politik greift, steht freilich auf einem anderen Blatt. Kontrolle und Verwaltung der Arbeitslosen im Hinblick auf ihre kapitalistische Verwertbarkeit fügt sich nahtlos in diese Ausrichtung.

Das Projekt gemeinnützige Arbeit stellt ein Moment der allgemeinen Umorientierung des kapitalistischen Akkumulationsmodells dar. Dieser Umstrukturierungsprozess ist bereits so fortgeschritten, dass seine Aspekte und Konturen immer klarer ersichtlich werden. Die einzelnen Momente sind schon längst in der Alltagserfahrung präsent: neue, prekäre Arbeitsformen, eine wachsende Schere zwischen Kapital- und Managementeinkommen einerseits und Masseneinkommen andererseits, steigender Druck in der Arbeitswelt, aggressiveres Vorgehen des AMS gegen Arbeitslose. Um die Zusammenhänge zwischen diesen Phänomenen sichtbar zu machen, greife ich auf das Konzept des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus zurück. Mein Interesse gilt dabei insbesondere den Versuchen der kapitalistischen Herrschaft, die proletarische Existenzsituation erneut zu festigen. Bedingungen des unmittelbaren Widerstandes und der Emanzipation resultieren zwangsläufig daraus. In Opposition gegen diese Zumutungen ist die Perspektive der gesellschaftlichen Transformation unabdingbar zu entfalten.

Vom Fordismus zum Postfordismus

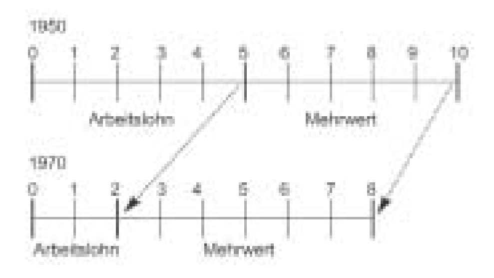
Ein sinnvoller Zugang zum Verständnis der gegenwärtigen Verhältnisse lässt sich aus dem Zerbrechen des europäischen Nachkriegsfordismus gewinnen, der seinen Höhepunkt in den 60er und 70er Jahren hatte. Vor dem Hintergrund eines historisch wohl einmaligen Arbeitskräftemangels beruhte die Kapitalakkumulation zentral auf industrieller Massenproduktion. Durch steigende Löhne konnten die ArbeiterInnen diese Produkte, allen voran das Auto und den Fernsehapparat, in wachsendem Ausmaß erwerben, was wiederum die Nachfrage ankurbelte. Die meisten Staaten verfolgten eine an den Theorien von John Maynard Keynes orientierte antizyklische Budgetpolitik, die durch staatlich gesteuerte Nachfrage versuchte, die Kapitalakkumulation zu intensivieren. Diesem positiven Bezug zum ökonomischen Staatsinterventionismus entsprach zumeist eine Integration von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in den Staatsapparat. In Österreich nahm dieser Korporatismus besonders extreme Formen an. Die „paritätische Kommission“, besetzt durch VertreterInnen von Kapital und Arbeit, wurde zu recht als heimliche Regierung oder auch als Schattenregierung bezeichnet. Tatsächlich wurden in diesem Gremium viele wichtige ökonomische Entscheidungen getroffen.

Aus Marxistischer Sicht kann sowohl die gleichzeitige Steigerung von Löhnen und Profiten als auch die permanent sinkende Wochenarbeitszeit erklärt werden. Zugleich kann gezeigt werden warum dieses Karussell, das scheinbar den Gegensatz von Kapital und lebendiger Arbeitskraft suspendierte, ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr funktionieren konnte. Es war ein Zusammenspiel von Produktivkraftsteigerung, langen Arbeitszeiten und niederen Löhnen noch in den 50er Jahren, das diese Prozesse ermöglichte. Um diese Dynamik darzustellen, sind einige Marxsche Begriffe nötig. Im trivialen Alltagsverständnis, aber auch in der nicht Marxistischen bürgerlichen Ökonomietheorie wird fälschlich angenommen, die geleistete Arbeit würde nach Maßgabe ihrer Verausgabung bezahlt. Tatsächlich wird jedoch der Wert der Arbeitskraft, unabhängig von Dauer und Intensität der Arbeit entlohnt. Das Kapital hat freilich ein Interesse daran, die Arbeitskräfte so lange und so intensiv wie möglich zu beschäftigen. Die Wochenarbeitszeit betrug in Österreich nach 1945 lange Zeit immerhin noch 58 Wochenstunden. Die lebendige Arbeit setzt dem vorhandenen Wert Neuwert hinzu, das Maß dafür ist die geleistete Arbeitszeit im Ausmaß ihrer gesellschaftlich durchschnittlichen Notwendigkeit. Diesen Neuwert kassiert das Kapital beim Verkauf der Waren, ein Teil dieses lukrierten Mehrwerts muss das Kapital als Lohn ausbezahlen, der andere Teil verbleibt als Mehrwert. Die Aufteilung des Arbeitstages in den bezahlten Teil, der dem Lohn entspricht, und den unbezahlten, als Mehrwert angeeigneten Teil, lässt sich auch graphisch darstellen.[3]



Entscheidend ist nun, dass beide Grenzen, die Länge des Arbeitstages als auch ihr bezahlter Teil, veränderbar sind. Ein Faktor dafür ist die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit meint einfach, dass dieselbe Arbeitskraft in derselben Zeit mehr Produkte herstellen kann. Da „dieselbe Arbeit (…) in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße“ (MEW 23; 61) ergibt, sinkt natürlich der neu zugesetzte Wert mit der Produktivität. Wenn eben statt 10 nun 20 Stück eines Produktes erzeugt werden können, dann verteilt sich der Neuwert von zehn auf zwanzig Exemplare, kurzum

die Waren werden billiger. Durch die Konkurrenz zwischen den Kapitalien wird die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit vorangetrieben und angeheizt, da günstiger produzieren es erlaubt, die MitbewerberInnen aus dem Feld zu schlagen. Dass die Preise für viele Güter teilweise massiv gefallen sind, steht wohl außer Zweifel. Aber wozu führt ein Sinken der Warenwerte und Warenpreise, vor allem wenn es sich um Güter des täglichen Gebrauchs handelt? Mit derselben Wertmenge des Lohnes sind nun mehr Gebrauchsgüter zu erwerben. Und wenn der Wert der Massengüter rapide sinkt, können selbst mit einem sinkenden Lohn mehr Produkte erworben werden. Vom Standpunkt des Kapitals aus ermöglicht dies eine absolute Herabsetzung des bezahlten Teils des Arbeitstages. Diese Senkung tritt aber solange nicht ins Bewusstsein, solange mit weniger Wert des Lohnes gleich viel oder sogar mehr Waren erworben werden können. Zugleich ermöglicht das Sinken des bezahlten Teils des Arbeitstages eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Erhöhung des Profits für die Kapitalisten, solange die Lohnsenkung schneller als die Arbeitszeitverkürzung vor sich geht. Um diese Dynamik zu illustrieren habe ich ein heuristisches Schema entworfen, indem ich modellhaft den Arbeitstag von 1950 mit jenem von 1970 vergleiche.



Diese Modelle wollten zeigen, dass gleichzeitige Senkung der Arbeitszeit bei Erhöhung des Profits, als auch steigende Kaufkraft des Lohnes, einerseits für eine Phase möglich war, dann aber an Grenzen stoßen musste. Um im angenommenen Beispiel von 1970 die Arbeitszeit nochmals, bei gleichzeitiger Steigerung des unbezahlten Teiles des Arbeitstages und Steigerung der Kaufkraft der Löhne zu senken, müsste sich die Produktivität der Arbeit schon sehr rasant erhöhen. Eine weitere Senkung der Arbeitszeit um 2 Stunden würde aber im angenommenen Bespiel den Mehrwert und in Folge den Profit absolut vermindern, da der Lohn nicht einfach null betragen kann. Es ist also kein Zufall, dass die Arbeitszeitverkürzung bei 38,5 Wochenstunden erstmals zum Stillstand gekommen ist.

In meiner Darstellung habe ich zudem von der Problematik des konstanten Kapitals abstrahiert. Das bedeutet: Wenn sich z.B. die Arbeitsproduktivität in der Kühlschrankproduktion verdoppelt, so bedeutet das erstmals nicht, dass nun die Kühlschränke die Hälfte kosten. Es bedeutet erstmals nur, dass sich der zugesetzte Neuwert halbiert; um wie viel Kühlschränke weniger kosten, hängt auch vom Wert des verbrauchen konstanten Kapitals ab. Die Harmonie von gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung, Reallohnsteigerung und Profitsteigerung musste also an Grenzen stoßen. Ich kann daher der derzeit erhobenen Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung eine gewisse Naivität nicht absprechen, zumal wenn sie mit der Belehrung einhergeht, wie unrealistisch denn die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen wäre. Die fordistische Dynamik ist endgültig Geschichte und jene noch so geringe Verringerung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich muss unmittelbar zur Konfrontation führen. Die Auffassung, die Arbeitszeitverkürzung sei, verglichen mit dem Grundeinkommen, irgendwie mit dem Kapitalismus kompatibler bedeutet, die tatsächlichen Triebkräfte des Postfordismus nicht zu verstehen.

Die fordistische Phase war keineswegs jenes goldene Zeitalter, als das es vor allem aus sozialdemokratischer Sicht gerne hingestellt wird. Fordismus bedeutet Unterwerfung unter ein striktes Fabriksystem, Fließbandarbeit und Unterordnung unter starre Hierarchien. Gesamtgesellschaftlich herrschte strikte Reglementierung, Erstickung aller nonkonformistischen Regungen, Spießigkeit, Doppelmoral, Lüge und Verdrängung der faschistischen Vergangenheit. Wer den Zeitgeist jener Phase kennen lernen möchte, möge die Schriften und Manifeste der 68er AktivistInnen lesen. Dass uns dabei heute manches verstaubt, pathetisch und seltsam naiv anmutet, resultiert aus der gesellschaftlichen Situation, gegen die sie rebellierten. So antwortete die Kritik an der Konsumgesellschaft auf den ausufernden Konsumismus, der alle abweichenden Bedürfnisse ersticken sollte. Die positiven Momente jener Zeit resultierten nicht aus dem Fordismus, sondern aus dem Widerstand dagegen. Die ArbeiterInnenkämpfe in Italien und Frankreich stellten das Diktat des Fließbands in Frage, die 68er Bewegung kündigte den Konsens mit den herrschenden moralischen, politischen und gesellschaftlichen Werten auf. Der Nachkriegsfordismus etablierte sich mit kräftiger Unterstützung des Stalinismus über die Zerschlagung aller antifaschistischen Bewegungen mit antikapitalistischer Tendenz. In Osterreich und Deutschland existierten diese Bewegungen kaum, wohl aber in Italien, Jugoslawien und Griechenland. In diesem Kontext ist auch eine Bemerkung zu Keynes unumgänglich. Dass Keynes immer noch als „Linker“ gehandelt wird, ist ein Skandal sondergleichen. Wie John



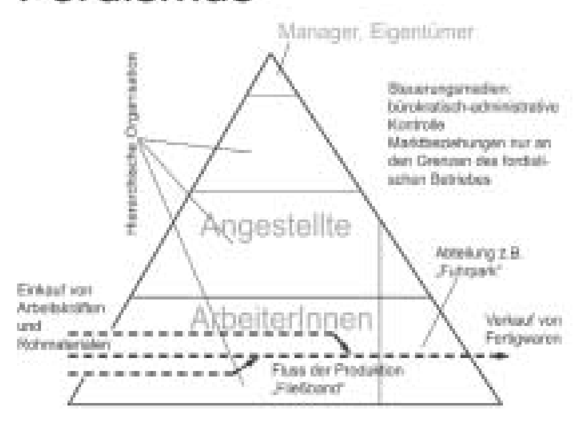
Holloway[4] und Antonio Negri exzellent gezeigt haben, begriff Keynes, dass die Unterwerfung und Ausbeutung des Proletariats einer gesamtgesellschaftlichen Regelung bedarf. Dass seine Thesen den spezifischen Bedürfnissen der Kapitalherrschaft nach dem II. Weltkrieg entsprachen, zeigt nur seine Weitsichtigkeit vom Standpunkt der Bourgeoisie aus. Aber nicht die Keynesianische Politik hat die Arbeitszeitverkürzung und ein deutliches Ansteigen der Kaufkraft der Löhne ermöglicht sondern umgekehrt: die oben skizzierten spezifischen Akkumulationsmechanismen nach 1945 ermöglichten, ja erforderten eine gesamtgesellschaftliche Regelung, die die ArbeiterInnenklasse diszipliniert und wohlgeordnet in den kapitalistischen Verwertungsprozess einfügt. Keine der Verbesserungen war im keynesianischen Wirtschaftsplan enthalten, sondern wurde hat erkämpft oder konnte durch den zeitweiligen empfindlichen Arbeitskräftemangel leichter durchgesetzt werden. Die gegenwärtige ökonomische Situation ist auch keine Folge der Abkehr von Keynes, sondern neue Akkumulationsmechanismen erfordern eine neue theoretische Orientierung und Legitimierung.

Eine ganze Reihe unterschiedlicher Momente führte letztlich zur Auflösung fordistischer Formen. Die Fabrikkämpfe, vor allem in Italien, wurden schon genannt. Große Ansammlungen von MassenarbeiterInnen, auch unter dem Gängelband von GewerkschaftsbürokratIinnen stellten und stellen für Herrschaft und Disziplin immer ein Risiko dar, das Kapital suchte daher nach neuen Organisationsstrukturen. Die nötige Öffnung des Ausbildungssektors produzierte weniger brave, angepasste Karrieristen, sondern eine ganze rebellische Generation. Zunehmend wurden die Universitäten zum Fluchtort vor der Öde der fordistischen Erwerbsarbeit. Neue soziale, kulturelle und sexuelle Bedürfnisse wurden artikuliert, auf die das Kapital vorerst keine Antwort wusste. Alle diese Tendenzen lassen sich mit den Begriffen Flucht und Widerstand kennzeichnen. Mit diesem Widerstand hatte das Kapital nicht gerechnet, zu den weniger spektakulären Fluchttendenzen im Alltag wusste es vorerst keine Antwort. Wie immer der so genannte Reale Sozialismus auch analysiert werden mag, mit ihm ist zweifellos auch eine spezifische Ausprägung des Fordismus zusammengebrochen. Tatsächlich lagen z.B. zwischen dem verstaatlichten Sektor in Österreich und den Betrieben in der DDR bezüglich Mentalität, Strukturen, bürokratischer Regelung und sozialer Kontrollformen keineswegs jene Welten, wie die Apologeten des Stalinismus und Kapitalismus gezwungen waren zu behaupten.

Die Industrieproduktion stieß an Grenzen. Solange eine praktisch unbegrenzte Nachfrage vorausgesetzt werden konnte, konnte die Konkurrenz durch ständige Verbilligung der Produkte, auch wenn vorerst auf Halde produziert, ausgetragen werden. Da steigende Produktivität mehr Produkte bedeutet, hatte der Marktmagen, wie Marx sich oftmals ironisch ausdrückte, diese Mengen auch zu verdauen. Um konkurrenzfähig zu bleiben galt es billige Arbeitskraft in Südostasien und in den Ländern des Ostblocks zunehmend zu benutzen. Für das Kapital wurde offenbar nicht bloß eine quantitative Veränderung, sondern eine qualitative Veränderung ihrer Produktionsmethoden nötig. Marx hat eine dieser historischen Umbrüche im „Kapital“ beschrieben, nämlich den Umschlag der Manufaktur zur großen Maschinerie. Neue, verschärfte Überwachung der Arbeit konnte das gravierende Disziplinproblem in den Manufakturen letztlich nicht lösen, sondern nur der Einsatz der Maschinerie, der die ArbeiterInnen zu ihrem Anhängsel stempelte. Von ähnlicher Qualität und Tragweite erscheint mir der Umbruch zum Postfordismus. Es galt qualitativ neue Strukturen zu etablieren. Dieser Umbruch vollzog sich in den einzelnen Ländern verschieden. Eine besondere Rolle kam dabei England zu. Der fordistische Mechanismus wurde von Thatcher bewusst politisch aufgekündigt. Im Falle Großbritanniens bedurfte es der politischen Zerschlagung der starken und traditionsreichen britischen Gewerkschaften, um den Weg zum Postfordismus zu ebnen. Heute ist erwiesen, dass Thatcher ganz bewusst die Bergabeitergewerkschaft unter der Führung des kämpferischen und charismatischen Arthur Scargill provozierte, um sie zum Streik zu nötigen.

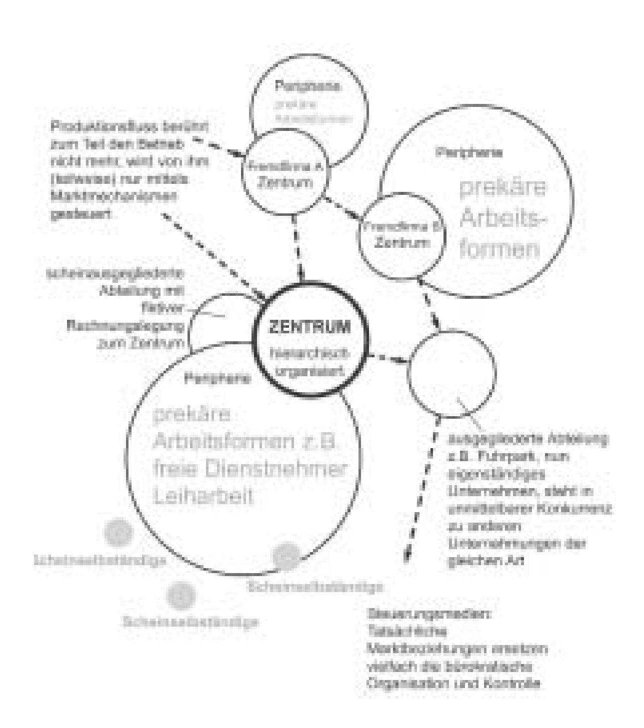
Um die qualitativen Momente der Transformation deutlich zu machen, habe ich zwei Schemata entworfen.[5] Der Fordismus zeichnete sich durch starre, hierarchische Organisationsstrukturen mit

dominanten bürokratischen Befehlsstrukturen aus. Wie Braverman in seiner klassischen Studie gezeigt hat[6], dominierte die Tendenz, das Wissen durch die tayloristische Zerlegung der Arbeitsvorgänge – Stichwort Fließband – aus dem unmittelbaren Produktionsvorgang heraus zu nehmen und in die höheren Ränge zu verschieben. Die innere Struktur der Unternehmungen war von Marktbeziehungen weitgehend frei. Die seinerzeitigen Hoffnungen Lenins, die großen Trusts würden in sich bereits planwirtschaftliche Maßstäbe verwirklichen, es gelte daher nur noch, diese gigantischen Industrieunternehmungen mittels eines gesamtgesellschaftlichen Planes zusammenzuschließen um die Basis einer sozialistischen Gesellschaft zu konstituieren, waren damals keineswegs absurd. Heute sind sie es wohl. Fordistische Strukturen zeichnen sich zudem durch starre Grenzen aus. Die Linie zwischen Arbeit und Freizeit, Fabrik und Umwelt, Produktion und Konsum waren streng gezogen. Wirksamkeit war stets mit Schwerfälligkeit verbunden.



Postfordistische Strukturen zeichnen sich hingingen durch Auflösung dieser Trennungen und Grenzen aus. Das Management von Nike etwa ist in den USA beheimatet, entworfen werden die Schuhe in Italien, produziert in Südostasien und die Vermarktung erfolgt weltweit. Der gesamte Produktionsprozess ist mit Marktbeziehungen durchzogen. Die wachsende Zentralisation des Kapitals widerspricht keineswegs der Verkleinerung der operativen Einheiten. Bereits Marx analysiert das Auseinandertreten von Besitzverhältnissen und fungierenden Kapitaleinheiten, vor allem in der Form des Aktienbesitzes. Bei der Diskussion um die innerkapitalistische Konkurrenz darf dieses Faktum nicht vergessen werden.

Von größter Bedeutung ist die Aufsplitterung der Arbeitsformen und ihrer Rechtsform durch diese Struktur. Im Zentrum der postfordistischen



Betriebe agiert ein hoch privilegiertes Management, dass sich in Bezug auf Einkommen und Privilegien immer mehr von der Belegschaft absetzt. Die bestehenden gewerkschaftlich geregelten, fordistischen Arbeitsverhältnisse geraten zunehmend unter Druck durch prekäre Arbeitsformen: Leiharbeit, alle Formen von Scheinselbständigkeit, geringfügig Beschäftigung, Formen unbezahlter Arbeit (Volontariat, Praktikum), Arbeit auf Zeit und Abruf. Gespaltene Arbeitsmärkte waren immer schon ein Merkmal des Kapitalismus. Schon Engels analysiert in seiner Studie über die Lage der arbeitenden Klasse die Differenzierung zwischen den englischen ArbeiterInnen und den irischen ArbeitsmigrantInnen. Die Unterschiede zwischen Beamten, Angestellten und ArbeiterInnen prägten faktisch und rechtlich die fordistischen Arbeitsverhältnisse und sind bis heute relevant. Diese Rechtsformen waren jedoch strikt den Arbeitsprozessen und der hierarchischen Gliederung zugeordnet. Zudem waren alle Formen kollektivvertraglich geregelt und vereinheitlicht. Selbst die Teilzeitarbeit, eine Frauendomäne, war nur die kleine Schwester der Vollzeitarbeit. Die postfordistischen Arbeitsformen können sozusagen überall und nirgends auftreten. War im Fordismus klar, dass in der Werkstatt ArbeiterInnen und im Büro Angestellte anzutreffen sind, kann nun ein und dieselbe Tätigkeit sowohl von LeiharbeiterInnen, klassischen Angestellten, PraktikantInnen oder aber auch von formal selbständigen UnternehmerInnen durchgeführt werden. Rechtsform, Entlohnung, Regelungen in Bezug auf Arbeitszeit und Bedingungen variieren beträchtlich.

Wie diese Tendenzen zu interpretieren sind, zählt zu den kontroversesten Themen der Debatte. Die gesamte sozialdemokratische Linke bis hin zu ihren trotzkistischen Varianten will darin eine fundamentale Verschlechterung erkennen. Die postoperaistischen TheoretikerInnen, vor allem Antonio Negri, betonen im Gegensatz dazu die neue Souveränität, die mit diesen Formen verknüpft ist. Beide Ansichten haben durchaus Argumente auf ihrer Seite. Die neuen Arbeitsformen wären wohl nicht in dem Maße durchzusetzen gewesen, wenn sie nicht auch dem Bedürfnis nach einer Lockerung der strikten Organisation der Lohn- und Erwerbsarbeit entgegengekommen wären. So gesehen enthalten sie auch ein Moment von Emanzipation, allerdings kapitalistisch gewendet. Paolo Virno hat in einem Interview, abgedruckt in der Nr. 20 der grundrisse, eine sehr bemerkenswerte Überlegung formuliert, indem er von einer „Kehrtwende von der reellen zur formellen Subsumption“[7] sprach. Das Kapital hat offenbar die unmittelbare Herrschaft über die Arbeit, wie sie vor allem im Fließband Gestalt annahm zurückgenommen, allerdings die Ausbeutung real gesteigert. Der Doppelcharakter der Arbeit lässt entgegenläufige Strategien zu, mehr Spielraum bei der Gestaltung der konkreten Arbeit widerspricht keineswegs der Steigerung der unbezahlten Mehrarbeit.

Relativer und absoluter Mehrwert

Postfordismus verwirklicht den Drang nach vermehrtem absoluten Mehrwert. Aber was ist absoluter Mehrwert und wodurch unterscheidet er sich vom relativen? Der Mehrwert entspringt der Verlängerung des Arbeitstages über ihr notwendiges Maß hinaus. Für Länge und Intensität dieser Mehrarbeit existieren wohl bestimmte Grenzen, aber kein regelndes Gesetz. Einerseits kann der bezahlte Teil, also der Arbeitslohn, in der Regel nicht einfach Null betragen. Er kann – wie Marx immer wider betont – sogar unter den Wert der Ware Arbeitskraft sinken, muss aber doch hinreichen, um die Arbeitskraft zumindest notgedrungen reproduzieren zu können. Andererseits ist die Länge des Arbeitstages durch physische und psychische Grenzen bestimmt. Niemand kann 24 Stunden pro Tag arbeiten. Es existieren also Schranken der Ausbeutung, aber kein ökonomisches Maß! Innerhalb dieser Grenzen entscheidet einzig und allein der Klassenkampf, wie lange und wie intensiv die Ausbeutung von statten geht! Es ist daher gelinde gesagt grober Unfug zu behaupten, die kapitalistische Ökonomie sei ausschließlich durch das Wertgesetz geregelt. Ich habe diesen Gedanken bereits im Artikel „Das Kapital wieder lesen. Eine Alternative zur wertkritischen Interpretation“[8] ausgeführt, seine Wichtigkeit erlaubt wohl eine erneute Darstellung. Das Wertgesetz regelt wohl den Wert der Waren, es regelt tendenziell den Wert der Ware Arbeitskraft, aber keineswegs die Länge und Intensität der Mehrarbeit. Es ist kein Zufall dass jene, die an einer strikt objektivistischen Lesart des „Kapitals“ Interesse haben oder den Klassenkampf zum bedeutungslosen Zubehör der kapitalistischen Gesellschaft erklären, über dieses zentrale Moment schweigen. Länge und Intensität der Mehrarbeit resultiert aus unmittelbarer gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Reflexionen über „das Politische“, die dieses Moment nicht zentral berücksichtigen, müssen schiefe und einseitige Resultate zeitigen.

X Stunden unbezahlte Arbeitszeit sind x Stunden unbezahlte Arbeitszeit. Die Unterscheidung zwischen absolutem und relativem Mehrwert bezieht sich allein auf die Dynamik, auf die Prozesse, durch die die Mehrarbeit ausgedehnt wird. Absoluter wie relativer Mehrwert sind keine deskriptiven Kategorien und aus Momentaufnahmen ableitbar. Der absolute Mehrwert entspringt aus der bloßen Verlängerung des Arbeitstages bei konstanter notwendiger, bezahlter Arbeitszeit, der relative Mehrwert aus der Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit. Im Resultat sind sie nicht zu unterscheiden, wohl aber in den Prozessen der Hervorbringung. Die Produktion des relativen Mehrwerts ist verschleierter, indirekter, weniger sichtbar. Arbeitstag wie Kaufkraft des Lohnes bleiben gleich, trotzdem steigt die unbezahlte Mehrarbeit. Die Durchsetzung des absoluten Mehrwerts erfordert direktere politische Initiativen und Legitimationsstrategien, da sowohl die Verlängerung des Arbeitstages als auch die Reallohnsenkung unmittelbar in der Alltagserfahrung präsent sind. Der neue, schärfere Wind wird allgemein verspürt, ihn auf den Begriff zu bringen ist Aufgabe gedanklicher Reflexion.

Im Hochfordismus dominierten die Methoden des relativen Mehrwerts. Diese sind gegenwärtig keineswegs verschwunden, aber sie reichen offenbar nicht aus, um das Bedürfnis nach Mehrwert und Profit zu stillen. Die Durchsetzung des absoluten Mehrwerts erfordert aber ein aggressiveres Vorgehen der kapitalistischen Herrschaft. Politisch sind die Ziele klar formuliert: In der gesamten Europäischen Union soll die Lebensarbeitszeit bis auf 67 Jahre ausgedehnt, ebenso soll die Erwerbsquote, das heißt der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung, erhöht werden. Hindernisse und Schranken, die den Heißhunger des Kapitals nach Mehrarbeit einschränken, etwa die Limitierung der Wochenarbeitszeit, sollen massiv gelockert werden. Alle diese Ziele wurden offen und ungeschminkt verkündet. Jede unbeschäftigte Arbeits-

kraft ist vom Standpunkt des Kapitals aus nicht realisierter möglicher Mehrwert, jede Arbeitslose brachliegendes Mittel zur Profitproduktion. Ob es gelingt, diese Personen tatsächlich in den kapitalistischen Verwertungsprozess einzubeziehen ist eine Sache. Eine andere, dass das Kapital auf den aus seiner Sticht brachliegenden Teil des Proletariats zugreift.

Die aktuellen Tendenzen des Postfordismus zu erkennen und zu verstehen erfordert erneut die Nutzbarmachtung der Unterscheidung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, zwischen konkreter und abstrakter Arbeit. Ohne diese Unterscheidung lässt sich die Widersprüchlichkeit der Entwicklung nicht fassen. Ansätze, die diese Differenzierung nicht benützen, können zwar einige Aspekte aufzeigen, nicht aber die aktuelle gesellschaftliche Konstellation verdeutlichen. Das Fehlen Marxscher Begriffe kehrt als Einseitigkeiten und Unstimmigkeiten wieder. Zwei Beispiele seien dafür angeführt: Castells versucht in seinem groß angelegten, dreibändigen Werk „Das Informationszeitalter“ die These zu begründen, der Kapitalismus hätte sein „informationelles“ Stadium erreicht. Im infomationellen Kapitalismus würde die „Produktivität und Konkurrenzfähigkeit von Einheiten und Akteuren“ von ihrer Fähigkeit abhängen, „auf effiziente Weise wissensbasierte Informationen hervorzubringen, zu verarbeiten und anzuwenden.“ (Castells 2001; 83) Aber was ist Produktivität?

Aus Marxistischer Sicht das Vermögen der Arbeit, in derselben Zeit mehr Gebrauchswerte zu erzeugen. Das Verhältnis von Arbeitsproduktivität, eine Dimension des Gebrauchswerts, zur Mehrwertproduktion (abstrakter Wert) ist durchaus komplex und widersprüchlich. Castells vermanscht aber diese beiden Dimensionen und verknüpft vollkommen unanalytisch und atmosphärisch a) den Einfluss der Information auf die Arbeitsproduktivität, b) die Produktion des abstrakten Wertes, kurzum die neuen Mechanismen der Profitmaximierung. Dass diese Faktoren „irgendwie“ zusammenhängen mögen, sei nicht bestritten, aber wie? Zudem ignoriert Castells die Tatsache völlig, dass es sehr unterschiedliche Faktoren sind, die die Produktivität der konkreten Arbeit bestimmen. Die Produktivität mancher Tätigkeiten steigt durch neue Informationstechnologien beträchtlich, andere hingegen bleiben davon aber völlig unberührt. Dass sein Werk sehr viele interessante und wertvolle Detailstudien enthält, die mit Gewinn zu lesen sind, sei gerne zugestanden. Analytisch ist er jedoch keineswegs in der Lage, die postfordistischen Akkumulationsmechanismen, insbesondere die politische Durchsetzung der Methoden des absoluten Mehrwerts, begreiflich zu machen.

Unter demselben Defizit leidet auch der interessante Aufsatz „Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus, Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?“ von Vassilis Tsianos, und Dimitris Papadopoulos[9]. So sehr es ihnen gelingt, die Zeitlichkeit der prekären Arbeit darzustellen, so wenig kommen die von ihnen benützen Ausdrücke „Wertschöpfung“, oder „Produktivität“ über ein diffuses Alltagsverständnis hinaus. Selbst der zentrale Begriff der „immateriellen Arbeit“ bleibt vage. „Den sozialen Kämpfen der Migrantinnen und feministischen Bewegungen ist es zu verdanken, dass das Thema der *Drecksarbeit* sichtbar wurde“, lesen wir. Dieser Aussage ist wohl zuzustimmen, der Identifikation von Drecksarbeit mit immaterieller Arbeit keineswegs. Im Begriff „kognitiver Kapitalismus“ ist schließlich das Verhältnis zwischen materieller und immaterieller Produktion nicht analytisch gelöst, sondern in einem vagen „irgendwie“ wird die Dominanz von Information und Kommunikation behauptet. Beruhte die überschwängliche Rezeption von Castells`s Trilogie auf der Marxferne der bürgerlichen Soziologie, so befürchte ich im Falle Tsianos und Papadopoulos den Einfluss eines Denkens, das nur noch ansatzweise um empirische Sachhaltigkeit bemüht ist.

Neue Formen der Reproduktion der proletarischen Existenzsituation

John Holloway hat darauf verwiesen[10], dass der Kapitalismus nicht vor über zweihundert Jahren geschaffen wurde und seither einfach da ist, sondern dass er permanent reproduziert werden muss. Ein Moment dabei ist die ständige Reproduktion der proletarischen Existenzsituation. Was meint „proletarische Existenzsituation“? Dieser Ausdruck reformuliert die Definition des Proletariats von Marx. Marx definiert das Proletariat niemals als distinkte soziale Gruppe mit Interessen, die sich aus ihrem gegebenen sozialen Status und ihrer Situation ergeben, sondern ausschließlich negativ. Es steht der Bourgeoisie als potentielle oder bestimmte Lohnarbeit gegenüber, kann aber am Verharren in dieser gesellschaftlichen Existenzweise kein Bedürfnis haben. Der Nichtbesitz der Produktionsmittel zwingt es dazu, für jede konkrete Fremdbestimmung bereit zu sein. „Der Gebrauchswert, den der Arbeiter dem Kapital gegenüber anzubieten hat, den er also überhaupt anzubieten hat für andre, ist nicht materialisiert in einem Produkt, existiert überhaupt nicht außer ihm, also nicht wirklich, sondern nur der Möglichkeit nach, als seine Fähigkeit.“ (MEW 42; 192f) An sich ist das Proletariat, wie auch Virno betont, „reine Potenz, das Vermögen, die *dynamis*.“ (Virno 2005; 113) Es nimmt, vor allem durch den Verkauf seiner Arbeitskraft aber eine bestimme

Form an, die reine *dynamis* wird als Schuster, Schneiderin oder in sonstiger Mannigfaltigkeit bestimmt. Empirisch tritt uns das Proletariat in einer bestimmten, soziologisch beschreibbaren und stets in Wandlung begriffenen Form entgegen. In der Lohnarbeitslosigkeit fällt aber das Proletariat wieder in die reine Potentialität zurück, nun steht es dem Kapital wieder in einfacher Bestimmbarkeit gegenüber. Die zunehmende Nichtberücksichtigung von Lebensumständen, Wissen und Ausbildung der Erwerbsarbeitslosen durch das AMS realisiert diese Tendenz praktisch. Seine gesellschaftliche Existenzsituation liegt wieder offen und unmittelbar zutage. Deswegen war und ist die Arbeitslosigkeit dem Staats- und Parteimarxismus und seinen heterodoxen Varianten bis heute ein Gräuel. Seine Existenzform aufzuheben meint die Lohnarbeit aufzuheben, nicht sie anzunehmen. Daher auch die tatsächliche Furcht vor Arbeitslosigkeit. Sie ist ein Makel, nicht weil Arbeitslosigkeit per se schrecklicher wäre als Lohnarbeit - was konkret als negativer erfahren wird hängt von zahlreichen Umständen ab – sonder weil sie an das wahre gesellschaftliche Sein des Proletariats erinnert. Um dieses zu vertuschen lärmt der Diskurs über das Elend der Arbeitslosigkeit.

Das Kapitalverhältnis erschöpft sich nicht in der Konfrontation zwischen individuellen KapitalistInnen und den im Betrieb beschäftigten Personen. Schon im ersten Band des Kapitals führt Marx die Analyse dieses Verhältnisses über den Einzelbetrieb zum gesellschaftlichen Verhältnis weiter, im dritten Band schwenkt die Perspektive endgültig auf die gesamtgesellschaftliche Ebene. Nicht ich schlage einen „weiten" Begriff des Proletariats vor, wie manche kritisch eingewendet haben, sondern die „Weite" der Definition resultiert aus dem Charakter des Klassenverhältnisses und dem empirisch-deskriptiv nicht zu fassenden Status des Proletariats. Als gesellschaftliches Verhältnis umfasst die Klassenbeziehung nicht nur den Teil der LohnarbeiterInnen, sondern auch die Erwerbsarbeitslosen und sich in Ausbildung befindlichen Menschen.

Marx hat die lange und wechselvolle Geschichte des Zugriffs auf die Reservearmee exakt aus dieser methodischen Perspektive beschrieben. Der Kampf gegen Pauper und Vagabunden, das Arbeitshaus, aber auch der Versuch, Migration zu kontrollieren und zu regeln sollte den Zugriff der Bourgeoisie auf den nicht lohnarbeitenden Teil sichern. Aktuell sehe ich vor allem drei Momente, die den ungehinderten Zugriff auf das gesamte Proletariat ermöglichen sollen: Abriegelung gegen Fluchtmöglichkeiten in den Bildungssektor, Verunmöglichung des organisierten Widerstandes durch postfordistische Arbeitsstrukturen und Intensivierung des Drucks auf Arbeitslose.

Seit der notwendigen Öffnung des Bildungssektors in den 60er Jahren, ist dieser Objekt endloser Reformen und Umstrukturierungen. Einerseits bedarf Wissensproduktion und Bildungsvermittlung ein gewisses Maß an Offenheit, Freiheit und Zugänglichkeit, andererseits dürfen die Universitäten nicht zum Fluchtort vor der Erwerbsarbeit werden. Allein die Geschichte dieses Spagats nachzuzeichnen, würde mehrere Studien erfordern. Die aktuelle Version scheint im Versuch zu bestehen, die Masseuniversitäten stärker zu reglementieren und zu verschulen und gleichzeitig einen hochprivilegierten Elitesektor zu schaffen. Die Universitäten insgesamt in Eliteinstitutionen zu verwandeln, was etwa durch eine Verzehnfachung der Studiengebühren beginnen könnte, ist materiell und politisch offenbar disfunktional. Der aktuelle Diskurs gegen StudentInnen erscheint mir als kleinliche ideologische Rache: Wenn der Ausbildungssektor selbst nach der x-ten Reform nicht vollständig unter Kontrolle zu bekommen ist, dann wenigstens die StudentInnen in eine Figur verwandeln, die der Gesellschaft alles zu verdanken hat und unter ständigem Verdacht steht.

Der Mentor des in Israel praktizierten Prinzips, Haim Harari, Studiengebühren durch gemeinnützige Tätigkeit abarbeiten zu können, das offenbar der Sozialdemokratie als Vorbild für ihren Vorschlag diente, hat die elitäre Abqualifikation der Massenuniversität präzise auf den Punkt gebracht: „Meine Idee wäre eine Studiengebühr von 2000 Euro im Jahr. Nach vier, fünf Jahren Studium müsste es teurer werden, oder dann, wenn man ein bestimmtes Alter, 30 oder 35, überschritten hat. Sollte der Student jede Woche einige Stunden sozialen Dienst leisten, erhält er die Hälfte der Studiengebühren zurück. So machen wir das in Israel. Auf diese Weise könnten die Universitäten Besseres leisten, die Studentenschaft wäre befreit von Leuten, die nicht an die Universität gehören."[11] Wenn die praktischen Konsequenzen aus dieser Haltung nicht gezogen werden können, so verbleibt jedenfalls die Botschaft, dass es Menschen gibt, „die nicht an die Universität gehören".

Kontrolle des Bildungssektors, verstärkter Druck auf Arbeitslose und die objektive Wirksamkeit postfordistischer Strukturen soll in Summe signalisieren und praktisch durchsetzen: „Was immer du auch tust, du entkommst der kapitalistischen Verwertung nicht." Der Soziologie-Marxismus ist jedoch nicht in der Lage, alle diese Konfliktfelder als verschiedene Momente des Klassengegensatzes zu begreifen und reagiert mit Hierarchisierung oder Unverständnis.

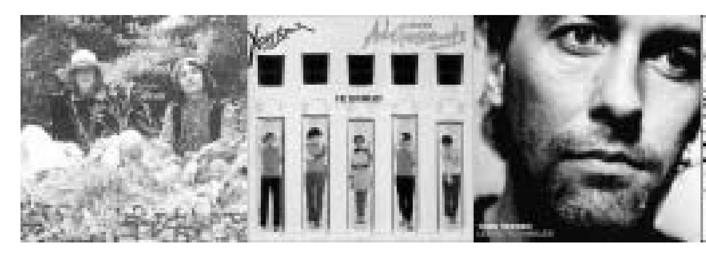
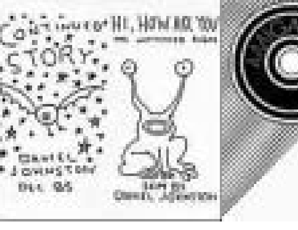
„Ökonomie der Zeit, darin löst sich alle Ökonomie auf" (MEW 42; 105)

Im Text von Tsianos und Papadopoulos findet sich auch folgender bemerkenswerter und scharfsinniger Satz: „In diesem Sinn ist Prekarität eine Form der Ausbeutung, die vor allem auf der Ebene der Zeit operiert."[12] Aus dem Kontext wird klar, dass damit eine Ausweitung der kapitalistischen Herrschaft angesprochen werden soll. Kapital ist als soziales Verhältnis immer schon Herrschaft über die Zeit anderer. Wert ist Verfügung über Zeit. Je mehr Kapital, desto mehr Arbeits- und Lebenszeit kann ich damit kommandieren. Mit Geld verfüge ich über vergangene Arbeitszeit oder erwerbe eine Option auf zukünftige. Doch der Gelderwerb hat mich selbst meine Arbeitszeit gekostet. Mit Kapital hingegen eigene ich mir fremde Arbeitszeit ohne Äquivalent an. Daher auch der Unterschied zwischen Geld als Geld und Geld als Kapital. Geld erwerbe ich durch den Verkauf meiner Arbeitskraft, oder einer bestimmten Ware. Kapital entspringt der durch die Anwendung von Arbeitskraft ermöglichten Aneignung unbezahlter Mehrarbeit. Wer gegen Geld opponiert (es gibt durchaus sinnvolle Gründe dies zu tun), diesen Unterschied aber nicht erkennt, ist gegenüber Ausbeutung blind.

Die kapitalistische Herrschaft versucht aktuell, auf die gesamte Lebenszeit zuzugreifen. Ökonomie ist letztlich Ökonomie der Zeit, kapitalistische Ökonomie als soziales Verhältnis ist Herrschaft über die Zeit der anderen. Die Herrschaft über die Lebenszeit soll auf die Nichtlohnarbeit ausgedehnt werden. Der Umbau der europäischen Sozialsysteme mit erkennbarer Tendenz Richtung „workfare" dehnt die Definitionsmacht der gesellschaftlich sinnvollen Arbeit über die Erwerbsarbeit auf private Lebenszeit aus. Notwendige Arbeit, etwa Hausarbeit, aber auch aus Interesse gewählte Tätigkeit wird verleugnet, entwertet, nicht als wirkliche Arbeit anerkannt. Dass es sich bei der zwangsverordneten Arbeit oder Ausbildung und der selbst gewählten Aktivität um *ein und dieselbe Tätigkeit* handeln kann, ist kein Widerspruch. Hausarbeit, der Erwerb einer Fremdsprache oder die Mitarbeit in einer beliebigen Initiative; was immer auch getan und getan werden muss, die bürokratische Kontrolle und Verordnung soll über die gesellschaftliche Anerkennung entscheiden. Die Klientel staatlicher Sozialsysteme kann keineswegs frei über ihre Zeit entscheiden, Bildungsaktivitäten oder ehrenamtliche Tätigkeit können nicht selbst gewählt sondern werden bis ins Detail vorgeschrieben. Das Mittel dazu ist die offensive Verwaltung, Zurichtung und Indoktrination der Arbeitslosen mittels des so genannten Sozialstaates, konkret den Institutionen der Arbeitsmarktverwaltung. Dabei werden keine Mühen und Kosten gescheut. Dass etwa die finanziellen Mittel für das AMS nicht geschmälert, sondern im Gegenteil eher aufgestückt werden sollen, ist breiter politischer Konsens. Die historische Wende ist offensichtlich: Wurden in der Zwischenkriegszeit die Arbeitslosen nach einigen Monaten einfach ausgesteuert, bekamen keinerlei finanzielle Unterstützung und bleiben so ihrem Schicksal überlassen, geht es nun um Formung des Arbeitsvermögens selbst. Es ist schon ein gehöriges Maß an Blindheit nötig um zu behaupten, das bedingungslose garantierte Grundeinkommen würde als eine Art Befriedungsdividende überlegt werden. Das Kapital hat niemals potentielle Quellen des Profits abgeschrieben oder auf ihre mögliche Verwertung verzichtet.

Das allseitige Individuum

Arbeit war immer schon hierarchisch strukturiert. Eine ganze Generation linker TheoretikerInnen hat sich am Thema der Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit abgearbeitet und in konkreten Projekten versucht, diese zu überwinden. Diese Hierarchie konnte sich zumindest an den objektiven Erfordernissen der Produktion, am nötigen Wissen, an den erforderlichen Kenntnissen anlehnen. Jetzt tritt die Hierarchie der rechtlichen und vertraglichen Formen hinzu. Ein und dieselbe Tätigkeit kann einerseits von fest angestellten MitarbeiterInnen mit hoher Entscheidungskompetenz, aber auch prekär Beschäftigten durchgeführt werden, die weder rechtlich noch faktisch eingebunden sind. Der Leiharbeiter neben der Stammbelegschaft, die externen, prekär Beschäftigten neben dem fest eingebundenen Staff; beide machen ähnliches oder gar gleiches und doch befinden sich sie sich in völlig unterschiedlichen Situationen. Zur alten Hierarchie der Arbeitsteilung tritt eine neue hinzu. Zugleich bleibt die alte Arbeitsteilung nicht unberührt. Die Bedeutung der speziellen Qualifikation tritt gegen eine allgemeine zurück. Nicht, dass alle alles können. Aber immer mehr Menschen können sich in kürzeren Zeiten für mehr



Tätigkeiten qualifizieren. Marx hat dies bereits 1856/57 als Grundmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise antizipiert: „Die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andre übergehn und worin die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist." (MEW 42; 36) Diese Entwicklung reflektiert sich sogar in der Trivialunterhaltung. In einer Folge der Simpsons konnte die kluge Lisa dank der Studie medizinischer Fachliteratur im Internet und dem Einsatz von Computer gesteuerten Operationsrobotern ihren Vater von einem bösen Geschwür befreien, das er sich durch maßlosen Bierkonsum zugezogen hatte. Vieles deutet darauf hin, dass sich die neuen prekären Arbeitsformen gerade in jenen Bereichen ausbreiten, in denen die allgemeine Qualifikation besonders wesentlich ist. „Was für das Kapital wirklich zählt, ist die ursprüngliche Teilhabe an den sprachlich-kognitiven Fertigkeiten, da genau diese schnelles Reagieren auf Neues, Anpassungsfähigkeit usw. garantiert." (Virno 2005; 52) Wenn die Qualifikation, die der Fordismus den Arbeitenden etwa durch das Fließband entziehen wollte, was niemals durchgehend gelang, im Postfordismus zurückgeben werden muss, so kann es sich nicht einfach um dieselbe Art der Qualifikation handeln. Sie kehrt nicht in Form der hoch speziellen, besonderen Fertigkeiten wieder, sondern nun beginnen allgemeine Aspekte zu dominieren. Angesichts der tendenziellen Möglichkeiten, die hierarchische Teilung der Arbeit zurückzuschrauben, wird die soziale Hierarchie nicht relativiert sondern im Gegenzug verfestigt. „Die Teilhabe als technische Voraussetzung widersetzt sich der Arbeitsteilung, die zersetzt sie und läuft ihr zu wieder. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Tätigkeiten nicht mehr unter-, auf-, eingeteilt usw. wären; es bedeutet vielmehr, dass die Segmentierung der einzelnen Tätigkeiten nicht mehr nach objektiven, ‚technischen' Kriterien vorgenommen wird, sondern ausgesprochen arbiträr, reversibel und ständig in Veränderungen begriffen ist.". (Virno 2005; 52) Angesichts des Auseinanderklaffens von allgemeiner Qualifikation und gesellschaftlichen Hierarchien wäre der Begriff der Refeudalisierung zu diskutieren. Habitus, Inanspruchnahme des öffentlichen Raums, Einkommen und Privilegien usw. verfestigen sich in sozialen Schichten; die kurzzeitige Durchlässigkeit sozialer Strukturen scheint sich tendenziell wieder zu schließen.

Ein Traum der Bourgeoisie, letztes Stadium: Ich-AG

Die postfordistischen Strukturen ermöglichen das Anschwellen eines neuen Typs von Selbständigen, die mit dem alten Selbständigen, repräsentiert durch Rechtsanwalt und ÄrztInnen, tatsächlich nichts gemeinsam haben. In der Regel besteht die Tätigkeit dieser neuen Ich-AGs aus Dienstleitungen, also Arbeitsvorgängen, die von Zeit und Ort ihrer Durchführung nicht zu trennen sind. Diese als die neuen Pioniere einer Dienstleitungsgesellschaft zu begreifen - ich verwette viel Geld darauf, dass nach der Risiko-, Spaß-, Informations- und Freizeitgesellschaft auch dieses Kompositum zirkuliert - beruht auf unzulässiger Amalgamierung verschiedener Phänomene. Überlegen wir Schritt für Schritt.

Statistisch sind Dienstleistungen weltweit deutlich gestiegen. Ich greife nochmals auf Castells zurück: Er unterscheidet zwischen „distributiven Dienstleistungen", darunter fällt auch das Transportwesen, „Produzentendienstleistungen", also Banken, Versicherungen, Buchhaltung, „sozialen Dienstleistungen", darunter fällt Medizin, Erziehung und Bildung sowie die staatliche Verwaltung und schlussendlich die „personenbezogenen Dienste", darunter fällt die Gastronomie und bezahlte Hausarbeit. Der Beschäftigungsanteil ist in diesen Branchen signifikant gestiegen. Die auf Europa, die USA und Japan bezogenen Zahlen steigen besonders bei den „Produzentendienstleistungen", von ca. 1% auf gegen 10%, und bei den „sozialen Dienstleistungen", von ungefähr 6% bis auf 25% in den letzten zehn Jahren (Castells 2001; 322 ff)

Das Ansteigen der Dienstleistungen resultiert unmittelbar aus den postfordistischen Strukturen. Wenn etwa die Buchhaltung nicht mehr wie im Fordismus eine Abteilung des Betriebes ist, sondern in eine Fremdfirma ausgelagert wird, dann schlägt sich der Transfer der Daten als vermehrte Dienstleistung nieder. Da auch der Staatsapparat postfordistische Struktur annimmt und Abteilungen von Ministerien als eigenständige oder scheineigenständige Firmen ausgegliedert werden, tritt auch dort dieses Phänomen auf. Allgemeiner formuliert: die tendenzielle Ersetzung bürokratischer Steuerungsmechanismen durch Marktbeziehungen musste zum Anschwellen der Dienstleitungen führen. Durch die Zergliederung der ehemals großen und starren fordistischen Strukturen finden profitable Unternehmen im Dienstleistungsbereich ihren Raum. Leiharbeitsfirmen etwa reagieren auf die zunehmende Flexibilität der Arbeitsnachfrage. Das so entlohnte Personal wird oftmals als Sach- oder Dienstleistung verbucht. Der Irak-Krieg, die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich, der wachsende Druck auf Menschen hat das Geschäft mit Überwachung und Kontrolle, um diese euphemistischen Ausdrücke einmal zu benützen, mächtig angeheizt. Auch im Bereich des Militärs stoßen wir

auf postfordistische Formen. Bestimmte militärische Aktivitäten werden ausgelagert und als Dienstleistungen zugekauft.

Den neuen EinzelkäpferInnen ist klarerweise der Zugang zu diesen Aufträgen versperrt. Während die großen Kapitale ausgelagerte Bereiche kapitalistischer Unternehmungen oder des Staatsapparates übernehmen, können die neuen Selbständigen nur auf jenem Terrain agieren, das wie Marx explizit meinte, für kapitalistische Produktionsweise schlecht eignet ist. „Kein Mensch kauft ärztliche oder juridische ‚Dienstleistungen' als Mittel, das so ausgelegte Geld in Capital zu verwandeln. (MEGA II 4.1; 115) Wenn das Arbeitsprodukt unmittelbar an Ort und Zeit gebunden ist, kann es nicht als Ware am Weltmarkt zirkulieren. Da im Laufe der kapitalistischen Produktionsweise die nötige Geldmenge steigt, um als Kapital fungieren zu können, sind die neuen Selbständigen auf die Nischen und Poren der postfordistischen Strukturen angewiesen.

Es ist ein alter Traum der Bourgeoisie die Klassengesellschaft dadurch zu überwinden, indem alle UnternehmerInnen werden. Die älteste paternalistische Form ist die gleiche Beteiligung aller am Gewinn des Unternehmens. So weit ich sehe ist dieses Konzept nicht zufällig nirgendwo verwirklicht. Ein weiterer Versuch war die Botschaft der 80er Jahre: „Du kannst an der Börse reich werden" Nach dem Zusammenbruch des New Economy Aktienmarktes ist es auch um diese Pseudoaufhebung des Kapitalismus still geworden. Die Forderung an Hartz IV BezieherInnen, gegebenenfalls ihre Rentenfonds aufzulösen, markiert eine geradezu symbolische Beendigung dieses Weges. An die Stelle einer realen ökonomischen Aufhebung der proletarischen Existenzsituation tritt nun eine rein deklamatorische: „Du bist ArbeitskraftunternehmerIn und Ich-AG". Vielen neuen Selbstständigen, insbesondere im Bildungsbereich, wird oftmals schlicht und einfach die reguläre Anstellung verweigert. Anstatt sie als LohnarbeiterInnen zu definieren und zu bezahlen, werden sie de facto gezwungen, als Ich-AGs zu agieren. Der prekäre Status ihrer Tätigkeit resultiert aus mehren Faktoren: Im Gegensatz zu traditionellen Selbständigen agieren sie in einer Sphäre des Wissens und der Kenntnisse, die prinzipiell offen ist und nicht durch spezifische Zugangsbeschränkung geschützt ist. Qualifizierte Dienstleistungen sind andererseits an das Prestige und Habitus der Person gebunden wie Marx schon feststellt, „Ich will *den* Arzt, nicht seinen Laufburschen". (MEGA II 4.1; 116) Analytisch gefasst liegt bei den neuen Selbständigen im Grunde ein durch Rechtsform und Art des Arbeitsprodukts verschleiertes Stücklohnverhältnis vor. Bei ihren Produktionsmitteln handelt es sich in der Regel um allgemeine Konsumgüter (Computer, Auto). Die neuen, prekären Selbständigen verkaufen ihre Arbeitskraft nicht gesamt, sondern in kleinen Portionen. Dass sie nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, wird ihnen nicht einmalig beim Übertritt von der Arbeitslosigkeit in die Lohnarbeit, sondern sozusagen tagtäglich vor Augen geführt. Ihr Erwerb ähnelt einer reinen, den kulturellen und infrastrukturellen Verhältnissen der Metropolen entsprechenden Subsistenzwirtschaft. Sie sind nicht mehr oder noch nicht LohnarbeiterInnen. Da sie dem Verwertungsprozess des Kapitals nicht ummittelbar untergeordnet, sondern den Bedürfnissen und Imperativen des Marktes zugeordnet sind, verharren sie in der reinen Existenzsituation des Proletariats.

Für eine provisorische Operationalisierung des Begriffs Sozialismus mit sofortiger Zurücknahme!

Einen Begriff zu operationalisieren bedeutet, ihn durch eine Reihe von Maßnahmen und Verfahren zu definieren. Der Begriff *ist* dieses Bündel von Operationen – aber auch nicht mehr. Eine berühmte operationalistische Definition des Sozialismus stammt von Lenin: Sozialismus ist Elektrifizierung und Sowjets. Eine andere hat Trotzki formuliert: Sozialismus ist Planwirtschaft. Diese Definitionen können umgedreht werden, wenn Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit Freiheit ist, dann ist Freiheit Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus. Ebenso gilt, Planwirtschaft ist Sozialismus, Elektrifizierung und Sowjets ist Sozialismus. Herbert Marcuse hat in seinem seinerzeit breit rezipierten Buch „Der eindimensionale Mensch" den Operationalismus einer vernichtenden Kritik unterzogen. Der Operationalismus riegelt schon auf der Ebene der Sprache die Offenheit der Geschichte, die Möglichkeit der Überschreitung des Gegebenen ab. Nichtidentität, Dialektik, Überschuss wird unsagbar und undenkbar. Marcuse erkannte in der Nichtoperationalisierbarkeit ihrer Grundbegriffe die eigentliche emanzipatorische Potenz der Philosophie. Die Identifikation des Begriffs mit den gegeben Verhältnissen und Verfahren stellte umgekehrt für ihn die höchste Stufe der Affirmation der kapitalistischen Verhältnisse dar. Überflüssig hinzuzufügen, dass Marcuse an eine lange philosophische Tradition anknüpfte und seither die Kritik der Identität mit verschiedensten Denkmitteln von AutorInnen wie Badiou, Castoriadis oder Holloway weiter vorangetrieben wurde.

Wenn ich nun mit viel Augenzwinkern eine provisorische Operationalisierung des Begriffs Sozialismus vorschlage so deshalb, um einer massiven Tendenz in der Linken entgegenzutreten, die umgekehrt den Kapitalismus als geschlossenen

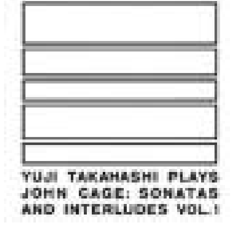
Identität fehlinterpretiert. Das meint konkret: Die proletarische Existenzsituation im Kapitalismus in Frage zu stellen, sei es durch ein Grundeinkommen, die Flucht in den Ausbildungssektor oder alternative ökonomische Projekte, sei eine Illusion. Der geforderte Realismus bedeutet umgekehrt: die Grenzen des Kapitalismus vorläufig zu akzeptieren und sozusagen das Beste daraus zu machen. Doch den Widerstand gegen die Existenzsituation gibt es, er wird jedoch nicht verstanden. Proteste im Ausbildungsbereich werden als Ausdruck verletzter Interessen von Studierenden missinterpretiert, die Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltungen als Schikanen ohne weitere gesellschaftliche Bedeutung. Die Logik dieser Haltung ist fatal.

Anstatt den Kapitalismus als krisenhaftes, in sich zerrissenes Verhältnis zu erkennen, voller Überschreitungen, Spalten und Risse, Tendenzen des Widerstandes und der Flucht, wird er als ein mit sich selbst identisches geschlossenes System verkannt. Als sei der Kapitalismus ein gigantisches Puzzle und bei jedem Teil könne exakt gesagt werden, ob dieser mit dem Kapitalismus vereinbar sei oder nicht. Die Abriegelung der Transzendenz, die Marcuse noch dem Positivismus und Operationalismus zuordnete, scheint zum methodischen Leitfaden dieser Linken geworden sein. Diese Ausrichtung hat jedoch ihren Preis. Ein Beispiel: Die Ablehnung des bedingungslosen Grundeinkommens kippt fast zwangsläufig in die Reproduktion der übelsten Neid- und Hassargumente gegen „Nichtstuer", die von „unserer Arbeit" leben würden. Die schamlose Wiederholung des Sozialschmarotzerarguments durch KritikerInnen des Grundeinkommens ist leider keine polemische Überzeichnung. So können wir in einer Erklärung zur Konferenz von Erwerbsloseninitiativen in Frankfurt, noch dazu von neun AktivistInnen unterschrieben, folgendes lesen: „Wir erklären uns aber nicht mit der bGE-Botschaft einverstanden, dass Erwerbslose keinerlei Verpflichtungen akzeptieren sollen, zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen, sofern das möglich ist, und folglich von den Beschäftigten Lohnarbeitern beliebig verlangen dürfen, den selbst gewählten Ausstieg aus der Lohnarbeit durch Lohnarbeit anderer zu finanzieren. Das macht ein Bündnis mit Erwerbstätigen unmöglich."[13] Die rein männliche Form ist natürlich kein Zufall. Lohnarbeit ist Arbeit und umgekehrt; wer nicht lohnarbeitet arbeitet nicht, von Frauen verrichtete unbezahlte und abgewertete Tätigkeit trägt „natürlich" nichts zum Lebensunterhalt bei. Der ÖAAB Niederösterreich hat diese Argumente in einer Inseratenkampagne wunderhübsch illustriert.



Für Marx bestand kein Zweifel, dass bereits in der kapitalistischen Gesellschaft die Elemente einer neuen entstehen müssen, soll sie überwunden werden. Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit ist dazu bloß eine Voraussetzung, konkret entstehen sie aus dem Zusammenspiel von Flucht und Widerstand. Der Begriff Sozialismus ist diskreditiert. Aber selbst wenn wir ihn durch einen anderen ersetzen, er bleibt solange leer, solange wir ihn nicht mit artikulierten Forderungen füllen. Wenn wir den Begriff Sozialismus operationalisieren, müssen wir diese begriffliche Spielmarke gar nicht mehr nennen. Ein Ansatz stammt von Antonio Negri und Michael Hardt; ihre drei Forderungen am Ende von „Empire", nämlich die WeltbürgerInnenschaft, das garantierte Grundeinkommen sowie die Wiederaneignung der Produktionsmittel können als Versuche verstanden werden, Sozialismus zu operationalisieren. Um es nochmals im Sinne von Marcuse zu sagen, diese drei Momente sind nicht die freie Gesellschaft und umgekehrt, aber sie artikulieren unser notwendiges Wollen, unseren Kampf um Würde und Leben. Die Rede, was im „Kapitalismus realistischer weise gefordert werden kann" erfordert nicht nur geradezu prophetische Gaben, sondern vor allem einen Zensor im Kopf, ein unablässig laufendes Programm, das die Kompatibilität jedes politischen und sozialen Schrittes prüft. Wenn nach Canetti Paranoia die Krankheit der Macht ist, dann ist Schizophrenie die Krankheit eines Widerstandes, der meint, wie vorläufig auch immer, mit den Mechanismen des Kapitalismus kompatibel sein zu müssen. Ob unser Wollen und Bedürfen von der kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht werden kann oder nicht, kann kein Kriterium sein. Wir werden sehen.

E-Mail: k.reitter@gmx.net











Anmerkungen:

1 Quelle: http://www.diepresse.com/download/pdf/regierungsprogramm.pdf, Seite 110f. Im Anschluss an den zitierten Passus heißt es: „Die Betreuung der arbeitsfähigen Sozialhilfebezieher zur Reintegration in den Arbeitsmarkt erfolgt durch das AMS mit dem Ziel der Erreichung eines One-Stop-Shops im Hinblick auf die Auszahlung der Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Die Bedarfs- und Vermögensprüfung erfolgt durch die Sozialhilfeträger. Zentrales Element der Bedarfprüfung ist auch der Einsatz des eigenen Vermögens - denn: wer Vermögen besitzt, muss dieses erst verwerten, bevor Anspruch auf Hilfe von Seiten der Allgemeinheit besteht. Es erfolgt eine angemessene Verwertung von Vermögen für BezieherInnen von Sozialhilfe, wobei die (selbst bewohnte) Eigentumswohnstätte mit einer fiktiven Miete bewertet und ein für die Berufsausübung notwendiges Auto nicht verwertet wird. Unterhaltsansprüche sind mit jenen Werten anzusetzen, die im Regelfall nach Klagen und Exekutionen dem Unterhaltsberechtigten tatsächlich zufließen. „Sozialtourismus" wird durch entsprechende Anknüpfung an das Recht auf dauernden Aufenthalt vermieden."

2 http://www.spoe.at/page.php?P=101244, abgefragt am 9.1.07

3 Darstellung nach Karl Marx, Kapital Band 1, 16. Kapitel „Verschiedene Formeln für die Rate des Mehrwerts

4 John Holloway, „Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus", u.a. zu finden auf: http://www.wildcat-www.de/zirkular/28/z28holl1.htm

5 Diese Schemata wurden erstmals in folgendem Text publiziert: Reitter, Karl, (2005c) „Vom Fordismus zum Postfordismus. Einiges zu Arbeitsformen und organisatorischen Strukturen" In: „Losarbeiten – Arbeitslos?", A. Exner, P. Lichtblau, S. Schneider, V. Schweiger (Hg.), Münster

6 Braverman, Harry, (1980) „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess", Frankfurt am Main, New York

7 „Reife der Zeit: Zur Aktualität der Multitude", ein Gespräch mit Paolo Virno in: grundrisse Nr. 20, 2006, Seite 10

8 Reitter, Karl, (2006a) „Das Kapital wieder lesen. Eine Alternative zur wertkritischen Interpretation" In: „grundrisse – Zeitschrift für linke Theorie und Debatte" Nr. 17, Wien

9 „Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus, Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?", Vassilis Tsianos, Dimitris Papadopoulos, Übersetzt von Hito Steyerl, Quelle: http://transform.eipcp.net/transversal/1106/tsianospapadopoulos/de/print

10 John Holloway, „Aufhören, den Kapitalismus zu machen", in: grundrisse Nr. 11/2004

11 Aus einem Interview mit Haim Harari vom 16. September 2006, Quelle:http://209.85.135.104/search?q=cache:kWJy4zt_A7gJ:www.wienerzeitung.at/Desktop Default.aspx%3FTabID%3D4664%26Alias%3Dwzo%26cob%3D248211%26currentpage%3D1+Haim+Harari+Studien geb%C3%BChren&hl=de&ct=clnk&cd=2 Eli Weber hat nicht auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht. Recherchiert wurde diese Quelle vom „Absurda" Team, deren Sendungen auf Radio Orange gehört werden können. Mehr Infos unter: http://o94.at/programs/absurda/

12 Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus, Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?", Vassilis Tsianos, Dimitris Papadopoulos, Übersetzt von Hito Steyerl, Quelle: http://transform.eipcp.net/transversal/1106/tsianospapadopoulos/de/print

13 „Das Bündnis ist geplatzt", in: SOZ Nr. 1/2007, Seite 17

Erwähnte Literatur:

Castells, Manuel, (2001) „Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie: Das Informationszeitalter", Opladen

Marx, Karl, (MEW 23) „Kapital Band 1" Berlin 1965

Marx, Karl, (MEW 42) „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", Berlin 2005

Marx, Karl, (MEGA II 4.1), „Ökonomische Manuskripte 1863 – 1867 Teil 1), darin: „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses", Berlin 1988

Virno, Paolo, (2005) „Grammatik der Multitude", übersetzt von Klaus Neundlinger, Wien



FrauenLesben gegen Zwangsarbeit

Wie entsteht ein gesamtösterreichisches Arbeitshaus?

Wer nicht kuscht und dient, ist draußen!

Menschen, die sich weigern, eine Arbeit anzunehmen oder eine „Maßnahme" zu besuchen, haben keinerlei Anspruch auf Unterstützung durch öffentliche Gelder. Die Plattform FrauenLesben gegen Zwangsarbeit und strukturelle Gewalt entlarvt das neue „Grundsicherungsmodell" für Österreich.

Gemein/nütziger Sozialdienst und Studiengebühren

Den widerständigen Studentinnen ist zu gratulieren, weil sie es gemeinsam mit politisch Aktiven aus unterschiedlichen anderen Gruppen geschafft haben, ihren Widerstand breit in die Medien und auf die Straße zu bringen. Gusenbauer erlebt ein böses Erwachen, weil er und seine Parteispitze sich mit den „Falschen" angelegt haben: mit einer entschiedenen Intelligenz, die sich nicht nur gegen Wahlbetrug, Vereinnahmung und Missbrauch in der Wahlpropaganda, sondern auch gegen den allgegenwärtigen Trend der „forced work", dem Arbeitszwang, erfolgreich wehrt. Ihr lasst Euch nicht so einfach in die Zwangsarbeit treten! Aber ihr seid die „Vorhut" in einem beispiellosen „Pilotprojekt" der Gefügigmachung aller Menschen, welche nicht über ein privates Budget verfügen, um ihr Leben genau so zu gestalten und zu planen, wie sie es möchten – jenseits von Existenzangst und totaler Kontrolle. Deshalb möchten wir in dieser so entscheidenden Situation, in der unserer Einschätzung nach nun ernsthaft und nachhaltig die politischen Weichen in eine Richtung gelenkt werden, die niemand von uns wollen kann, zur Situation von Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen Stellung nehmen.

Zwangsarbeit und „bedarfsorientierte Grundsicherung"

Die schöngefärbte „Grundsicherung" ist dezidiert das Gegenteil von dem, was sie verspricht, und hat weitreichende Konsequenzen für alle Werktätigen im Land, und ganz besonders für jene, für die kein ausreichend bezahlter und arbeitsrechtlich intakter Lohnjob oder die Flucht in die (Schein) Selbständigkeit (mehr) in Aussicht stehen. Sie steht im krassen Widerspruch zur weit verbreiteten Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, welches Freiheit, freie Wahl von Ausbildung und Beruf, Kreativität und Kultur, politische Partizipation etc. zulässt.

Um in Zukunft überhaupt zu einer sogenannten Sozialleistung zu kommen, ist die Bereitschaft der Betroffenen, jeden erdenklichen „Job" auf dem 1., 2. oder 3. Arbeitsmarkt zu sklavenhalterischen Bedingungen zu verrichten, Voraussetzung. Wer sich weigert, die zugewiesenen Arbeiten anzunehmen oder wer sich weigert, an einer vom Staat zugewiesenen „Maßnahme" teilzunehmen, hat keinerlei Anspruch auf Unterstützung durch öffentliche Gelder, die bis jetzt noch Rechtsanspruch sind (Arbeitslosenversicherungsgeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe). Daran ändern auch schönfärberische Slogans wie „soziale Wärme", „neue Fairness", „neue soziale Frage", „Gerechtigkeit" und „Vollbeschäftigung" nichts. Es ist einfach stupid, wenn seitens der PolitikerInnen verkündet wird, dass hier Wahlfreiheit oder Freiwilligkeit bestünde, ganz nach dem Motto: „Sie wollen nicht essen? Dann brauchen Sie auch nicht zu arbeiten!"

Das AMS – die Zentralanstalt für Arbeitseinsatz

Laut AMS-Geschäftsbericht 2005 waren 800.000 „KundInnen" mindestens einmal im Jahr von Erwerbslosigkeit betroffen. Durch die geplante „Grundsicherung" wird sich die Kundschaft des AMS vermehren, denn SozialhilfeempfängerInnen und Pleite gegangene „neue Selbständige" werden zur zusätzlichen Klientel der Arbeitszuweisungszentrale AMS. Alle sollen nun plötzlich mit Arbeit jeglicher Form versorgt werden! Bei gleichzeitiger Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Überstundenabgeltung auf 60 Stunden und einen 12-Stunden-Arbeitstag – also einer Konzentration von immer weniger Beschäftigten auf die vorhandene Lohnarbeit! Während immer weniger Beschäftigte am sogenannten 1. Arbeitsmarkt bis zum Umfallen hackeln müssen, sollen die BezieherInnen dieser unsäglichen „Mindestsicherung" den Frondienst für die „solidarische Gemeinschaft" übernehmen. Denn unbezahlte Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden, sie soll nun gratis von den Opfern dieses „Grundsicherungsmodells" unter Strafandrohung und Kontrolle durch die Behörden erledigt werden – widrigenfalls sie aus dieser „solidarischen Gesellschaft" ins soziale Out fliegen! Wer nicht kuscht und dient, ist draußen!

Feminisierung der Arbeit

Zynisch lässt die nun als Frauenministerin angelobte Doris Bures einer Erwerbsloseninitiative auf Anfrage nach den Verschärfungen der Zumutbarkeit durch die „Grundsicherung" mitteilen: „Die Zumutbarkeitsbestimmungen werden gerechter und praxisnäher gestaltet. Langzeitarbeitslose werden in gemeinnützige oder private Arbeitsprojekte eingebunden und zur Weiterbildung verpflichtet." (Susanna Enk, Presse und Kommunikation, SPÖ-Bundesgeschäftsführung am 3.1.2007)

Frau Bures wird als Frauenministerin starken Erklärungsbedarf haben: Das Subsidiaritätsprinzip in diesem „Grundsicherungsmodell" bedeutet für tausende Frauen die Abhängigkeit vom „Partner". Denn ein Hauptunterstützter bezieht beispielsweise 800 Euro monatlich, die „Zusatzunterstützte" bekommt nur mehr 400 Euro (Satz für 2 Erwachsene: 1.200 Euro. Ein Kind zusätzlich 240 Euro). Jegliches Zusatzeinkommen wird von der „Stütze" wieder abgezogen. Weder 800 Euro noch 400 Euro können existenzsichernd sein (laut Berechnungen des Statistischen Zentralamtes ist ein Betrag von mindestens 900 Euro erforderlich, um nicht in die Armut abrutschen). Und trotzdem: sämtliche Einkommen einer Familie, mit Ausnahme der Familienbeihilfe, werden für die Berechnung der „Mindestsicherung" laut Erwin Buchinger zusammengerechnet. Verdient der „Partner" mehr als diese Berechnungsgrundlage, geht die Partnerin vollkommen leer aus und ist Teilnehmerin an der unbezahlten Reproduktionssprich Hausfrauenarbeit. Zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeiten sind selbstverständlich wegen der „neuen sozialen Wärme" in dieser Gesellschaft erwünscht. Damit ist der Ausschluss der Frauen aus dem 1. Arbeitsmarkt programmiert.

Alleinerzieherinnen sind in diesem „Grundsicherungsmodell" von der Zwangsarbeit bedingt ausgenommen. Es wird jedoch von der Zentralanstalt für Arbeitszuweisung (AMS) ständig überprüft, wie viele Stunden an gemeinnützigen Tätigkeiten doch noch verrichtet werden müssen. Bereits jetzt sind Frauen und MigrantInnen vorwiegend in prekären bis unbezahlten Beschäftigungsformen zu finden, auch wenn zunehmend mehr Männer in diesen Sektor gedrängt werden. So wird sich die Lohnschere noch weiter öffnen und eine Verarmung breitester Bevölkerungsschichten zur Folge haben. Frauen sind besonders von der Zerschlagung des „Sozialsystems" betroffen, von einem „Rausholen aus der Armut" kann überhaupt keine Rede sein.

Vollbeschäftigung durch Zwangsarbeit

Der Multimillionär und Arbeitsminister Bartenstein sinniert: „Die Arbeitslosigkeit weiter verringern hilft beispielsweise die Mindestsicherung, eine Art Übergang von der Hängematte zum Trampolin, also mehr Jobchancen für Sozialhilfeempfänger, indem wir sie beim AMS andocken." (Der Standard, 13.1.07) Das Trampolin verwandelt sich allerdings rasend schnell in ein Katapult als Endlösung der seit Jahren forcierten SchmarotzerInnenhatz.

Im selben Fahrwasser bewegt sich der Arbeitsspender und Kreateur dieses verschärften Sozialhilfemodells für alle aus dem Buchinger-Clan, Erwin Buchinger, SPÖ: „Die meisten Leistungen des österreichischen Sozialsystems knüpfen an die Erwerbsarbeit an [...] Entscheidende Voraussetzung für die bedarfsorientierte Grundsicherung ist für alle arbeitsfähigen BezieherInnen bis zum Pensionsalter der Einsatz der eigenen Arbeitskraft. Nur wer bereit ist zu arbeiten, kann Grundsicherung beziehen. Als Kriterium für die Bereitschaft sollen die Zumutbarkeitsbestimmungen des AMS [Anmerkung: Bisher wurden die Zumutbarkeitsbestimmungen durch das Gesetz und nicht durch das AMS bestimmt – zumindest auf dem Papier.] (sic!) herangezogen werden. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten kann, muss diese Gründe nachweisen [...] Wer eine angebotene Arbeit nicht annimmt, kann die Grundsicherung verlieren. [...] wer arbeitswillig ist, für den soll sich das System auch lohnen [...] Die bedarfsorientierte Grundsicherung bezieht sich nicht auf die

einzelne Person, sondern auf das Haushaltseinkommen. Bei einem Paar, bei dem ein/e Partner/in gut verdient und der/die andere nicht, geht die Grundsicherung davon aus, dass das Haushaltseinkommen ausreicht" usw. (E. Buchinger, Die bedarfsorientierte Grundsicherung. Auf Basis des Papiers des SPÖ-Kompetenzteams Soziales und der Stellungnahmen dazu, Version 3, Stand 1.12.2006, nachzulesen als PDF-Download) Je weniger die Lohnarbeit wird, umso vehementer wird gegen „Schmarotzer" gehetzt. Die Spaltung in gute und böse Arbeitslose führt nicht nur zur völligen Entrechtung, sondern zur Entsolidarisierung und zu selbstverschuldeten Einzel-„Schicksalen", zur Verrohung und Verblödung einer ganzen Gesellschaft. Selbstverständlich rechnen die Versicherungsmathematiker schon jetzt damit, dass sich zahllose Menschen diesem Arbeitszwang und dieser Total-Kontrolle und dem Anschlag auf ihre Menschenrechte auf ein gewaltfreies Leben nicht aussetzen werden. Zahllose Menschen werden versuchen, irgendwie über die Runden zu kommen, um diesem Zwang zu entgehen. Schon bisher wurden Arbeitslose und NotstandshilfebezieherInnen durch Schikanen und sogenannte „Aktionen scharf" dazu gebracht, sich „freiwillig" vom Bezug abzumelden. Dieses kalkulierte „Einsparungspotenzial" steht den Arbeitslosen-Kontrolloren zur Verfügung, um Druck auf jene auszuüben, die überhaupt keine Chance haben, sich dieser Zwangsbehandlung zu entziehen = aktive Arbeitsmarktpolitik!

Massive Gesetzesänderungen stehen bevor!

Um diese geplante lückenlose und flächendeckende Arbeitseinsatzpflicht in der österreichischen Gesellschaft zu implementieren, bedarf es massiver Eingriffe in das geltende Arbeitslosenversicherungsrecht und auch ins Sozialhilfegesetz, das Arbeitsrecht und die Menschenrechte und die massive Einschränkung des Rechtsanspruches auf Versicherungs- und Sozialleistungen. Ein zentraler Punkt in dieser gesetzlichen Änderung ist die Absicht zum Ausbau der sogenannten „aktiven Arbeitsmarktpolitik", die Forcierung sogenannter „sozialökonomischer Betriebe" sowie die „Forcierung der Zusammenarbeit mit gemein/nützigen und privaten Arbeitskräfteüberlassern und enge Verknüpfung von staatlicher und privater Arbeitsvermittlung" (Regierungsvereinbarung) und vieles mehr. Die Tatsache, dass die Arbeitsvermittlung von Erwerbslosen im Zusammenhang mit dem Bezug von Versicherungsleistungen dem AMS alleine obliegt, soll gesetzlich abgeschafft werden! Damit ist der bisher schon tausendfach illegal praktizierten schikanösen Zwangsbehandlung, Vernaderung und Aussteuerung der Erwerbslosen Tür und Tor geöffnet: die Verramschung von Menschen kann hemmungslos beginnen.

Entrechtung, Entmündigung und das Geschäft mit den Arbeitslosen

Das AMS im Auftrag der „sozialen Fairnessverteiler" war im Vorjahr massiv mit zahlreichen oberstgerichtlichen Urteilen des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes konfrontiert, die allerlei Praktiken des AMS als nicht zulässig feststellten [Weiterführende Informationen auf: www.soned.at]. So existieren beispielsweise Projekte bzw. Programme wie IT-Works, Integra, Trendwork und dergleichen mehr. Sie praktizieren Schulung, Coaching, Berufsorientierung, Praktikum und Arbeits- und Vermittlungsüberlassung in einem Brei, was gesetzwidrig ist, denn Vermittlung obliegt ausschließlich dem AMS. BezieherInnen von ALG und NH berichten permanent von der Willkür, dem permanenten Gesetzes- und damit Amtsmissbrauch, Nötigung, Erpressung, ungewünschte Einweisung in sinnlose Kurse und Maßnahmen, Aushöhlung und vorsätzliche Missachtung des Arbeitsrechts – über existenzvernichtende Maßnahmen des AMS im Namen der Staatsräson. Resultat: mindestens 30.000 Sperren des Bezuges von ALG oder NH pro Jahr, womöglich noch ohne Bescheid und sorgfältige Prüfung – pure Willkür. Die permanente Rechtsbeugung soll nun durch diese Regierungsvereinbarung lapidar in legale Praxis umgemodelt werden.

Dreht und beugt Haider das Verfassungsrecht im Ortstafelkonflikt, so führt dies zur Aufwallung und öffentlichen Empörung. Maria Berger, die neue Justizministerin, bezeichnet Haiders Frotzelei der Gerichte und der Minderheit in Kärnten als Skandal. Der VGH-Präsident Korinek fordert eine bessere „Qualitätssicherung" für Gesetze. Wenn abertausende Menschen vollkommen illegal unter Androhung der existenziellen Vernichtung von österreichischen Behörden wie dem AMS schikaniert werden, so müsste darüber ebenso viel Empörung entstehen. Derzeit herrscht allerdings leider ein übler Konsens: SchmarotzerInnen an die Arbeit – unter allen Umständen und unter jeder Bedingung. Die „Grundsicherung" ist ein Hartz-IV-ähnliches Konstrukt und ein Ausdruck der Menschenverachtung. Sie muss verhindert werden. Ebenso die Verschärfung der „Zumutbarkeitsbestimmungen" und die Einweisung von Erwerbslosen in private und gemein/nützige Personalüberlassungsfirmen und „sozial"-ökonomische Betriebe.

Frauenrechte sind Menschenrechte – sie sind unteilbar. Es lohnt sich, für ihren Ausbau und ihr Fortbestehen zu kämpfen. Gehen wir's an! Widerstand, bevor es zu spät ist!

Kontakt: flgz@gmx.net
Homepage: www.die.undankbare.net.tf

Andreas Kranebitter

Von Brillen und Schlangen: Der Diskurs über die Roten Khmer. Ein Streifzug durch die politische Pol Pot-Kritik

„Pol Pot crazy". Den Satz hört jede TouristIn, die es nach Kambodscha verschlägt gleich mehrmals am Tag auch ohne danach zu fragen. „Oral History for Tourists" könnte man das Projekt nennen, an dem heute scheinbar die ganze kambodschanische Tourismusindustrie hängt: „Taxi? Killing Fields?" fragen einen die Taxler, wie wenn sie einen regelrecht mit Gewalt zu den Szenen der Massaker der „Roten Khmer" bzw. „Khmers Rouges" schleifen wollen – die „Killing Fields" sind fast schon TouristInnenattraktion Nummer eins geworden. An solchen Orten, zum Beispiel im Museum Toul Sleng in Phnom Penh, errichtet an genau jenem Ort, an dem der Khmer Rouge-Geheimdienst Santebal/S-21 beinahe 20.000 Menschen eingesperrt, gefoltert und ermordet hat, schaut man sich dann die Fotos von den Toten an oder die Fotos von den Tätern, das immer noch sichtbare Blut am Boden bzw. einfach nur aufgeschüttete Knochenhaufen in Glasvitrinen. Und vor diesen Vitrinen steht dann eine japanische, amerikanische oder französische TouristIn am Rucksack schön deutlich und sichtbar stolz die Nationalfahne aufgenäht – warum auch nicht, das jeweilige Land hat ja Südostasien immer nur „verwaltet" – und lächelt in die Kamera. „Da waren wir in Kambodscha, auch sehr heiß…".

Wie auch immer: „Pol Pot crazy" scheint eine etwas zu kurz geratene Analyse. Zu oft haben wir ähnliche Formulierungen schon gehört; zu oft hat man uns zum Beispiel das Phänomen Faschismus in Guido Knopp'schen Unterhaltungsdokus auf die Psychopathie Hitlers reduziert, um an die Geschichte als Geschichte von großen Männern zu glauben. Und trotzdem scheint in Bezug auf Kambodscha diese Version irgendwie nicht ganz absurd zu sein, hat man sich einmal näher mit der Materie befasst. Hören wir einen Moment Pol Pot im O-Ton, beispielsweise in Bezug auf Vietnam. In einer Anordnung an Khmer Rouge-Kader vom 3. Jänner 1978 erfährt man da beispielsweise: „[…] hineinzugehen und einen Guerillakrieg zu kämpfen, um den Feind am Hals zu fesseln, an seinen Schultern und Rippen auf beiden Seiten, an der Taille, den Schenkeln, den Knien, den Waden, den Knöcheln, um zu verhindern, dass er seinen Kopf bewegen kann und unseren großen oder mittleren Einheiten zu ermöglichen, seinen Kopf zu zerschlagen und zu zerbrechen" (zitiert in Kiernan 2002, S. 386).[1] Doch der Große Vorsitzende kann's noch besser – am 10. Mai 1978 konnte man in „Phnom Penh Radio" hören: „Einer von uns muss dreißig Vietnamesen töten […]. Bis jetzt waren wir erfolgreich […]. Wir brauchen nur 2 Millionen Soldaten, um die 50 Millionen Vietnamesen zu zerquetschen, und wir hätten immer noch 6 Millionen Leute übrig" (zitiert ebd., S. 393f.). Die Aneinanderreihung derartiger Zitate ließe sich ohne Probleme um ein Vielfaches verlängern, doch sparen wir uns das hier.[2] Was soll man dazu noch groß sagen?

Die Bilanz jener vier Jahre von 1975 bis 1979, in denen die Khmer Rouge Kambodscha regierten, ist nicht nur in Bezug auf diesen Rassismus gegen Vietnam wenig „emanzipatorisch“: Die Opferzahlen in ganz Kambodscha schwanken zwischen 700.000 (in der konservativsten Schätzung) und 3,3 Millionen Toten bei 7-8 Millionen EinwohnerInnen. Die meisten starben an Hunger oder Seuchen; Hinrichtungen und innerparteiliche Säuberungen forderten den Rest. Abschaffung des Schulwesens, medizinische Unterversorgung in den meisten Teilen des Landes, ein Arbeitspensum von üblicherweise zwölf Stunden, teilweise sogar bis zu 16 Stunden pro Tag; keine Möglichkeit, sich frei in andere Städte zu begeben, keine Telekommunikation (kein Postwesen, kein Telefon, kein Fernsehen), kein Markt, kein Geld, aber auch keine Schminke und keine Sonnenbrillen usw. usf. All dies wirft gewisse Fragen auf: Was sind die Errungenschaften dieser „Revolution“? Warum sich mit einer solchen Absurdität überhaupt auseinandersetzen? Warum aus heutiger und marxistischer Perspektive ein derartiges Regime noch „Sozialismus“ nennen? Warum sich nicht einfach auf die Feststellung einigen: Das war kein „Sozialismus“?

Weil die Psychose des Genossen Vorsitzenden noch nicht den Charakter des gesamten Phänomens Khmer Rouge erklärt. Die Khmer Rouge-Epoche lässt sich ebenso wenig auf die Figur Pol Pot reduzieren wie der Faschismus auf die „Ideen“ Hitlers oder Mussolinis. Warum „Sozialismus“? Weil man sehen muss, dass der gesamte Produktionsprozess wie auch der gesamte Staatsapparat fundamental verändert wurden und zwar in Richtung Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Großgrundbesitzes. Man mag es degenerierten ArbeiterInnenstaat nennen oder einfach nur postkapitalistische Gesellschaft, mir ist jedenfalls historisch noch keine kapitalistische Gesellschaft ohne jegliches Privateigentum an Produktionsmitteln bekannt.[3] Nach diesem Kriterium wird das „Demokratische Kampuchea“, wie es offiziell hieß, dem Etikett „Sozialismus“ also durchaus gerecht. Abgesehen davon ist es bereits zu spät, auf „Nicht-Sozialismus“ zu plädieren. Denn die Linke hat sich schon geäußert. Und die Rechte sowieso. Letztlich stellt sich aber auch ein praktisches Problem: Will man heute in Phnom Penh etwa erklären, warum die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln die einzige Möglichkeit ist, die Armut der Bevölkerungsmehrheit und produzierte Rückständigkeit abzuschaffen; will man heute in Kambodscha gar von Sozialismus oder Kommunismus sprechen – in einem Land, in dem selbst der regierende Prinz in den 1960-ern seine Partei „sozialistisch“ taufte –, dann muss man erst erklären, warum Prinzen und Politbüros seit jeher „irrten“. Wer heute Sozialismus sagt, muss den „Sozialismus“ erklären können. Wer heute von einer neuen Welt spricht, muss die alte neue Welt erklären können.

Eine Annäherung an die Erklärung der alten neuen Welt verläuft dabei über die Analyse des herrschenden Diskurses bzw. der herrschenden Diskurse, der Gesamtheit aller produzierter Geschichtsversionen und Mythen.

Grundsätzlich lassen sich drei dominante Fraktionen oder Stränge beschreiben, die den Diskurs über die Khmer Rouge wesentlich prägten: erstens die westliche Medienwelt, zweitens die akademische und politische Linke, drittens die offiziellen Geschichtsschreibungen des Ostblocks. Die auch chronologisch erste Diskursfraktion besteht dabei in den medialen Berichterstattungen der westlichen Mainstream-Presse, die sich vor allem auf Flüchtlingsberichte an der thailändischen Grenze zwischen 1975 und 1979 stützten. Ihnen folgten bald die ersten mehr populären als populärwissenschaftlichen Bücher „von rechts“, die wiederum bald eine Reaktion der gleichzeitig akademischen und politischen Linken auslösten, manchmal beinahe wortwörtlich „Theorien“ aus Peking und Moskau wiederholend. Parallel dazu verlief der Diskurs im Osten: Vietnam und die Sowjetunion, gefolgt von eifrigen Texthandwerkern der DDR, der Tschechoslowakei und sogar Kubas mussten erklären, warum die Beseitigung Pol Pots 1979 politisch notwendig und o.k. war. Diesen drei hauptsächlichen Diskursstrategien folgte bald von allen Seiten aber aus unterschiedlichen Gründen: Schweigen. Erst mit der Wende 1989 zeichnete sich eine mehr wissenschaftliche, d.h. aber allzu oft auch entpolitisierte Auseinandersetzung mit Aspekten der Khmer Rouge-Herrschaft ab.[4]

Die Medien und der ‚Reader's Digest': Die Kritik von rechts

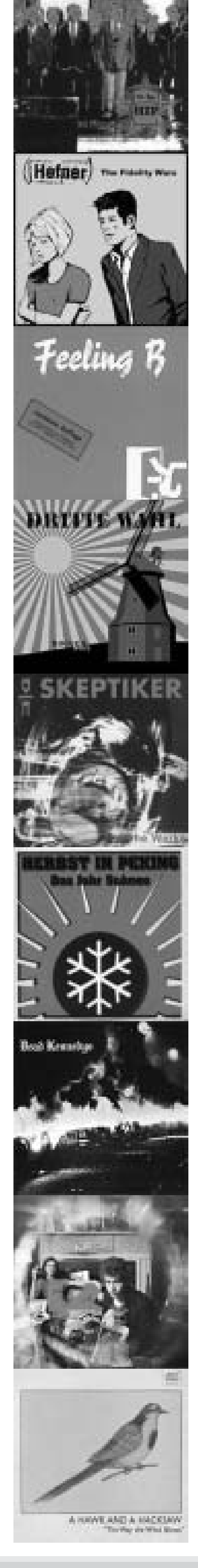
„The reddest revolution of them all“ titelte die BANGKOK POST am 26. September 1976. Und das WALLSTREET-JOURNAL vom 15. Mai 1975 scheint sich ebenfalls über die neue monströse Qualität „des Kommunismus“ gefreut zu haben:[5] „Man kann sich das Leiden und die Verschlechterung nur vorstellen, doch die neuen kommunistischen Führer Kambodschas haben zweifellos eine neue Sorte von Grausamkeit erfunden“. Doch die neue Sorte Grausamkeit scheint dennoch von Altbekanntem herzurühren: „Die Erfahrungen in Phnom Penh zeigen wiederholt, was passieren kann, wenn eine revolutionäre Regierung an die Macht kommt“. Und mit erhobenem Zeigefinger wird hier in Standardphrasen weiterdoziert: „Die schlimmsten Grausamkeiten der Geschichte resul-

tierten immer aus dem Versuch, eine neue Gesellschaft zu schaffen, in Wahrheit: aus dem Versuch, die Natur des Menschen zu ändern“. Zeitungen wie die WASHINGTON POST oder die NEW YORK TIMES, die zwar an der prinzipiellen Linie dieses Diskurses nicht unbedingt zweifelten, sich aber jedenfalls nicht mit dem nötigen Eifer dem Wallstreet-diktierten Antikommunismus verschrieben, riskierten, selbst ins Kreuzfeuer der rechten Recken zu gelangen. Die Organisation ACCURACY IN MEDIA, nach Selbstbeschreibung „America’s watchdog of the news media“, schaltete ein bezahltes Inserat am 2. Juni 1978 in der WASHINGTON POST, um die Welt von deren kommunistischer Lobhudelei zu warnen.

Die Diskursstrategie ist jedenfalls klar und auch nicht weiter verwunderlich: Die roten Revolutionen, die sind halt eben so – von „Natur“ aus. Und „uns“ blüht dasselbe, wenn wir nicht aufpassen. Diese These findet man wörtlich eher in kleineren Publikationen. Ein Pamphlet einer Gruppe mit dem klingenden Namen PEOPLE’S COALITION AGAINST THE SUPRESSION OF TRUTH greift einen Flüchtlingsbericht aus einer kleinen Provinzzeitung, dem LEBANON EXPRESS, auf – und teilt uns mit: „So schlimm die Behandlung des kambodschanischen Volkes auch ist, sie ist völlig konsistent mit der kommunistischen Doktrin der Liquidation der Bourgeoisie als einem essentiellen Schritt in der Schaffung des „kommunistischen Menschen“. Dieser Report gibt einen Vorgeschmack auf das, was in den U.S.A. passieren könnte, sollten die Kommunisten hier siegen” (Einleitung zu Chhay o.J., S. 1). Und genau diese altbekannte Story der „kommunistischen Gefahr“, die immer und überall aus ein- und derselben „Idee“ entsprungen wäre, wurde seither tausende Male breitgetreten und wiedergekäut – und zog sich wie ein anti-roter Faden bis in die heutige Wissenschaft hinein. Pol Pot erscheint darin nur als Vertreter dieser Ideologie, als einer jener Gestalten, deren Denken die legitime Fortführung von Marx und Engels sei. Um ein Beispiel anzuführen: Das im Jahr 2004 erschienene Buch des französischen Historikers HENRI LOCARD beschreibt die kambodschanischen Ereignisse als Versuch, „abrupt in den absoluten Kommunismus zu springen“ (Locard 2004, S. 69). Und wer sollte an dem ganzen Schuld sein – wenn nicht die alten Herren mit den langen Bärten? „Sie [die Khmer Rouge – AK] waren nichts anderes als das Siegel einer irrigen und anti-humanistischen politischen Theorie, die von Marx und Engels erdacht und von Lenin, Stalin und Mao in die Praxis umgesetzt wurde“ (ebd., S. 61). Soweit also Herr Locard …

Die in den Provinzblättern wie die oben zitierten abgedruckten Flüchtlingsberichte lassen zumeist an deren Glaubwürdigkeit zweifeln (wie Noam Chomsky und andere zurecht einwarfen) – die renommierteren Zeitungen sind natürlich zu schlau, um so etwas direkt abzudrucken, die InformantInnen blieben allerdings oft dieselben. Im LEBANON EXPRESS liest man weiter: „Das Hitler-Regime hat die jüdischen Familien zusammen in die Gaskammern geschickt [da hat wohl wer nicht genau recherchiert – AK], wo sie das Privileg hatten, ihre letzten Momente gemeinsam zu verbringen, aber die Khmer-Kommunisten gebrauchten das seltsame System, die einzelnen Mitglieder der Familien zu trennen“ (Chhay o.J., S. 2). Und weiter: „Zu der Zeit, als Phnom Penh fiel, hatten amerikanische Flugzeuge genug Reis eingeflogen, um damit alle Bewohner zumindest für sechs Monate zu versorgen [das hat nicht einmal der CIA behauptet – AK]. Die Kommunisten nahmen den ganzen Reis – nicht nur, um die Khmer-Kommunisten damit zu versorgen, sondern um ihren Hass auf Nicht-Kommunisten zu befriedigen, indem sie sie hungern ließen […]. Die einzigen Khmer-Frauen und Mädchen, die von den Khmer Rouge nicht vergewaltigt wurden, waren die, die aus Kambodscha flüchten konnten […]. Das Khmer-Zentralkomitee [?] verkündete, dass sie mehr als zwei Millionen von den sieben Millionen Menschen liquidieren würde, um eine neue agrarische Gesellschaft zu schaffen, die keine Überreste des früheren Regimes mit seinen wohlhabenden und gebildeten Menschen hätte“.[6] Nota bene: Willst du Genozid betreiben, verkünde das am besten in einer Pressekonferenz …

Aber lassen wir uns hier nicht auf die allzu zynische Verlockung ein, die vielen dubiosen Flüchtlingsberichte genauer abzuklopfen – denn genau hier zeichnet sich die große „Diskursfalle“ ab, in die der absolute Großteil der Linken in den 1970-ern tappte. Denn heute sind wir gezwungen, re-



trospektiv festzuhalten, dass sich trotz aller Übertreibungen bis hin zu Erfindungen von Gräuelstories, der Großteil der Geschichten aus Flüchtlingsberichten ganz einfach als wahr erwiesen hat. Im Großen und Ganzen lässt sich sagen: Nicht die Fakten sind es, die „falsch" sind – die Ordnung der Fakten ist es.

Der australische marxistische Historiker MICHAEL VICKERY, der selbst jahrelang in Kambodscha lebte und selbst in kambodschanischen Flüchtlingslagern Interviews führte, hat die diskursive Vermischung von Flüchtlingsberichten und Zeitungsartikeln als „Standard Total View" (STV) beschrieben. Durch die selektive Auswahl von Flüchtlingen mit einem bestimmten sozialen und geografischen Hintergrund, durch Verzerrungen in Übersetzungen, durch Beifügung dubioser Mittelsmänner, die Bezahlung der Interviews usw. habe sich eine Situation herausgebildet, in der die Interviewten meist nicht in „böser Absicht" logen, sondern in Erwartung dessen, was westliche JournalistInnen hören wollten, ihre eigene Geschichte in die eine oder andere Richtung manipulierten (Vickery 1984, S. 36ff.). Die Standardversion, die sich dabei herauskristallisierte, wurde nicht nur von Vickery bekrittelt, sondern von beinahe allen ernst zu nehmenden BeobachterInnen, wie bspw. vom katholischen Missionar FRANCOIS PONCHAUD, der den schmalen Grat zwischen blindem Glauben und prinzipiellem Leugnen wie folgt beschreibt: „Die Flüchtlingsberichte müssen tatsächlich mit großer Vorsicht verwendet werden […], doch der Exodus mehrerer hunderttausend Personen ist ein Faktum […], das für sich selbst genügend Fragen aufwirft" (Ponchaud 1978, S. xvi). Ponchaud musste allerdings später selbst einräumen, dass nicht alle Schlüsse, Fakten und Übersetzungen in seinem Buch einwandfrei belegt sind.[7]

Als die Vertreter der STV schlechthin können allerdings die beiden Journalisten JOHN BARRON und ANTHONY PAUL angesehen werden, deren vielbeachtetes Reader's Digest-Buch schon den Titel Murder of a Gentle Land trägt. Die Strategie wird schon in diesem Titel klar: die Pol Pot-Jahre brechen wie die Apokalypse auf das unschuldige, schlafende Kambodscha herein. „Phnom Penh war eine Stadt der Beschaulichkeit und Ordentlichkeit, eine Stadt von sanftmütigen, lachenden Leuten, eine Stadt von eindrucksvollen Frauen und guter Küche, eine Stadt von leichten Tagen und reizenden Nächten." (Barron/Paul 1977, S. 8) Und diese Idylle sei 1975 abrupt von KommunistInnen wie Khieu Samphan beendet worden, dessen hasserfüllter Charakter letztlich auf seine sexuelle Impotenz (!) zurückgeführt werden müsse (ebd., S. 60). Doch abseits dieses dubiosen Vulgär-Psychologisierens stellt sich eine Frage: Warum beginnt bei BARRON und PAUL die apokalyptische Unruhe, die Zerstörung der Idylle 1975 – und nicht schon 1965, als die USA im Rahmen des Vietnamkriegs damit begannen, Kambodscha mit einer Tonnage von bis zu 3.600 Tonnen Bomben pro Tag in Schutt und Asche zu bomben (Kiernan 1985, S. 350; Owen/Kiernan 2006, S. 62ff.; Shawcross 1979, S. 323)?

Obwohl sich allerdings der Großteil der Flüchtlingsberichte mit der Zeit bestätigte, ändert das meines Erachtens nichts daran, dass die zentrale Diskursstrategie der STV auch heute noch angegriffen werden muss und kann: Das Problem liegt eben in der Vereinheitlichung und Standardisierung der einzelnen Erlebnisse und singulären Ereignisse zu jener großen Erzählung, „wie es wirklich war", die ganz bestimmt immer gewissen Interessen dient und gedient hat. Diese Ebene hat nichts mit wahren oder falschen „Fakten" zu tun, sondern mit dem Drumherum der Geschichte, mit dem Warum und Weil, mit dem Mörtel zwischen den Ziegelsteinen.

Beispiele dieser Standardisierung des Diskurses, die in der Verbindung von Flüchtlingsproblem und westlichen Medieninteressen wurzeln (die sich bekanntlich mehr an Verkaufbarkeit interessieren als an der „nackten Wahrheit"), finden sich noch heute mehr als genug. Man schlage nach Belieben einfach ein Buch auf, das sich womöglich ganz allgemein mit „Revolutionen" auseinandersetzt. Nehmen wir zur Illustration das schöne, weil viele Bilder enthaltende Buch MARK ALMONDS mit dem klingenden Namen Morgenröte der Freiheit. Die illustrierte Geschichte der großen Revolutionen und folgen wir den – genau zwei – Registerverweisen auf die Roten Khmer. Wir lesen: „[i]n den siebziger Jahren führte der Drang der Roten Khmer in Kambodscha, alle Bindungen an die Vergangenheit zu kappen, zu so absurden Exzessen wie zur Hinrichtung aller Brillenträger" (Almond 1997, S. 32). Und weiter „[w]enige Jahre später [nach 1982 – AK] prangerte Roland Joffé in ‚Killing Fields' das brutale und barbarische Vorgehen der Roten Khmer in Kambodscha an, die im Zuge der Durchsetzung ihres ‚Steinzeitkommunismus' einen in der bisherigen Geschichte der Revolutionen unerreicht hohen Anteil des eigenen Volkes bestialisch abgeschlachtet haben" (ebd., S. 20). Vergegenwärtigen wir uns für einen Moment das gezeichnete Bild: Eine kleine Gruppe wild gewordener Menschen in schwarzen Pyjamas[8] verspürt – warum auch immer –, den starken „Drang" die umgebende Gesellschaft in die Steinzeit zurückzukatapultieren, und weil Brillen in der Steinzeit nichts zu suchen hatten deren Träger einfach abzumurksen. Es geht nun nicht darum, die

Unschuld der Roten Khmer zu beweisen – man muss aber feststellen, dass es sich bei derartigen Bildern um Standardmythen handelt, die wie immer zum Gegenteil von Erkenntnis beitragen. Mythologisierungen helfen nichts und Niemandem. Bei allem Morden und Töten der Roten Khmer bleibt dennoch nüchtern festzustellen: Es gab keinen Masterplan für irgendeinen „Steinzeitkommunismus", es wurden nicht „alle BrillenträgerInnen" hingerichtet und das absolute Gros der Opfer der Khmer Rouge wurde nicht „abgeschlachtet", sondern starb an Hunger oder Krankheit, hervorgerufen durch die Misswirtschaft, die auf dem Mist der bürokratischen Kommandostruktur jener Militärverwaltung aus Warlords gewachsen ist, die sich „Khmer Rouge" nannte …

Die Standard Total View blieb jedenfalls bis zum heutigen Tag fester Bestandteil immer wiederkehrender Berichterstattungen über Kambodscha. Man kann sich beinahe sicher sein, dass jeder im Hier und Jetzt veröffentlichte Artikel, der in irgendeiner Weise die Geschichte der Roten Khmer streift, erstens das Abmurksen von Brillenträgern und zweitens jene ominöse Idee eines Steinzeitkommunismus erwähnt. Ein weiteres Beispiel: KERSTIN KOHLENBERG in DIE ZEIT vom 16. März 2006: „Umgebracht wurden Intellektuelle oder solche, die so aussahen. Menschen mit Brille oder solche, die sich des Verbrechens, eine fremde Sprache zu sprechen, schuldig gemacht hatten, Städter, Schwache, Fragesteller" (Kohlenberg, S. 16). Doch die Artikel bleiben meist nicht bei Brillen und Steinzeit stehen. Der letzte Zweck ist der Faschismusvorwurf. Dem interviewten ehemaligen Khmer Rouge-Offizier wird denn auch die Frage gestellt: „Und die 1,7 Millionen Toten, die Killing Fields, die Konzentrationslager – alles nötige Mittel?" (ebd., S. 15).

Wie neu und innovativ ist doch dieses Diskursmoment – der Bezug auf, wie könnte es denn anders sein, den Nationalsozialismus. Das Rezept? Man verschiebe den Diskurs einfach auf ein Tabu-Terrain und jede Kritikerin wird verstummen. Sofort regt sich ein innerer Widerstand: Frau KOHLENBERG hat uns in eine schlimme Lage gebracht, geradezu in eine No-Win-Situation. Die Diskursfalle, von der oben gesprochen wurde, schnappt zu: Ein Wort, und du bist Verbündeter der Täter. Und – du bist praktischerweise nicht einmal „nur" Verteidiger des Polpotismus, sondern findest dich in den Augen der ZEIT im selben Lager wie Le Pen, Haider und Co. Das Traurige dabei – diese Diskursfalle ist so verzwickt, dass die Linke zuweilen mit Kopfsprung ins Fettnäpfchen gesprungen ist, und zum Teil scheinbar mit Freude die Khmer Rouge-Verbrechen zu leugnen versuchte.[9]

Die Linke antwortet: Das Elend des Antiimperialismus

Als einer der zentralen Figuren der Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA konnte NOAM CHOMSKY nicht an Kambodscha vorbei. Und CHOMSKY erkannte sehr wohl die Gefahr, in die bereit gestellte Falle zu tappen: Wer die Politik der US-Administrationen kritisiert, wird – das war schon immer so – ins Lager der Pol Pots und Osama Bin Ladens, ins Lager der UnpatriotInnen und KommunistInnen geschoben. In Wirklichkeit wurde diese Falle von niemandem besser beschrieben als von CHOMSKY selbst: „KritikerInnen der US-Gewalt finden sich diesbezüglich in einer seltsamen Lage wider. Üblicherweise von der Presse ignoriert, entdecken Sie, dass ihr Kommentar in diesem Fall bereits sehnsüchtig erwartet wird, in der Hoffnung, dass sie die Berichte über die Gräueltaten leugnen, sodass dieses Leugnen als „Beweis" dafür herhalten kann, dass die eingefleischten Apologeten des Kommunismus niemals lernen und niemals ihre schäbigen Anstrengungen beenden werden, die den ehrenwerten Wahrheitssuchenden solche Probleme bereiten […]" (Chomsky/Herman 1979a, S. 136). CHOMSKY kennt den Einsatz des Spiels – und dennoch: so wie sich die Flüchtlingsberichte heute nicht mehr leugnen lassen oder leugnen lassen sollten, so lässt sich heute nicht leugnen, dass die Falle auch im Falle Chomskys zuschnappte.

CHOMSKY war natürlich vorsichtig genug, seine Argumentation vor allem auf die antikommunistische Hetze der Westpresse zu beziehen, die falsch zitiert oder ganz einfach erfindet – und ist somit diskurskritisch, eine großteils gewissenhafte und notwendige Arbeit. Und dennoch: Warum geben sich CHOMSKY/HERMAN auf intellektueller Ebene mit Gestalten wie dem – sagen wir nicht sehr „verlässlichen" – Prinzen SIHANOUK ab? Warum das zustimmende Zitieren absurder Bemerkungen eines lächerlichen Pseudomonarchen? Sehen wir uns folgendes Zitat des Prinzen über das Leben im Khmer Rouge-Kambodscha aufgrund seiner ausgesprochenen Schönheit in voller Länge an: „Das Volk arbeitet sehr hart, aber es ist nicht unglücklich. Im Gegenteil: Es lächelt. Und es singt, revolutionäre Lieder natürlich, keine Liebeslieder. Ich ziehe Liebeslieder vor. Ich war Jazzsänger, ich habe viele Liebeslieder komponiert, aber die revolutionären Lieder sind nicht schlecht. Und die Kinder – sie spielen. Sie hatten kein Spielzeug, aber sie konnten rennen, sie konnten lachen. Sie konnten Bananen essen, die es in den Kommunegärten gab, und das Kommuneessen war nicht schlecht, natürlich nicht so gut wie mein Essen in Phnom Penh, aber gut … Sie sind nicht so fett wie ich, aber sie sind auch nicht dürr" (zitiert in Chomsky/Herman 1979b, S. 89f.).

Was soll das? Warum dieses Zitat? Was beweist es? Nicht viel mehr als die völlige Unzurechnungsfähigkeit SIHANOUKS. Doch das unkritische Zitieren hat für CHOMSKY/HERMAN einen anderen Zweck: Es dient tatsächlich dem relativen Freispruch der Khmer Rouge. CHOMSKY weiter: „Es bleibt jedoch beachtlich, dass Sihanouk ein positives Bild von den Errungenschaften eines Regimes gab, das er verachtete“ (zitiert ebd., S. 90). SIHANOUK-Zitate wie das folgende – „Ich bin Patriot. Sie [die Khmer Rouge – AK] sind auch Patrioten… Sie sind mutige Kämpfer – ich will nicht behaupten für die Freiheit, aber für die nationale Unabhängigkeit“ (zitiert ebd., S. 89) – sollten unter kritischen Linken eigentlich die Alarmglocken läuten lassen und die grundsätzliche Frage aufwerfen: Wollen wir kambodschanische patriotische NationalistInnen unterstützen – oder doch lieber Gruppen, deren erster Slogan auf ihrem Banner nicht „Nation“ sondern „Sozialismus“ ist? Es besteht insofern für mich kein Zweifel daran, dass CHOMSKY zeitweise in die von ihm selbst beschriebene Falle tappte – und diese Falle ist die des dumpfen Antiimperialismus. Die Logik ist tatsächlich binär: „Die Feinde meines Feindes sind meine Freunde“. Schön – aber wo bleibt denn da die Dialektik, meine Herren?

Doch CHOMSKYS Problem zeigt sich in anderen Schriften um einiges deutlicher. Hier soll nicht auf die Tonnen an Material maoistischer K-Gruppen aus den 1970-ern eingegangen werden, Zusammenfassungen finden sich an anderen Stellen.[10] Zur Veranschaulichung der Rolle der Nation in maoistischen Abhandlungen sei vielleicht exemplarisch folgender Satz in Bezug auf Chinas Angriff gegen Vietnam zitiert: „Bei der chinesischen Militäraktion geht es nicht um fremdes Territorium, sondern um eigenes, geht es nicht um die Unterwerfung eines fremden Volkes, sondern um den Schutz des eigenen Volkes“ (KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG vom 26. Februar 1979). Die Antwort der „RevisionistInnen“ war allerdings – das sei neutralitätshalber erwähnt – um nichts weniger lustig. In Bezug auf den Einmarsch Vietnams in Kambodscha 1979: „Die Wahrheit ist: Es gab keinen vietnamesischen Einmarsch in Kampuchea. Es gab keine vietnamesische Grenzprovokationen gegen China“ (UNSERE ZEITUNG vom 20. Februar 1979; oh wie schön sind doch die Sätze, die schon mit: „Die Wahrheit ist:“ beginnen …). Folgenschwerer als die kristallklaren Ergüsse durchsichtiger MaoistInnen-Hirne waren allerdings Untersuchungen aus dem Umfeld der amerikanischen und internationalen Antikriegsbewegung, die auch an Faktenmaterial um einiges fundierter waren. Hier begegnet uns die binäre Logik des verflachten Antiimperialismus auf Schritt und Tritt. In ihrem Buch „Cambodia: Starvation and Revolution“ lieferten GEORGE C. HILDEBRAND und GARETH PORTER vorerst eine beeindruckende Darstellung der Kriegsereignisse und Kriegsfolgen vor 1975, die sich auf eine Fülle an UNO-, CIA- und US-Regierungsmaterial stützte. Doch das Buch hatte wie so viele andere den kleinen „Schönheitsfehler“ des allzu schnellen Fehlschlusses. Die zwei „hervorstechendsten Merkmale des Landes heute“ – so PORTER und HILDEBRAND – seien „die enorme Zerstörung als Folge der US-Intervention und die bedeutenden Vorteile der landwirtschaftlichen Produktion, die von der NUFK [siehe Kasten – AK] zustande gebracht wurden“ (Hildebrand/ Porter 1976, S. 15) – doch diese beiden Seiten des Kambodscha von heute, d. h. natürlich von damals – das Buch wurde, soviel zu seiner Verteidigung, immerhin bereits 1976 veröffentlicht –, haben einfach keinen erkennbaren Zusammenhang. Das Buch bleibt sozusagen insgesamt zwei geteilt: Ein erstes anti-imperialistisches Moment wird von einem zweiten unkritischen Lobhudeln für Pol Pot abgelöst. Die britischen MarxistInnen MALCOLM CALDWELL[11] und LAURA SUMMERS ordneten sich nahtlos in diese Diskursformation ein. SUMMERS hört sich beinahe selbst wie der Große Vorsitzende an, wenn sie schmollend feststellt, dass „[…] die Politik der Selbstbezogenheit und Selbstversorgung auf die blanke Erkenntnis zurückzuführen […] [sei], dass niemand, aber auch niemand in der Welt wirklich bereit war, der kampucheanischen Revolution beizustehen“ (Summers 1981, S. 19). Die Politik der Selbstversorgung (self-sufficiency), nichts anderes als nationalistischer Autarkie-Fetischismus, aus der letztlich sogar offener Rassismus gegen Vietnam hervorging, war allerdings keineswegs einfach nur Sachzwang, sondern vielmehr selbst gewähltes Politikmuster. Warum bitte folgt aus dem absolut legitimen antiimperialistischen, militärischen Kampf gegen die US-Intervention in Südostasien (welcheR Linke zweifelt an dieser Legitimität?) in irgendeiner Weise logisch zwingend die Abkapselung von der gesamten restlichen Welt, und zwar die Abschottung nicht nur vom Westen, sondern auch vom Ostblock und selbst von „Freunden“ wie China und Nordkorea? Kann man denn ernsthaft den Sozialismus in einem Lande wie Kambodscha propagieren, einem vom Krieg vollständig zerstörten, sozial zerrütteten, selbst agrarisch unterentwickelten Land?

Aber kehren wir zum roten Faden zurück. Die westliche Linke, so viel kann zusammenfassend festgehalten werden, unterlag mehr oder weniger vollständig dem seltsamen Drang, dem Holzweg des hohlen Antiimperialismus zu folgen. Die Reaktion der Linken auf die Berichte – sie ganz einfach in einem Akt trotzigen Negierens zu ignorie-

ren oder als bürgerliche Lügenpropaganda abzutun – steht letztlich auf wackligen Beinen. Vieles muss allerdings dem Umstand zugeschrieben werden, dass Informationen über Kambodscha im unmittelbaren intellektuellen Gefecht nicht verfügbar oder schwer zugänglich waren, dass außerdem Degenerationen wie diejenige der Roten Khmer vorher schwer vorzustellen waren. In den 1980-ern bestätigte sich allerdings Schritt für Schritt die Version der meisten Flüchtlinge – Kambodscha war alles andere als das sozialistische Paradies, das es vorgab zu sein. Die Folge waren keine ernsthaften Auseinandersetzungen, aber auch kein reuevolles Fehler-Bekennen (mit der Ausnahme des französischen, ehemals „linken" Journalisten JEAN LACOUTURE), sondern vielmehr allgemeines Schweigen. Wenn die Wirklichkeit nicht stimmt, dann nimmt das Interesse daran eben ab und nicht zu – Kambodscha geriet, wie später Vietnam und heute China, ganz einfach in Vergessenheit. Schwamm drüber.

Ironischerweise kam es parallel dazu zu einem ebenso starken Verdrängungsversuch von rechts. Pol Pot tauchte auf diplomatischen Dinnerparties nur mehr selten als rotes Schreckgespenst auf – sondern vielmehr als gern gesehener Partygast. Das amerikanische Establishment hatte eine neue Linie: Die Roten Khmer wurden, nachdem sich Vietnam 1979 durch einen Einmarsch in Kambodscha von seinem lästigen Grenzproblem befreit hatte, bis 1989 in der UNO als legitime Vertretung Kambodschas anerkannt. Schließlich war die Domino-Theorie ja immer noch nicht vom Tisch – und eine vietnamesisch gestützte Regierung ging den USA dann auch wieder zu weit. Denn schließlich war Vietnam ja (frei nach Wolf Haas) immer schon ein bisschen ding, ein bisschen gefährlich, und der andere „Kommunist" schlachtet wenigstens nur die eigenen Leute ab, und wenn andere, dann nur ausländische KommunistInnen, das muss man ihm auch wieder zugute halten. So im Übrigen sogar die TIROLER TAGESZEITUNG: „Das alles beweist nicht, dass Pol Pot ein Unschuldslamm war. Aber wenn Kommunisten ihrem Glauben abschwören, dann ist dies zumindest eine Untersuchung wert" (Ch. Pilz, abgedruckt in Fischer 1986, S. 31). Und deshalb anerkennt die UNO, die Pol Pot dann scheinbar auch „genauer" untersucht hat – auf Drängen der neuen breiten Volksfront China-USA-ASEAN-Tiroler Tageszeitung – von 1979 bis 1989 „Democratic Kampuchea", sprich die Pol Pot-Clique. Dass der Einmarsch vietnamesischer Truppen vielen Berichten zufolge von der kambodschanischen Bevölkerung als Befreiung erlebt wurde, ist natürlich völlig egal. Denn seine Einstellung zur „Demokratie" hat HENRY KISSINGER, selbst bekanntlich nicht so ganz unbeteiligt am Vietnamkrieg, schon vor Jahren – in Bezug auf Chile – sowohl ausdrücklich, als auch eindrücklich erklärt: „Ich sehe nicht ein, warum wir es zulassen sollten, daß ein Land infolge der Verantwortungslosigkeit seines eigenen Volkes kommunistisch wird" (Kissinger, zitiert in Shawcross 1979, S. 332). Und das alles ist natürlich diplomatisch notwendig, aber auch ein bisschen peinlich – und Schweigen daher die berühmte Mutter der Porzellankiste. Die 1980-er Jahre breiteten also allgemein einen Teppich des Schweigens über die Ereignisse in Kambodscha. Betrachten wir abschließend jenen Diskurs-Elefanten, der zaghaft und unbeholfen, aber nicht ohne ungewollten Witz, dieses globale „Schweigen der Lämmer" zu durchbrechen versuchte …

Der Osten ist rot?

Die Notwendigkeit, eine Erklärung für die ungeschickten Staatsgeschicke der Khmer Rouge zu finden, zeichnete sich im Osten natürlich erst mit den zunehmenden Spannungen an der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze ab. Aus heutiger und marxistischer Sicht dürfte klar sein, dass es sich bei diesem Konflikt nicht wirklich darum gehandelt hat, den einen Fluss oder die andere Palme einem der beiden Staatsgebiete „einzuverleiben". Ebenso wenig kann davon ausgegangen werden, dass der Einmarsch Vietnams 1979 einzig und allein „dem Wohlergehen des kambodschanischen Volkes" dienen sollte. Der Sinn der Übung war vielmehr wie ein erboster Familienpatriarch in einem österreichischen Bergbauernhof mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und die nervigen Kinder mit den Worten in die Schranken zu weisen: „A Ruah isch jetz då". Und diese Grenzruhe war ja beinahe immer schon ein Bedürfnis „sozialistischer" Staaten, seit Churchill und Stalin Zettelchen mit Rumänienanteilen gegen Aktien an Griechenland austauschten, seit Deng Xiaoping und Co in Genf 1954 denselben Sicherheitsgürtel auch für sich beanspruchten und die glorreiche Idee hatten, Vietnam entlang eines geografischen Breitengrades zu teilen.[12] Und im Rahmen dieser Sicherheitsdoktrin passte es der Vietnamesischen KP irgendwie gar nicht, dass ihr der kleine kambodschanische Bruder permanent ans Bein pinkelte. Wie auch immer – nach 1979 musste auf jeden Fall eine Rechtfertigung für den Einmarsch her; und diese Legitimierung wollen wir uns kurz genauer ansehen …

Die Antwort auf die Frage, wie so etwas wie Pol Pot denn überhaupt möglich war, geben beispielsweise die beiden DDR-Dokumentarfilmer WALTER HEYNOWSKI und GERHARD SCHEUMANN in ihren beiden Filmen Kampuchea. *Sterben und Auferstehen* und *Die Angkar*: „Die Behauptung von Pol Pot/Ieng Sary, ihre Partei sei eine kommu-

nistische Partei, das ist eine Lüge, eine Fälschung“ (Heynowski/Scheumann 1980, S. 61). So einfach ist das also. Doch die Frage, warum die Partei die Lüge eigentlich schluckte, bereitet den beiden dann doch Kopfzerbrechen. Doch auch hier ist die Antwort leicht gefunden: „Es sind ja diese Pol Pot/Ieng Sary mitsamt ihrer Clique nur deshalb zum Zuge gekommen, weil sie es verstanden, sich in eine seit 1930 vorhandene revolutionäre Bewegung einzuschleichen“ (Heynowski/Scheumann 1981, S. III). Wie dieses Einschleichen falscher Schlangen funktioniert hat – oder anders gefragt, warum eine erfahrene revolutionäre Bewegung dieses Einschleichen von Konterrevolutionären nicht bemerken konnte – wird nicht hinterfragt. Natürlich sind sie geschickt Demagogen, die Pol Pots und Ieng Sarys, „geschickte Taktierer, die sie waren, wendig in Haltung und Rede“ (ebd., S. 29). Das DDR-Gegenrezept zur imperialistischen Gerüchteküche: Eine Brise Demagogie und ein bisschen Mord hinzu, und schon geht die getäuschte revolutionäre Bewegung in Bausch und Bogen flöten. Doch das verzwickte Problem lässt sich nicht so einfach lösen; Demagogie ist eine unzureichende Antwort auf die Frage – vermutlich deshalb werden ihre beiden Filme in der DDR nie ausgestrahlt. Könnten brave DDR-BürgerInnen, denen man erklärt, dass so etwas wie ein Einschleichen von Volksfeinden in eine kerngesunde Kommunistische Partei überhaupt möglich ist, nicht doch auf dumme Gedanken kommen?

Doch zurück zum Problem – fragen wir doch die sowjetischen Genossen, die mit Vorliebe Bildbände publizieren. Die Fremdkörper-Story der Schlangen Pol Pot und Ieng Sary klingt bei YEVGENI KOBELEV und NIKOLAI SOLNTSEV folgendermaßen: „Im April 1975 stürzten die patriotischen Kräfte Kampucheas […] die herrschenden pro-imperialistischen Verräter [die die Sowjetunion diplomatisch unterstützt hatte – AK]. Endlich wurde der Nation die Möglichkeit gegeben, ein neues, friedliches Leben zu leben. Doch die Ereignisse im Land nahmen bald eine unvorhersehbare Wende gegen den Willen der Menschen und des Zentralkomitees der KPRP [sic![13]]. Eine Woche nach der Befreiung Phnom Penhs landete ein Flugzeug mit zwei Führern des extrem nationalistischen Flügels der KPRP, Pol Pot und Ieng Sary […]. Sie verlegten sich auf schamlose Demagogie und Terror, um in der Partei und im Land an die Macht zu kommen. Sie herrschten beinahe vier Jahre lang, und ihr Genozid-Regime vernichtete Millionen Menschen und warf die Ökonomie des Landes um mehrere Jahrzehnte zurück“ (Kobelev/Solntsev 1988, S. 23). Wieder also keine Antwort der Genossen auf die Frage, wie die beiden Teufel an die Macht kommen konnten. Mehr noch – man versucht sich aus der Affäre zu ziehen, indem man die Antihelden mit dem Flugzeug auf die Bühne treten lässt (woher?). Die Argumentation hängt in der Luft: Gute Partei befreit das Land – Auftritt: böse Buben im Flugzeug – Fazit: Partei und Staat werden böse – Genozid. Wieder klingt die Sache dünn und unglaubwürdig. Die fehlende Analyse wird aus diesem Grund bald durch diverse Etikettierungen des Khmer Rouge-Regimes ersetzt, die keinen Zweifel an der Bösartigkeit lassen sollen: Es geht um ein „diktatorisches, militärisches und faschistisches Regime, das in seiner Grausamkeit in der Geschichte unübertroffen“ ist (Deklaration der Kampuchea National United Front For National Salvation[14], in Kobelev 1987, S. 13).

Die Sache kann so nicht gelöst werden, weiß Genosse MALIK HAG in seiner Diplomarbeit über besagte Herren HEYNOWSKI und SCHEUMANN – und bietet auch gleich die Lösung an: „Im ‚Namen des Kommunismus, der Revolution’ hat eine Clique versucht, die Partei und ihre Kader auszurotten. Das ist eine Warnung an jede Partei vor den Verrätern innerhalb der Partei selbst“ (Hag o.J., S. 10); und derselbe Gedankengang noch einmal an späterer Stelle: „Daraus zieht er [der Film Heynowskis/Scheumanns – AK] diese Lehre vom ‚Einschleichen’ des Pol Pots/Ieng Sarys in die revolutionäre Bewegung Kampucheas, gibt sie wieder als Warnsignal – historisch begründet durch die Erfahrung im Vietnam-Krieg, durch die Machenschaften der Hitlerpartei, die sozialistisch genannt wurde, durch den Terror der unter Hammer und Sichel praktizierenden Roten Brigaden“ (Hag o.J., S. 16). Langsam wird die Richtung klar: Die Partei war zwar vor 1975 durchaus gesund – aber leider zu wenig wachsam. Versucht wird nicht nur das Reinwaschen von jeder Verantwortung für das Pol Pot-Regime (Abwälzen auf China), sondern darüber hinaus auch noch, mit dem Mythos vom „Einschleichen“ von Feinden in die Bewegung die Säuberungen der Kommunistischen Parteien zu rechtfertigen! Hier zeigt sich die Schnittstelle der „alten“ stalinistischen Logik mit der „Polpoterei“: Die Logik der Säuberungen, das Gerede von der „reinen und puren“ marxistisch-leninistischen Bewegung, die Pol Pot überhaupt erst in die kambodschanische kommunistische Bewegung eingeführt hat, wird bei HAGS, HEYNOWSKIS, KOBELEVS und Co die Lehre aus der Pol-Pot-Erfahrung für andere kommunistische Parteien.

Die Ursache des Übels wird hier zum Heilmittel gegen das Übel erklärt. Das Problem war nicht die paranoide Wachsamkeit der Khmer Rouge, sondern im Gegenteil – ihre zu geringe Wachsamkeit! Und die Logik lässt sich problemlos erweitern: Das Übel ist nicht der absurdeste aller rassistischer

Nationalismen, der jemals von einem so genannten „sozialistischen" Regime hervorgebracht wurde – sondern umgekehrt ihr mangelnder Patriotismus! Im Kampuchea Dossier, das 1978 in Hanoi herausgegeben wurde, um über die Spannungen mit Kampuchea zu informieren, liest man mit aufgestellten Nackenhaaren folgenden Kommentar zur Khmer Rouge-Politik der „Souveränität, Unabhängigkeit und des Prinzips, auf seine eigene Kraft zu vertrauen": „Aber sie vergessen, dass in unseren Zeiten eine derartige Politik Hand in Hand gehen sollte mit der Achtung vor der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität anderer Länder. Wahrer Patriotismus impliziert notwendigerweise Internationalismus" (Vietnam Courier (Hrsg.) 1978, S. 16). Der Rat des „großen Bruders": Kampuchea muss nicht weg, sondern wieder hin zu einer unabhängigen Politik der Autarkie! „Hoffen wir, dass die Autoritäten in Phnom Penh zu einer Realisierung ihrer Fehler kommen und wieder eine Politik echter Unabhängigkeit unterstützen. Sie müssen an die realen Interessen ihres Landes und ihres Volkes denken – Nachbarn, die immer schon Brüder des Vietnamesischen Volkes waren – und den Weg des Friedens und der Freundschaft wählen, den die Sozialistische Republik Vietnams ihnen vorgeschlagen haben" (ebd., S. 18).

Wieder einmal sind wir an jener Grenze von nationalistischem Irrsinn und moralisch-theologischem Gesäusel angelangt, die einer aus Lachen und/oder Weinen die Tränen in die Augen drückt. Eines können wir allerdings mit Bestimmtheit sagen: Die ostblöckische Doktrin vom „wahren Patriotismus" stellt keine ernst zunehmende Alternative zum geeinten westlichen Schweigen dar.

Pol's Plot, oder: Was ist rot an den Roten Khmer?[15]

Fassen wir die oben erwähnten drei Diskursstränge noch einmal zusammen. Da war erstens jene Fraktion reisserischer Massenmedien, denen keine Story zu schlecht (Stichwort: BrillenträgerInnenmassaker) und kein Vergleich – wie der mit dem Nationalsozialismus – zu weit hergeholt war. Da gab es zweitens jene Antwort der Linken, die im Plus-Minus-Spiel des dumpfen Antiimperialismus haften blieb und sich, wie einst die „Freunde der Sowjetunion", mit Feuer und Flamme der Rationalisierung der Khmer Rouge-Politik verschrieb und somit theoretisch auf jenem Boden argumentierte, den Leo Trotzki seinerzeit treffend als „Sozialismus für radikale Touristen" beschrieben hat. Und drittens fanden wir schließlich die altbekannte Schule östlicher Weisheit, die das gesellschaftliche Phänomen Khmer Rouge auf die Demagogie zweier „Führer" reduziert – und letztlich ebenfalls dazu tendierte, diese mit den Stempeln „Steinzeitkommunisten" und „Faschisten" zu versehen.[16] Und gerade hier begegnet uns eine gewisse terminologische Übereinstimmung zwischen den unterschiedlichen Diskurs-Parteien, die bei näherem Hinsehen rein formale Ähnlichkeiten bei weitem übersteigt. Alle drei Positionen – so unterschiedlich auch die politische Einstellung der einzelnen VertreterInnen war – argumentieren auf einem einzigen Terrain: Westliches Medienkapital und östliche Geschichtsfälscherschule schmiedeten sich in einer einzigartigen Koalition zu jenem diskursiven Einheitsbrei zusammen, der in Bezug auf die Khmer Rouge seit Jahrzehnten „Faschismus!", „Konzentrationslager!" und „Steinzeitkommunismus!" ruft. Die Mainstream-Linke antwortete darauf im Rahmen einer einfachen Negation der Behauptungen, die – wie nach dem oben angeführten klar sein dürfte – sich insofern innerhalb der Grenzen des Diskurses bewegt, der diktierten Logik der STV erliegt und keinesfalls eine Terrainverschiebung des Diskurses bedeutet.

Inwiefern sind sich nun alle drei Diskursfraktionen gleich? ERSTENS erliegen sie alle der Logik der Reduktion der Ereignisse auf gewisse empirische Einzelaspekte – ob Brillen, deren TrägerInnen hingerichtet werden, oder Schlangen, die sich in die gesunde Bewegung einschleichen. ZWEITENS liegt neben der Reduktion auf empirische Einzelheiten oder Einzelschicksale auch in allen Fällen eine theoretische Reduktion vor; das Phänomen Khmer Rouge wird mit einem vereinheitlichenden Etikett irgendeiner „Ideologie" versehen. Diese Ideologie wächst aber nicht irgendwie zusammen, sondern ist immer-schon-gegeben. Ob Kommunismus, Steinzeitkommunismus, Agrarkommunismus, Faschismus, Kollektivismus, Populismus, Romantizismus, Bauern-Fetischismus oder was auch





immer – in jedem Fall tritt zuerst die Ideologie aufs Parkett, dann deren „Umsetzung". Unterstellt wird der Masterplan, damit aber auch die „immer schon gegebene" und ewig gleiche kommunistische Teufelsbrut oder faschistische Demagogie-Partie. In keinem Fall wird auch nur in irgendeiner Weise primär auf die Frage der Unterstützung und Legitimation der Roten Khmer eingegangen, auf die Frage nach der gesellschaftlichen Resonanz der politischen Entscheidungen, auf die Frage nach der Stärke oder Schwäche des Regimes, kurz – auf die Frage der Klassenkämpfe im „Sozialismus". DRITTENS werden die Ereignisse in Kambodscha in allen Fällen unter dem Mantel der „Revolution" behandelt, das heißt die Richtung bleibt gleich. Die Gewalt und Gewaltsamkeit, die Brutalität der Khmer Rouge erscheinen als Begleiterscheinung der Revolution, als entweder notwendiges Übel, bedauerliche Nebensache oder logische Folge kommunistischer Revolutionen schlechthin. Die Gewalt ist also immer revolutionäre Gewalt. Der Prozess erscheint immer als ein einziger, die Richtung des Prozesses gleichgerichtet. VIERTENS folgt aus der gleichgerichteten Umsetzung irgendeiner Ideologie die These von der Allmacht der Partei, von der Omnipotenz des Akteurs. Denn die Umsetzung des Masterplans kann nur gelingen, wenn die Partei oder deren Führer tatsächlich uneingeschränkte Macht genießen. Die immer-schon-gegebene „Ideologie" wird konsequent und Schritt für Schritt, gnadenlos und zielgerichtet in die Tat umgesetzt. FÜNFTENS erscheint dieser Masterplan somit als diabolischer Wahnsinn, als willkürlicher Irrsinn, als schlichte Irrationalität. Denn wenn es schon immer das Ziel der Khmer Rouge war, drei Millionen Menschen abzuschlachten – wie von den meisten TeilnehmerInnen der Debatte tatsächlich behauptet wird –, dann wird sich wohl kaum jemand finden, der diesem Plan irgendeine Rationalität unterstellen wird.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Phänomen Khmer Rouge müsste meines Erachtens alle fünf Punkte in Bausch und Bogen verwerfen – daher aber auch aus allen drei Diskursfraktionen ausbrechen. Die Interpretation „böse Idee – böse Buben – böse Umsetzung – Katastrophe", ebenso wie die umgepolte Pseudo-Alternative „gute Idee – gute Buben – gute Umsetzung – Paradies" machen ganz einfach keinen Sinn. Das Phänomen Khmer Rouge müsste in seiner ganzen gesellschaftlichen und vor allem internationalen politischen Komplexität begriffen werden. Eine Reduktion der Ereignisse auf ein einzelnes Detail verliert den Blick auf die Gesamtheit und Komplexität der Ereignisse und endet über kurz oder lang – mit der Diabolisierung der Akteure – bei der theoretischen Kapitulation vor den Ereignissen, die als unerklärliches Irrationales erscheinen.

Die „Brillenträger-Problematik" bietet sich hier als Beispiel an. Was ist das Problem an der Version der hingerichteten Brillenträger? Wie oben festgestellt, dürfen wir uns nicht auf eine einfache Negation beschränken – á la „Es wurden keine Brillenträger hingerichtet". Diese Negation ist ebenso falsch wie die Behauptung selbst. Das „Problem" an derartigen Diskursstrategien liegt anderswo. Kehren wir noch einmal kurz zum Gaskammer-Diskurs zurück: Wie die Ermordung von Brillenträgern in Kambodscha ein Faktum ist, so ist auch die Ermordung von Millionen von Menschen in den Gaskammern des Konzentrationslagersystems des deutschen Faschismus ein unbezweifelbares Faktum, Punkt – mögen aus den Sümpfen der Regierungen Mitteleuropas auch noch so viele braune Rülpser aufstoßen. Aber die Reduktion des Phänomens Faschismus auf das Phänomen Gaskammer ist eine ganz andere Sache, und außerdem viel beliebter als das dumpfe Leugnen des Holocausts: Sie „vergisst" ganz nebenbei auf die Ausbeutung der Arbeitskraft der KZ-Häftlinge für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft. Sie „vergisst" darauf, dass Krupp, Siemens, IG-Farben, Steyr-Daimler-Puch und das ganze Who-is-Who des deutsch-österreichischen Kapitals eigene „Nebenlager" der großen Konzentrationslager besessen haben, Millionen-Profite scheffelten – und niemals wirklich dafür verantwortlich gemacht wurden. Genauso vergisst der „Brillenträger-Diskurs" darauf, dass die absolute Mehrheit der im oben erwähnten Toul Sleng-Kerker inhaftierten Personen keine Brillen trug, sondern zumeist Mitgliedsausweise der Kommunistischen Partei Kampucheas.

Und die Mitgliedsausweise der getöteten Kader zu vergessen heißt, KommunistInnen mit dem Etikett „Mensch" zu überschreiben. Plötzlich scheint es, dass sie nicht mehr als tatsächliche oder potentielle kommunistische Oppositionelle ermordet wurden, sondern „als Menschen". Und diese Vernichtung von „Menschen" ist ein unerklärliches, irrationales, diabolisches, irrsinniges und absolut willkürliches Ereignis einer unpersönlichen Maschine. Diese Diskursstrategie hat die Funktion, „die Roten Khmer" zur allmächtigen Teufelsmaschine zu machen, deren Totalitarismus totaler gewesen sei als alles sonst. Die Roten Khmer werden dabei absurderweise vereinheitlicht, sogar postwendend vereint, ihrer Maschine entkommt niemand, der Brillen trägt …

Der hier nachgezeichnete Irrationalitätsdiskurs resultiert, soviel kann zusammenfassend und etwas pauschalisierend gesagt werden, stets aus einer verkürzten Sicht auf die gesellschaftlichen Kräfte, die hinter den Phänomenen werken und wirken. Sie sind es letztlich – salopp formuliert –, die die

Teufelsmaschine erbauen. Doch wer und was diese gesellschaftlichen Kräfte waren, warum sie gerade so wirkten und nicht anders, wie die geschilderten Fallen zu umgehen, die Klippen zu umschiffen sind und das obige Fünf-Punkte-Programm zu einer einleuchtenderen Analyse der Ereignisse transformiert werden kann, kann hier nicht weiter behandelt werden. „The fascicts", sprach der slowenische Philosoph Slavoj Zizek einst bei einem Vortrag in Wien sinngemäß, „were bad guys doing bad things – what a surprise. But the communists – those were good guys doing bad things. How is this possible?". Eine mögliche Annäherung an diese linke Gretchenfrage für Kambodscha muss auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

ANHANG: Ein Überblick über die Ereignisse in Kambodscha:

1863-1953: Kambodscha ist französisches Protektorat. Mehr noch als in Vietnam beschränkt sich der französische Kolonialismus auf die Ausbeutung der Rohstoffe; sozial und kulturell wird eine immense Rückständigkeit produziert. 1889 gibt es in Kambodscha ganze 23 LehrerInnen, 1900 sinkt die Zahl auf 7 (Kiernan 1985, S. xiii).

1941-1945: Japan überfällt Indochina; französisch-japanische Co-Regentschaft.

1945-1953: Antikolonialistische Truppen der Khmer Issarak und National United Front (KP Indochinas) regieren bereits mit Unterstützung des Vietminh über mehr als die Hälfte des Territoriums Kambodschas. 1953 entlässt Frankreich Kambodscha in die Unabhängigkeit: Prinz Norodom Sihanouk wird nun (obwohl schon 1941 gekrönt) der erste König der „unabhängigen" Monarchie.

1954: Ende des I. Indochinakrieges (antikolonialer Krieg gegen Frankreich) durch die Genfer Konferenz zur Korea- und Indochinafrage. Die Sowjetunion und China, sowie in deren Gefolge der Vietminh, stimmen einer Teilung Vietnams in Nord und Süd und dem Abzug der Vietminh aus Kambodscha zu.

1954-1970: Die USA übernehmen die Rolle Frankreichs als Lokalimperialist. Sihanouk „verselbständigt" sich bald und versucht durch prinzipienlosen Opportunismus politisch zwischen den diversen Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten und international zwischen Ost und West zu manövrieren. Dies zwingt ihn u.a. dazu, sich als „buddhistischen Sozialisten" zu bezeichnen und in den 60er-Jahren Banken und Konzerne zu verstaatlichen. Er wird von der UdSSR, China und Vietnam diplomatisch und sogar militärisch unterstützt – mit Waffen, die er innenpolitisch gegen die kommunistische Bewegung in Kambodscha richtet. Nach einer BäuerInnen-Revolte u.a. in Samlaut 1967, die blutig niedergeschlagen wird, beschließt die Kommunistische Partei Kampucheas, den bewaffneten Kampf aufzunehmen – gegen Forderungen Vietnams und Chinas. Die Roten Khmer und ihr Konflikt mit der Vietnamesischen KP erstarken.

1970-1975: In einem rechten Militärputsch mit vermutlicher US-Beteiligung wird Sihanouk von Lon Nol gestürzt. Er steigt auf Pekings Angebot einer Volksfront mit den Khmer Rouge ein („NUFK" bzw. „FUNK"). Die USA treiben vietnamesische Truppen tiefer nach Kambodscha und weiten den Vietnamkrieg auf Kambodscha aus. Unter zynischen Decknamen wie „Lunch", „Dinner" und „Breakfast" werden zuerst verdeckt, dann bis 1973 recht offen über 500.000 Tonnen Bomben auf Kambodscha abgeworfen (Shawcross 1979, S. 323), nach neuesten Berechnungen sogar 2.756.941 Tonnen (Owen/Kiernan 2006, S. 63), also 17 mal soviel wie auf Japan im Zweiten Weltkrieg. Dennoch können die USA den Krieg in Indochina (II. Indochinakrieg) nicht gewinnen. Am 17. April 1975 fällt Phnom Penh in die Hände der Khmer Rouge.

1975-1979: Die Jahre des Khmer Rouge-Regimes. Im Namen der Autarkie werden alle größeren Städte Kambodschas „evakuiert". Die städtischen Schichten, darunter auch Hunderttausende IndustriearbeiterInnen, werden in Kommunen reorganisiert und zur Feldarbeit gezwungen. Durch das Chaos der Kollektivierung, d.h. der Militarisierung der Landwirtschaft, kommen ca. 1,7 Millionen Menschen v.a. durch Hunger und Krankheiten um. Innerhalb der Khmer Rouge regt sich Widerstand, der größte bewaffnete Aufstand geschieht 1978 in der Ostzone des Landes, aber auch im Westen und Norden wird gegen Pol Pot's Politbüro rebelliert. Mit Hilfe diverser Warlords gelingt es dem „Zentrum", die Aufstände blutig zu ersticken, die Todesopfer gehen in die Hunderttausende. Im Foltergefängnis Toul Sleng werden die Niederschlagungen mit innerparteilichen Säuberungen ergänzt: Zwischen 14.000 und 20.000 „Kader" werden hier verhört und anschließend hingerichtet (Chandler 1999, S. 7ff.).

1979-1989: Nach lang andauernden Grenzscharmützeln entschließt sich Vietnam am 25. Dezember 1978 zum Krieg gegen das Khmer-Rouge-Regime (III. Indochinakrieg). Am 7. Jänner fällt Phnom Penh. Die geflüchteten Khmer Rouge

bilden mit Sihanouk und dem rechtsgerichteten Son Sann erneut eine „Volksfront“ Marke Peking-USA, die bis 1989 als legitime Vertretung in der UNO anerkannt wird.

1989-1991: Friedensverhandlungen, an denen die Roten Khmer auf Drängen der USA und Chinas als gleichberechtigter Partner teilnehmen.

1991-1993: Die UNO verwaltet mit der Mission „UNTAC“ Kambodscha. Die Entwaffnung der Khmer Rouge gelingt nicht.

Seit 1993: Kambodscha ist wieder eine konstitutionelle Monarchie; 1998 wird Pol Pot, nachdem er seinen ehemaligen Verteidigungsminister Son Sen samt Familie hinrichten ließ, von seinem bis dato treuesten Warlord Ta Mok (gestorben 2006) verhaftet und hingerichtet. Die meisten hohen Khmer Rouge-Kader hatten bis dahin bereits unter Gewährung vollständiger Amnestie nach dem Motto „Don't blame me, it was my prime minister“ kapituliert. Erst heute, nach dem Tode der meisten hohen Kader, zeichnet sich ein Tribunal gegen die Khmer Rouge ab. Die soziale Misere der Bevölkerung ist so groß wie eh und je. Landvertreibungen, Kinderarbeit, AIDS und ungeheure Arbeitsbedingungen in der (Textil-) Industrie stehen an der Tagesordnung. Kambodscha ist – ein „normales“ Entwicklungsland.

E-Mail: andreas.kranebitter@gmx.at

Zitierte Literatur:

Mark Almond: Morgenröte der Freiheit. Die illustrierte Geschichte der großen Revolutionen, Rheda-Wiedenbrück: Club Bertelsmann 1997.

John Barron, Anthony Paul: Murder of a Gentle Land. The Untold Story of Communist Genocide in Cambodia, New York : Reader's Digest Press 1977.

David Chandler: Voices from S-21. Terror and History in Pol Pot's Secret Prison, Berkeley: University of California Press 1999.

Mao Chhay: Cambodian refugee tells tragedy, in: Lebanon Express, published in Lebanon, Oregon (o.J.), in: People's coalition against the Supression of Truth (Hrsg.): Classicide in Cambodia, Cornell Kroch Library, Division of Rare and Manuscript Collections, Call Number #6514.

Noam Chomsky, Edward Herman (1979a): After the Cataclysm. Postwar Indochina & The Reconstruction of Imperial Ideology, in: The Political Economy of Human Rights, Volume II, Boston: South End Press 1979.

Noam Chomsky, Edward S. Herman (1979b): Indochina und die imperiale Ideologie, in: Kursbuch, Berlin: Kursbuch/ Rotbuch 1979, Nr. 57, S. 85-97.

Gero Fischer, Erwin Riess (Hrsg.): Der Befreiungskampf Indochinas, in: Der Streit, 6. Jahrg., Nr. 27/28, Februar 1986.

Malik Hag: Die Grundidee und ihre Realisierung durch die Gestaltungsmittel als Ausdruck der Parteilichkeit im revolutionären Dokumentarfilm; abgehandelt an den Beispielen „Kampuchea. Sterben und Auferstehen“ und „Die Angkar“ von Heynowski und Scheumann (Diplomarbeit).

Walter Heynowski, Gerhard Scheumann: Die Angkar, Berlin: Montagebuch Studio H&S 1981.

Walter Heynowski, Gerhard Scheumann: Kampuchea. Sterben und Auferstehen, Berlin: Montagebuch Studio H&S 1980.

George Hildebrand, Gareth Porter: Cambodia. Starvation and Revolution, New York/London: 1976.

Ben Kiernan: The Pol Pot Regime. Race, Power, and Genocide in Cambodia under the Khmer Rouge, 1975-1979 , New Haven/London: Yale University Press 2002.

Ben Kiernan: How Pol Pot Came To Power. A History of Communism in Kampuchea, 1930-1975, London: Verso 1985.

Yevgeni Kobelev, Nikolai Solntsev: Kampuchea. Rising from the ashes, Moskau: Planeta Publishers 1988.

Yevgeni Kobelev (Hrsg.): Kampuchea: from Tragedy to Rebirth, Moskau: Progress Publishers 1987.

Kerstin Kohlenberg: Ein mörderisches Erbe, in: Die Zeit, Nr.12, 16. März 2006, S. 16-18

Henri Locard: Pol Pot's Little Red Book. The Sayings of Angkar, Chiang Mai: Silkworm 2004.

Taylor Owen/Ben Kiernan: Bombs Over Cambodia, http://www.yale.edu/cgp/Walrus_CambodiaBombing_OCT06.pdf, 27.11.2006.

Francois Ponchaud: Cambodia Year Zero New York, New York: Holt, Reinhart and Winston 1978.

William Shawcross: Schattenkrieg. Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas, Berlin/Frankfurt am Main/Wien: Ullstein Verlag 1979.

Laura Summers: Versuch zu einer realistischen Einschätzung der Ereignisse in Kampuchea unter Pol Pot, in: Laura Summers, Robert Detobel, Reinhart Kößler: Kampuchea. Ende des linken Traums oder Beginn einer neuen Sozialismus-Debatte? München: Verlag Simon & Magiera 1981.

Michael Vickery: Cambodia: 1975-1982, Singapore: 1984.

Vietnam Courier (Hrsg.): Kampuchea Dossier, Hanoi: 1978ff.

Anmerkungen:

1 Sämtliche Zitate englischsprachiger AutorInnen wurden von mir ins Deutsche übersetzt.

2 Aufschlussreich sind diesbezüglich auch die Interviews der DDR-Dokumentarfilmer Walter Heynowski und Gerd Scheumann mit ehemaligen Khmer-Rouge-Kadern, unter anderem Ieng Sary, damals Außenminister, den die verblüfften Ostdeutschen nicht mit „Genosse“ anreden dürfen, sondern nur mit „Exzellenz“: „F.: Wenn weder Sie, Exzellenz, noch Seine Exzellenz Pol Pot, noch die Regierung insgesamt für den Massenmord verantwortlich sind – wer ist es dann? (on) A.: Wir waren nicht wachsam genug, wir kannten zuwenig das Leben an der Basis. So konnten die Morde vorkommen. Insofern tragen wir Führer die Verantwortung. (off) Die Mörder aber waren Agenten der Vietnamesen. (on) Das ist sonnenklar“ (Heynowski/Scheumann 1981, S. 151f.).

3 Auf die unterschiedlichsten Varianten einer Staatskapitalismus-Theorie für die so genannten Sozialismen kann und will ich hier

nicht eingehen. Ohne die Antwort kennen zu wollen, was diese Gesellschaften nun wirklich waren, wird in diesem Artikel vorausgesetzt, dass es sich bei diesen um „etwas Anderes" handelt und gehandelt hat, und zwar fundamental Anderes und damit auch nicht „staatskapitalistisches" Anderes.

4 Die Diskussion wissenschaftlicher Arbeiten über die Roten Khmer würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Meines Erachtens kann behauptet werden, dass der Großteil derartiger Werke in historiografisch-empirischen Beschreibungen hängen bleibt und nur selten breitere Analysen wagt. Dort, wo Theoretisierungen der Ereignisse versucht werden, verbleiben die AutorInnen oft in den drei beschriebenen Diskursfraktionen oder arbeiten zuweilen mit dem analytischen Instrumentarium herrschender Paradigmen der Geschichtswissenschaften – wie z.B. der Totalitarismustheorie. Viele der AutorInnen, die sich heute wissenschaftlich mit den Khmer Rouge beschäftigen, entstammen allerdings den diversen Fraktionen der radikalen Linken.

5 Die folgenden Zitate entstammen den Mikrofiche- und Mikrofilm-Archiven in Yale – Yale University Library with the Documentation Center of Cambodia (DC-CAM): Khmer Rouge Top Secret Santebal (S-21) Archives, D-Collection (in diesem Fall Dokument D16468) – sowie der Cornell University – Cornell Kroch Library and Division of Rare and Manuscript Collections.

6 Die letzte Behauptung bezieht sich vermutlich auf ein „gefaketes" Interview der italienischen Zeitschrift Famiglia Christiana mit dem Khmer-Rouge Staatspräsidenten Khieu Samphan. Dieses Interview, das v.a. Barron/Paul ausschlachten, hat nach Francois Ponchaud gar nicht stattfinden können (D17339, s.u.).

7 Ponchaud im O-Ton: „Mir sind die Grenzen meines Werks bewusst" (Francois Ponchaud an John Barron, 30. Juni 1978, D17339). Als Beurteilung des Barron/Paul-Buches genügt im Übrigen folgendes Zitat Ponchauds aus demselben Brief: „Ich werde das Faktum nicht verschweigen, dass mir Ihr anti-kommunistisches Buch missfällt. Auch der Mangel an politischer Analyse, der Mangel an Geschichts-Hinweisen und Details zur Kultur Kambodschas, das Schweigen über die skandalöse Politik Frankreichs und der USA, die zum Teil für die gegenwärtige Krise verantwortlich sind" (ebd.).

8 Khmer Rouge-SoldatInnen trugen meist schwarze Pyjamas, „Ho-Chi-Minh"-Sandalen und karierte Tücher. Es ist allerdings wichtig die revolutionären „Dress-Codes" festzuhalten, zumal die Khmer Rouge auch von Flüchtlingen scharf intern differenziert wurden. Die Ostzonen-Khmer Rouge, die um einiges milder und „sanfter" gewesen sein durften, trugen beispielsweise lange grüne Khaki-Uniformen.

9 In Einzelfällen führte der Weg von diesem Leugnen sogar zum Leugnen des Holocausts: Einer der bedeutendsten französischen BeobachterInnen Kambodschas war Serge Thion – Autor mehrere Bücher über Kambodscha, der in den 70er-Jahren in diversen marxistischen und linken Zeitschriften publizierte. Heute ist Thion in Frankreich vor allem für die Unterstützung des Holocaustleugners Robert Faurisson bekannt; in die Faurisson-Affäre verwickelte er auch Noam Chomsky. Thions Artikel erscheinen heute u.a. auf dubiosen „national-anarchistischen" und auf eindeutig geschichts-revisionistischen Websites, die sich einzig dem Leugnen des Holocausts verschreiben.

10 Einen Überblick gibt das Dossier Der ewige Sieger in: Kursbuch, Der Mythos des Internationalismus, Berlin, Kursbuch/Rotbuch Verlag Oktober 1979, Nr. 57. aus dem auch die folgenden Zitate entnommen wurden (S.179ff.).

11 Malcolm Caldwell galt international als Khmer-Rouge-Sympathisant und war einer der wenigen Westler, die Kambodscha zu Khmer-Rouge-Zeiten besuchen durften – und der einzige, der von den Khmer Rouge im Rahmen seines Besuchs einfach ermordet wurde (die genauen Umstände sind bis heute nicht geklärt, siehe dazu Kiernan 2002, S.448ff.).

12 Ben Kiernan: „Die aggressive Haltung der Vereinigten Staaten […] und die Unordnung innerhalb der kommunistischen Reihen beließ die letzteren mit weit weniger am Verhandlungstisch, als sie in Wirklichkeit am Schlachtfeld gewonnen hatten" (Kiernan 1985, S.152.).

13 Die Kampuchean People's Revolutionary Party war die Vorgängerin der Communist Party of Kampuchea und existierte zu dieser Zeit nicht mehr; außerdem waren Pol Pot und Ieng Sary hier prominent vertreten.

14 Die Kampuchean National United Front for National Salvation (KNUFNS) war jene Organisation, die sich aus ehemaligen Khmer Rouge-Kadern zusammensetzte und nach dem vietnamesischen Einmarsch Kambodscha regierte. Interessant ist hier die zweifache Verwendung des Terminus Nation, die darauf schließen lässt, dass es um einen neuen und wahren Nationalismus gehen sollte – im Gegensatz zum falschen Nationalismus der Khmer Rouge. Ich danke Dr. Benny Widyono für diesen Hinweis.

15 Dank an Jakob Rosenberg für die Überschrift.

16 Bezüge auf und Vergleiche mit dem Nationalsozialismus finden sich in ausnahmslos allen oben erwähnten Werken. Die Geschichte vom „Steinzeitkommunismus" als erklärtem Ziel der Pol Pot-Clique geht ebenfalls auf die Kappe dieser Schule, die in ihrer Argumentation auch hier mit der westlichen STV verschmolz.

Max Henninger

Vereinnahmung der Revolte (Selbst-)Kritische Anmerkungen zur Diskussion um die französischen Vorstadtunruhen

Andrea Benino und ich haben in der Grundrisse 17 einen Beitrag über die Ende 2005 in den französischen Vorstädten (banlieues) stattgefundenen Unruhen veröffentlicht, auf den ich an dieser Stelle zurückkommen will.[1] Der Beitrag war als kritische Auseinandersetzung mit den im November 2005 von verschiedenen linken TheoretikerInnen formulierten Einschätzungen der Unruhen konzipiert.[2] So kritisierten wir z.B. Antonio Negris Rückgriff auf die Begrifflichkeit des Hegelmarxismus. (Negri hatte die revoltierenden VorstadteinwohnerInnen als eine „Klasse an sich" bezeichnet, die erst noch „Klasse für sich" werden müsse.) Andrea und ich argumentierten, an solchen Einschätzungen zeige sich die Unzulänglichkeit vieler gängiger linker Theorieansätze. Unter anderem schrieben wir, die postoperaistische These vom zunehmend „immateriellen" Charakter der Arbeit und die damit einhergehende Gesellschaftsanalyse seien weitgehend blind gegenüber den Phänomenen der Gettoisierung und der sozialen Ausgrenzung, die in den Vorstadtunruhen zum Ausdruck gekommen seien.[3]

Diese Kritik ist, glaube ich, nach wie vor richtig. Das von Andrea und mir konstatierte Unvermögen vieler linker TheoretikerInnen, eine adäquate Einschätzung der Vorstadtunruhen und ihrer Konsequenzen vorzulegen, hat sich im Laufe des vergangenen Jahres bestätigt. So bemerkt z.B. Bernard Schmid zu recht, der französische Migrationsforscher Yann Moulier Boutang gelange in seiner Analyse der Unruhen nicht über die liberale Forderung nach der Gleichberechtigung ethnisch definierter Gemeinschaften (communities) hinaus.[4] Diese Forderung verschleiert nicht nur, dass die in den französischen Vorstädten wirksamen Ausgrenzungsprozesse keineswegs rein ethnischer Natur sind.[5] Moulier Boutangs Forderung deckt sich auch weitgehend mit der Rhetorik des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy. Paradoxerweise ist gerade der durch seine eigenen rassistischen Aussagen bezüglich des vorstädtischen „Abschaums" (racaille) aufgefallene Sarkozy durchaus fähig, im nächsten Atemzug rassistische Diskriminierung als ernsthaftes Problem anzuerkennen. Dies erlaubt ihm, die Förderung an ethnischen Identitätsvorstellungen orientierter Vereine und Selbsthilfegruppen als Lösung des im November 2005 ausgebrochenen sozialen Konflikts anzubieten.

Die von Sarkozy befürwortete Problemlösungsstrategie, der ethnisch definierten community mehr Selbsthilfe zu ermöglichen, legitimiert nicht nur den beschleunigten Abbau der noch bestehenden sozial-

staatlichen Leistungen, indem sie die Verantwortung für die Lebensverhältnisse sozial Benachteiligter an nichtstaatliche Akteure delegiert. (Damit könnte eine am Begriff der Autonomie und an der Kritik des Sozialstaats gewachsene Linke sich vielleicht noch anfreunden.) Sarkozys Strategie zielt vor allem auch auf die Förderung reaktionär-identitärer Ideologien in den Vorstädten ab – durch die gezielte Auswahl der zu unterstützenden Vereine und Gruppen, bei der z.B. religiös motivierte Organisationen bevorzugt werden. Hinweise auf rassistische Diskriminierung und auf das Erbe des französischen Kolonialismus kommen Sarkozy also insofern gelegen, als sie ihm erlauben, einen Konflikt, der an sich nicht rein ethnischer Natur ist, zu ethnisieren.[6] Indem Sarkozy die Ausbreitung religiös-identitärer Denkmuster in den Vorstädten fördert, bereitet er die Kanalisierung der jugendlichen Revolte durch jene reaktionären Gruppierungen vor, für die in der so genannten multikulturellen Gesellschaft immer auch ein Platz ist. Denen, die das nicht mitmachen wollen, steht nach wie vor ein effizienter Repressionsapparat gegenüber. Dieses Zusammenspiel von wohlwollender Förderung und brutaler Repression erfasst Moulier Boutang – der hier exemplarisch für viele linke TheoretikerInnen steht – nicht.

Diese (sehr unvollständigen) Bemerkungen zum aktuellen Stand der Diskussion um die Vorstadtunruhen mögen hier genügen. Die von Andrea und mir vorgelegte Kritik soll an dieser Stelle nicht weiter ausformuliert oder aktualisiert werden. Vielmehr möchte ich die von uns selbst angebotene Analyse in Frage stellen. Sie wird, wie ich heute glaube, unserem damaligen Anspruch nicht gerecht. Andrea und ich hatten uns gegen eine Tendenz gewehrt, die als die zur theoretischen Vereinnahmung der Unruhen bezeichnet werden könnte. Diese theoretische Vereinnahmung wurde und wird von linken AutorInnen vorgenommen, die mit den Alltagserfahrungen der auf den Straßen von Paris, Marseille und anderen Städten revoltierenden Jugendlichen wenig oder gar nicht vertraut sind. Das müsste an sich noch nicht notwendig ein Problem darstellen. Schwerer wiegt, dass diese AutorInnen in ihren theoretischen Entwürfen keinen Platz für solche Erfahrungen gelassen haben und darüber hinaus mit Begriffen und Argumentationsfiguren arbeiten, die das Verständnis dessen, was sich in Frankreich abgespielt hat (und jederzeit anderswo wiederholen kann) beträchtlich erschweren.

Eine Selbstkritik halte ich an dieser Stelle für angebracht, weil Andrea und ich nicht nur Begriffsapparate bemüht haben, in denen sich lediglich unsere eigene Distanz zu den VorstadteinwohnerInnen zeigt, sondern vor allem auch bei der Auswahl dieser Begriffsapparate an einer für weite Teile der europäischen Linken charakteristischen Tendenz zur Öffnung gegenüber Argumentationsfiguren aus reaktionären Denktraditionen partizipiert haben. Dies taten wir am offensichtlichsten durch unseren Rückgriff auf Carl Schmitts Überlegungen zum Zusammenhang von „Ordnung" und „Ortung".[7] Ihre Kritik ist Gegenstand der nachfolgenden Anmerkungen.

Im Mittelpunkt des von Andrea und mir veröffentlichten Artikels steht unsere Bezugnahme auf den Begriff der „Menge" (multitudo), wie er vom holländischen Philosophen Baruch Spinoza gebraucht wurde. Diese Bezugnahme – ebenfalls Ausdruck eines innerhalb der europäischen Linken weit verbreiteten theoretischen Ansatzes – erscheint zunächst weniger bedenklich als der Rückgriff auf Schmitt. Doch die Art und Weise, wie Andrea und ich diesen Begriff verwendet haben, steht mit Schmitts Politikverständnis in einem engen Zusammenhang.

Andrea und ich distanzierten uns in unserem Artikel teilweise vom Begriff der Menge, wie er von Negri und anderen PostoperaistInnen verwendet wird. Wir plädierten für eine Interpretation des Begriffs, von der wir meinten, sie sei weiter gefasst und auch kritischer als die vieler PostoperaistInnen. Damit lehnten wir insbesondere Negris häufig verkürzte Vorstellungen von der Menge ab. Negri tendiert (wie ich immer noch glaube) dazu, die Rolle der so genannten „WissensarbeiterInnen" oder „immateriellen ArbeiterInnen" in den gegenwärtigen kapitalistischen Akkumulationsprozessen überzubetonen. Er gelangt so zu einer theoretischen Bestimmung der Menge, die den Zugang zu einem angemessenen Verständnis vieler aktueller Ereignisse und Entwicklungen versperrt.

Andrea und ich argumentierten, auf der Grundlage bestimmter Abschnitte in Spinozas Politischem Traktat von 1677 lasse sich ein Begriff der Menge als der Gesamtheit derer entwickeln, die sich anhand der von Thomas Hobbes verwendeten Kategorie des Volkes (populus) nicht beschreiben lassen. Es










handelt sich um AkteurInnen, die sich der Identifikation mit dem Nationalstaat verweigern und sich auch unter den repressivsten Verhältnissen ein Maß an Autonomie bewahren, das sich durch keine wie auch immer geartete rechtliche oder materielle Gewalt vollständig stillstellen lässt. Diese Spinoza-Interpretation zielte darauf ab, den in der heutigen Linken wieder gebräuchlichen Begriff der Menge zu erweitern. Spontane, durch die geläufigen Kategorien postoperaistischer Gesellschaftsanalyse nicht immer adäquat zu analysierende Aufstände wie eben die französischen Vorstadtunruhen sollten dadurch begreifbar gemacht werden.

Andrea und ich verwiesen in unserem Beitrag auf den häufig übergangenen Sachverhalt, dass der französische Staatspräsident Jacques Chirac am 8. November 2005 als Reaktion auf die Vorstadtunruhen den juristischen Ausnahmezustand verhängte und dabei auf ein am 7. April 1955 im Kontext des algerischen Befreiungskrieges verabschiedetes Gesetz zurückgriff. Es war das erste Mal, dass dieses Gesetz in der französischen Metropole eingesetzt wurde. Davor hatte es nur zur Erweiterung polizeilicher Befugnisse in den kolonialen bzw. postkolonialen Territorien Frankreichs gedient. Andrea und ich sahen in Chiracs Anwendung des Kolonialgesetzes einen Hinweis auf die Unzulänglichkeit einer rigiden Unterscheidung zwischen „Zentrum" und „Peripherie", wie sie sich in vielen Imperialismustheorien findet. In Übereinstimmung mit der bekannten These von Hardt und Negri diagnostizierten wir das Ende einer klassisch imperialistischen Raumordnung aus relativ homogenen und weitgehend nationalstaatlich definierten Macht- und Einflussblöcken. Symptomatisch dafür sei die Verbreitung zunehmend unkontrollierbarer „Mikroterritorien" innerhalb der alten Machtzentren.

An dieser Stelle schien Andrea und mir der Hinweis auf Carl Schmitts Begriffspaar „Ordnung" und „Ortung" sinnvoll. Das Begriffspaar fordert dazu auf, jedes juristische und politische Herrschaftsregime ausgehend von seinem räumlich definierten Charakter zu denken. Der Hinweis darauf schien auch insofern angebracht, als Schmitt in seinen späten Aufzeichnungen häufig vom Zerfall eines ehemals gegebenen Zusammenhangs zwischen „Ordnung" und „Ortung" spricht (Schmitt 1993, S. 38-43). Auch der Verlust einer einst klaren Grenze zwischen „Innen" und „Außen" durch die Erstarkung eines die (räumlich bestimmte) Staatsordnung unterwandernden „inneren Feindes" ist ein bei Schmitt häufig anzutreffendes Motiv.[8] Der Rückgriff auf diese Argumentationsfiguren schien Andrea und mir umso nahe liegender, als Schmitt spätestens seit dem Aufgreifen seiner Überlegungen durch Giorgio Agamben auch innerhalb der Linken als wichtiger Theoretiker des juristischen Ausnahmezustands angesehen wird.

Weiter schien es Andrea und mir sinnvoll, auf das von Schmitt gern behandelte Thema des Bürgerkriegs hinzuweisen, um es zu der von Hardt, Negri und anderen PostoperaistInnen wiederholt beschworenen Angleichung von Militär- und Polizeieinsätzen in Beziehung zu setzen. Wir schrieben: „Wenn die Trennung zwischen Innen und Außen, nationaler und internationaler Ordnung unklar wird, gleicht sich der polizeiliche Eingriff insofern dem militärischen an, als der Feind nicht mehr notwendig außerhalb der Grenzen des Nationalstaats verortet werden muss, sondern ebenso gut innerhalb dieser Grenzen in Erscheinung treten kann."

Mit unseren Hinweisen und Anspielungen auf Schmitt waren wir in guter Gesellschaft. Mario Tronti – eine Schlüsselfigur des italienischen Operaismus der 1950er und 1960er Jahre – hat 1998 einen „Karl und Carl" überschriebenen Aufsatz veröffentlicht, der die linke Schmitt-Rezeption zumindest in Italien weitgehend salonfähig gemacht hat. In seinem Aufsatz stilisiert Tronti, ausgehend von Bemerkungen des Religionsphilosophen Jakob Taubes, das Werk Schmitts zu einem von zwei für das Verständnis des 20. Jahrhunderts unverzichtbaren Bezugpunkten.[9] (Der zweite ist Tronti zufolge das Werk von Marx.) Trontis Interesse an Schmitt hat Schule gemacht. Auch in der bis vor kurzem noch in Rom erscheinenden postoperaistischen Zeitschrift DeriveApprodi wird gern auf den nationalsozialistischen Denker verwiesen – z.B. im Kontext von Überlegungen über den juristischen Sonderstatus des US-Gefangenenlagers auf Guantánamo.[10] Nicht zuletzt greift auch Antonio Negri bereits seit einigen Jahrzehnten auf Argumentationsfiguren aus dem Werk Schmitts zurück.[11]

Der Grund, es diesen teilweise sehr renommierten TheoretikerInnen nicht gleichzutun und sich also auf keine (auch noch so kritische) Verwendung Schmitt'scher Begriffe einzulassen, ist einfach: Diese Begriffe sind nicht von den mit ihnen einhergehenden antisemitischen und nationalsozialistischen Vorstellungen zu lösen. Dem Begriffspaar „Ordnung" und „Ortung" liegen nationalsozialistische Vorstellungen vom „Boden" zugrunde, die – wie Raphael Gross bereits vor mehr als sechs Jahren überzeugend nachgewiesen hat – mit dem Vorwurf einhergehen, „die Juden hätten keinen Bezug zum Boden" (Gross 2000, S. 76). Schmitts Begriff des „inneren Feindes" geht ebenso auf eine antisemitische Konstruktion zurück, nämlich auf die Vorstellung von der jüdischen Gemeinschaft als „Staat im Staate".[12]

Der antisemitische Gehalt des Begriffs wird in Schmitts 1938 veröffentlichter Hobbes-Interpretation explizit. Dort führt Schmitt den Verlust der klaren Trennung von „Innen" und „Außen" in den Jahren vor der französischen Revolution auf die umstürzlerische Tätigkeit mit der Staatsordnung nicht hinreichend identifizierter Gruppen zurück. „Geheimbünde und Geheimorden, Rosenkreuzer, Freimaurer, Illuminaten, Mystiker und Pietisten" waren Schmitt zufolge an der Zersetzung nationalstaatlicher Homogenität wesentlich beteiligt. Am stärksten aber habe der „rastlose Geist des Juden" gewirkt (Schmitt 1982, S. 94).[13] Auch antikommunistische Wendungen fehlen nicht. Als bedrohliche Steigerung der Umtriebsamkeit jüdischer Aufklärer im 17. und 18. Jahrhundert macht Schmitt die spätere Tätigkeit „anti-individualistische[r] Mächte" aus, die im Zeitalter der entfalteten parlamentarischen Demokratie eine Zerstückelung des als organischen Körpers vorgestellten Staates anstreben würden – in der Absicht, „sein Fleisch unter sich zu zerteilen" (Schmitt 1982, S. 118).

Die mir kolportierte mündliche Äußerung Trontis, er beschäftige sich mit Schmitt und anderen reaktionären Denkern, weil diese „interessant" seien, vermag die Bedenken, die die linke Schmitt-Rezeption angesichts dieser Zusammenhänge hervorruft, nicht abzuschwächen. Jedenfalls glaube ich mittlerweile, Andrea und ich hätten bei der Verfassung unseres Beitrags zu den französischen Vorstadtunruhen besser auf die Verwendung Schmitt'scher Begriffe verzichtet. Das wichtige Phänomen der Anwendung des Kolonialgesetzes von 1955 in der französischen Metropole dürfte sich auch ohne diese Begriffe analysieren lassen.

Die immer wieder zu hörende Behauptung, die radikale Linke sei mit dem antisemitischen und nationalsozialistischen Juristen trotz dessen extrem reaktionärer Positionen immerhin noch durch eine gemeinsame Parlamentarismuskritik verbunden, ist falsch. Schmitts Parlamentarismuskritik ist durchgehend gegen das gerichtet, was er als „jüdischen Gesetzesstaat" begreift.[14] Dieser wesentlich antisemitische Ansatz – in dem, wie bereits angedeutet, auch die Behauptung einer gefährlichen Kontinuität zwischen „Judentum" und „Kommunismus" angelegt ist – lässt sich schon deshalb nicht mit linker Kritik an der Herrschaftsform Staat zur Deckung bringen, weil er sich ausnahmslos negativ auf die Vorstellung einer (individuellen oder kollektiven) Autonomie gegenüber dem Staat bezieht. Eine solche Autonomie wollen viele linke Emanzipationsforderungen aber gerade einklagen. Denen, die das mit der Verwendung Schmitt'scher Begriffe für vereinbar halten, ist entgegenzuhalten, dass Schmitts Gegenentwurf zum Parlamentarismus keine Befreiung von der Staatsgewalt vorsieht, sondern vielmehr die Verschärfung eben dieser Gewalt in der Diktatur.

Natürlich war Andrea und mir beim Verfassen unseres Artikels bewusst, welchem politischen Lager Schmitt angehört. Wir waren allerdings der weit verbreiteten Ansicht, auch von reaktionären Autoren entwickelte Begriffe und Argumentationsfiguren ließen sich für eine linke Analyse fruchtbar machen. Gerade im Fall von Schmitt drängt sich diese Ansicht insofern auf, als er schon seit geraumer Zeit von linken Autoren wie z.B. Walter Benjamin rezipiert worden ist. Die Debatte darüber, ob man es Benjamin und anderen gleichtun sollte, wird sicherlich noch lange Zeit fortdauern. Die in der grundrisse Nr. 19 abgedruckten Beiträge belegen, dass eine ähnliche Debatte auch mit Bezug auf Nietzsche geführt wird. Ohne den Versuch zu unternehmen, die dort vertretenen Positionen zusammenzufassen oder zu beurteilen, möchte ich an dieser Stelle dafür plädieren, solche Debatten nicht als unwichtig abzuschreiben. Ich tue dies vor dem Hintergrund meiner jetzigen Überzeugung, dass linke Kritik sehr wohl ohne Begriffe und Figuren aus dem rechten Lager auszukommen vermag und dies auch tun sollte. Dass linke Kritik keine Bezugnahme auf rechtes Denken benötigt, hat sie immer wieder bewiesen, vor allem dann, wenn sie die bloße Begriffsbildung zugunsten der empirischen Untersuchung konkreter Macht- und Unterdrückungsverhältnisse zurückgestellt hat. In diesen Verhältnissen spielen Rassismus und Antisemitismus heute ebenso wie früher eine gewichtige Rolle.[15]

Die radikale Linke sollte sich, wenn sie Übereinstimmungen zwischen ihren eigenen Aussagen und denen der radikalen Rechten bemerkt, nicht durch Hinweise auf den vermeintlich „objektiv richtigen" Charakter dieser Aussagen begnügen. „Darf man nicht mehr sagen, dass es draußen regnet, wenn es auch ein Rechter sagt?" hat ein seinem Selbstverständnis nach radikal linker Autor kürzlich gefragt.[16] Die Frage war Teil einer empörten Antwort auf den Vorwurf des populistischen Anbändelns bei jenem Teil des politisch interessierten Publikums, der sowohl für rechte als auch für linke Positionen offen ist. Anlass des Vorwurfs war ein Interview, das der betreffende Autor einer rechtsradikalen französischen Zeitschrift gegeben hat. Anstatt sich mit den Behauptungen zu rechtfertigen, er habe erstens nicht so genau gewusst, wer ihn da zum Gespräch auffordert, und zweitens sei es doch nicht seine Schuld, wenn sich auch die Rechten einmal für die „richtigen" Themen interessierten, hätte sich dieser Autor besser selbst die Frage gestellt, warum denn ausgerechnet Rassisten und Antisemiten mit seinen

Analysen etwas anfangen können, während dieselben Analysen bei der antifaschistischen Linken auf Ablehnung stoßen.

Es geht, mit anderen Worten, nicht nur um die Auseinandersetzung mit den richtigen Themen, sondern auch um die Definition dieser Themen und die Begrifflichkeit, vermittels derer die Auseinandersetzung stattfindet. Dass es einem bedeutenden Teil der theoretisch versierten Linken bei seiner Auseinandersetzung mit den französischen Vorstadtunruhen nicht gelungen ist, die eigenen Anliegen und Analysen wirksam mit der Realität der VorstadteinwohnerInnen zu vermitteln, ist spätestens im März 2006 deutlich geworden. Die Beziehung der damals entstandenen HochschülerInnenbewegung zu den VorstadteinwohnerInnen war zunächst die eines bloßen Nebeneinanders. Daraus wurde schnell ein offener Konflikt. Er gipfelte darin, dass die sich (nach einigem Zögern) für die Anliegen der HochschülerInnen einsetzenden Gewerkschaften Personen, die als krawallbereite VorstadteinwohnerInnen wahrgenommen wurden, gewaltsam von Demonstrationen fernhielt.[17] Theoriearbeit betreibende Linke könnten in solchen Entwicklungen einen Hinweis erkennen, dass sie zur Realität der VorstadteinwohnerInnen, obwohl sie ihr doch so viele Analysen gewidmet haben, noch immer keinen angemessenen Zugang gefunden haben.

E-mail: 1978@inventati.org

Zitierte und im Text erwähnte Literatur:

Benino, Andrea; Max Henninger (2006). Multitudo formidolosa. Zu den Unruhen in den französischen banlieues. Grundrisse 17, S. 28-33.

Gross, Raphael (2000). Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main.

Hanloser, Gerhard (2006). Anfang und Ende des nietzscheanischen Linksradikalismus. Bataille und Negri im Vergleich. Grundrisse 19, S. 20-29.

Katz, Jacob (1982). A State within a State. The History of an Anti-Semitic Slogan. In: Ders., Zur Assimilation und Emanzipation der Juden. Ausgewählte Schriften (Darmstadt), S. 124-153.

Koselleck, Reinhart (1973). Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Frankfurt am Main.

Maegerle, Anton (2005). Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten. Braunschweig.

Moulier Boutang, Yann (2005). La révolte des banlieues ou les habits nues de la république. Paris.

Negri, Antonio (1981). L'anomalia selvaggia: saggio su potere e potenza in Baruch Spinoza. Mailand.

Negri, Antonio (2002). Il potere costituente. Saggio sulle alternative del moderno. Rom.

Paye, Jean-Claude (2005). Guantánamo: base di un nuovo ordine di diritto. DeriveApprodi (Rom) 25, S. 24-28.

Schmid, Bernard (2006). Kommentierte Brände. Analysen zu den Riots in den Banlieues. Jungle World 44 (1. November), S. 31.

Schmitt, Carl (1982). Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols. Köln.

Schmitt, Carl (1989). Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf. Berlin.

Spinoza, Baruch (1994). Politischer Traktat. Übersetzt und herausgegeben von Wolfgang Bartuschat. Hamburg.

Taubes, Jakob (1995). Die politische Theologie des Paulus. München.

Tronti, Mario (1998). Karl und Carl. In: Ders., La politica al tramonto (Turin), S. 151-64.

Anmerkungen:

1. Siehe Benino / Henninger (2006). Für die im gegenwärtigen Beitrag vertretenen Positionen zeichne allein ich verantwortlich. Sie sind nicht notwendig die meines früheren Mitautors.
2. Zur Erinnerung: Zu den Unruhen war es gekommen, nachdem am 27. Oktober 2005 die zwei Jugendlichen Bouna Traoré und Zyad Benna, Einwohner der Pariser Vorstadt Clichy-sous-bois, von Polizisten gehetzt wurden, sich in einem Trafohäuschen versteckten und dort tödliche Verbrennungen erlitten. In derselben Nacht kam es in Clichy-sous-bois zu Straßenschlachten zwischen weiteren Jugendlichen und der Polizei. Drei Tage später kam es, nach einem Tränengasangriff der Polizei auf Moscheebesucher, zu weiteren Unruhen, bei denen Autos und Gebäude in Brand gesetzt wurden. Die Unruhen breiteten sich am 3. November nach Dijon und dann in etwa ein Dutzend andere Städte aus. Sie hielten den gesamten Monat November an.
3. Das war bereits eine kritische Relativierung meiner recht wohlwollenden Besprechung dieser Theorien in Henninger (2005), einem Text, von dessen Ansatz ich an dieser Stelle ausdrücklich Abstand



nehme. Zwar fand sich dort auch die Forderung, die so genannte „immaterielle Arbeit" von ihren (natürlich durchaus vorhandenen) materiellen und territorialen Aspekten her zu untersuchen, z.B. durch stärkere Aufmerksamkeit für die Verortung dieser Arbeit im städtischen Raum. Diese Forderung deckt sich mit den Hinweisen auf das Phänomen der Gettoisierung in dem Beitrag über die französischen Vorstadtunruhen. Allerdings war zur Zeit der Unruhen bereits klar, dass meine sehr abstrakt bleibenden Vorschläge zur Ergänzung des Begriffs der immateriellen Arbeit keine wirklich brauchbare Grundlage für ein adäquates Verständnis der Unruhen liefern können.

4. Siehe Schmid (2006) und Moulier Boutang (2005).
5. Zwar waren an den Unruhen in der Pariser Vorstadt Clichy-sous-bois, denen die größte Medienaufmerksamkeit zuteil wurde, hauptsächlich Jugendliche mit Migrationshintergrund beteiligt. In anderen Städten gingen die Unruhen aber weitgehend von Jugendlichen ohne einen solchen Hintergrund aus.
6. So wenig auf solche Hinweise verzichtet werden sollte, so sehr sollte gleichzeitig betont werden, dass die Vorstadtunruhen nicht nur Ausdruck von Rassismus, sondern vor allem auch von Verarmungs- und Ausgrenzungsprozessen sind, die in der neoliberalen Wende der 1990er Jahre ihren Ursprung haben und die autochtone Bevölkerung nicht weniger betreffen als die mit Migrationshintergrund.
7. Mehrere in der Grundrisse 19 veröffentlichte Beiträge beschäftigen sich mit der Möglichkeit bzw. Wünschbarkeit einer linken Nietzsche-Rezeption. Vieles, was dort geschrieben wurde, insbesondere in Hanloser (2006), lässt sich auch auf Schmitt beziehen, der gerade von VertreterInnen der italienischen Linken aus dem Umkreis der Zeitschriften Posse und DeriveApprodi immer häufiger zitiert wird – meist ohne jeden Hinweis auf dessen nationalsozialistischen Hintergrund.
8. So z.B. in seiner Hobbes-Interpretation, Schmitt (1982).
9. Siehe Tronti (1998) und Taubes (1995).
10. Siehe z.B. Paye (2005). Paye verweist im Schlussteil seines Essays (S. 28) auf Schmitts 1921 veröffentlichtes Buch „Die Diktatur".
11. Er tut dies bereits in seiner 1981 erschienenen Spinoza-Studie, wie ich in einem (unveröffentlichten) Vortrag anlässlich des im September und Oktober 2006 in Berlin abgehaltenen Kongresses der Spinoza-Gesellschaft nachzuweisen versucht habe.
12. Vgl. dazu Katz (1982).
13. Reinhart Koselleck, einer der renommiertesten deutschen Historiker der Nachkriegszeit, hat in seiner erstmals 1959 erschienenen Studie „Kritik und Krise" aus dieser Aufzählung Schmitts einen ganzen Abschnitt gemacht: Er verzichtet lediglich auf Ausführungen zu „dem Juden". Vgl. Koselleck (1973), S. 49-81. Koselleck meldete sich während des Zweiten Weltkriegs freiwillig zur Wehrmacht, war nach 1945 ein Schüler Schmitts und bedankt sich im Vorwort von „Kritik und Krise" auch ausdrücklich bei seinem Lehrer. Vgl. Koselleck (1973), S. XII. Das Buch wird (ohne jeglichen Hinweis auf diese Sachverhalte) in Negris 1992 erschienener Studie zum juristischen Begriff der „potestas constituens" wiederholt zitiert. Auch auf andere Theoretiker aus dem Umfeld Schmitts (Roman Schnur, Ernst Forsthoff) wird in Negri (2002) verwiesen, wie auch auf Schmitt selbst. Auf dessen eigene Beschäftigung mit dem Begriff der „potestas constituens" – in der „Verfassungslehre" von 1928 – geht Negris Interesse an diesem Begriff vermutlich zurück. Vgl. Negri (2002), S. 415, 419, 420.
14. Vgl. Gross (2000), S. 60-119.
15. Auch über Antiamerikanismus müsste in diesem Zusammenhang diskutiert werden. Damit ist nicht etwa die (häufig legitime) Kritik an der Politik Washingtons gemeint, sondern vielmehr jenes verschwörungstheoretische Zerrbild, in dem viele klassisch antisemitische Topoi wie z.B. die vom „raffenden" Kapital (als Gegenspieler des „schaffenden") oder vom vermeintlichen Unglück der „Wurzel-" bzw. „Bodenlosigkeit" mit einem romantischen Antimodernismus zusammenfallen. Resultat sind dann in der Regel verschwommene Vorstellungen von „bestimmten Ostküstenkreisen". Dass diese in linken Kreisen immer wieder anzutreffende Stammtischvariante der Globalisierungskritik heute u.a. auch einen wichtigen Teil des „Aktionsprogramms" der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) ausmacht, ist kein Zufall. Siehe Maegerle (2005). Besser ist es um die Beziehung der europäischen Linken zu den USA bestellt, wo sie es versteht, von der Geschichte und den aktuellen Entwicklungen der antirassistischen, antimilitaristischen und antikapitalistischen Kämpfe in den USA zu lernen.
16. Es handelt sich um Jürgen Elsässer. Siehe Der Rechte Rand. Informationen von und für Antifaschistinnen 104 (Hannover, Januar/Februar 2007), S. 25.
17. Zuvor war es, wie in den Medien teilweise berichtet und mir von anwesenden DemonstrantInnen aus der autonomen Szene bestätigt, zu Angriffen auf studentische Straßenzüge seitens von VorstadteinwohnerInnen gekommen. Letztere scheinen die DemonstrantInnen vor allem als Besitzer von entwendbaren Mobilfunktelefonen und Zielscheiben für Obstwürfe wahrgenommen zu haben. Denen, die einwenden, es habe sich dabei nicht um die revoltierenden Jugendlichen vom November 2005, sondern um andere VorstadteinwohnerInnen gehandelt, kann ich das Gegenteil nicht beweisen. Dennoch scheint mir die Anekdote die Kluft zwischen dem gelebten Alltag in den Vorstädten und dem Auftreten der HochschülerInnen gut zu illustrieren.

„Der MayDay ist heute ein autonomer Prozess, ein Netzwerk, in dem viele Individuen und verschiedene Subjektivitäten in ganz Europa agieren: Ausgehend von den Widersprüchen, die sie in den verschiedenen räumlichen Kontexten erleben, verbinden sich jedoch alle in der Forderung nach einem universellen Grundeinkommen und in radikalen Praktiken, die sich von denen der Gewerkschaften und Parteien der Linken unterscheiden. Der MayDay ist mehr als eine Reihe gleichzeitig stattfindender ‚Paraden', er ist ein Prozess der Neuzusammensetzung und der Konstituierung des neuen postfordistischen Proletariats."

„Für mich ist das Prekariat keineswegs eine Angelegenheit von egoistischen Individuen [...] Im Gegenteil, die revolutionäre Neuzusammensetzung der Subjekte erfolgt in gewisser Weise überall, und zwar in der Herstellung des Gemeinsamen."

(Antonio Negri, *Goodbye Mr. Socialism*)

Gerald Raunig
Das Monster Prekariat

Wie es oft bei der Ausbreitung und Entfaltung neuer Begrifflichkeiten der Fall ist, hat auch die explosive Verbreitung des Begriffsfelds Prekarität – Prekarisierung – Prekariat[1] in den letzten Jahren beträchtliche Verwirrung entstehen lassen. So muss es nicht verwundern, dass es im Laufe der Entstehung der sozialen Bewegung, für die dieses Begriffsfeld zur wichtigsten Referenz wurde, immer wieder zu unterschiedlichen Bewertungen der zentralen Begriffe kam, wie auch zu Bedeutungsverschiebungen je nach sozialem, geografischem und zeitlichem Zusammenhang: Selbst in den Mobilisierungkontexten der Euromayday-Bewegung bedurfte und bedarf es noch immer eines intensiven Austauschprozesses, um eine einigermaßen genaue Differenzierung des Begriffsfelds zu gewährleisten. Und wenn die Euromayday-Paraden in den letzten Jahren in vielen Städten Europas die widerständige Praxis des 1. Mai erneuerten, so sind diese Paraden im Kontext der sie begleitenden Prozesse nicht nur als Versuche der politischen Organisierung der Prekären, sondern – davor noch und darüber hinaus – als Informationskampagnen zu Fragen der Prekarisierung, als Instrumente der kollektiven Wissensproduktion, als militante Untersuchungen über aktuelle Arbeits- und Lebensweisen zu verstehen.

So hat sich im Laufe dieses Jahrzehnts in ganz Europa eine immer intensivere Debatte entwickelt, die sich auch jenseits des Ereignisses der Paraden über Veranstaltungen, Lesekreise, Befragungen, linke Magazine und andere Publikationen erstreckte und die die zentralen Begrifflichkeiten kritisch diskursivierte und ausdifferenzierte, ohne dabei gleich eine rigide Festlegung der Termini zu betreiben.[2]

Wichtige Linien dieser Debatte legten es vor allem nahe, allzu begeisterte Vergemeinschaftung und vorschnelle Vereinheitlichung unter der Glocke der Prekarität hintanzustellen. So wurden die engen geographischen und geschichtlichen Grenzen des heutigen Prekarisierungsdiskurses nicht zuletzt in Bezug auf Gender und Eurozentrismus problematisiert,[3] Prekarität erscheint aus dieser Perspektive keineswegs als neues Phänomen; eher schon könnte man den Fordismus als „westliches" Ausnahmephänomen des 20. Jahrhunderts betrachten, das

Prekarität in gewissem Rahmen unsichtbar und zur Ausnahme gemacht hat.[4] Umgekehrt schien es angebracht, die neuen Formen immaterieller, kognitiver, affektiver Arbeit mit ihren Kontinuitäten und Diskontinuitäten als Komponenten des postfordistischen Kapitalismus einer genaueren Untersuchung zu unterziehen.[5] Mit der Diskussion prekärer Subjektivierungsweisen jenseits von Opferdiskursen im Kontext der Autonomie der Migration[6] war auch die Vorbedingung dafür geschaffen, die äußerst unterschiedlichen Formen der Prekarisierung, ihre Differenzen und Hierarchien nicht in einem prekären Einheitsbrei untergehen zu lassen. Zugleich wurde klar, dass es wenig Sinn macht, rigide zwischen Selbst- und Fremdbestimmung zu trennen, von Luxusprekarisierten und unterprivilegierten Prekarisierten, privilegierten und abgehängten Prekären zu sprechen, diese mit der „kreativen Klasse", den „intellos precaires" oder der „digitalen Boheme" und jene mit den MigrantInnen oder Sans-Papiers zu identifizieren. Wie die komplexe Lage in all diesen Bereichen eine Verbindung von smoothen Formen der Selbstprekarisierung mit rigid-repressiven Formen der Arbeitsdisziplin nahe legt,[7] so werden in diesem Setting auch neue Subjektivierungsweisen möglich. Wenn aber Prekarisierung zugleich Subjektivierung und mehrfache Unterwerfung bedeutet, scheint es auch wenig Sinn zu machen, von „Prekarisierten" zu sprechen. Statt der in der Anwendung des Passivs sprachlich nachvollzogenen Viktimisierung setzte sich der Term „Prekäre" als viel eher der ambivalenten Situtation entsprechend durch. Und schließlich wurde auch die ökonomische Engführung der ausschließlichen Fokussierung auf die Arbeit aufgebrochen und mit TheoretikerInnen wie Judith Butler, Antonio Negri oder Paolo Virno die Prekarisierung des Lebens in den Blick genommen.[8]

Das „abgehängte Prekariat"

Während die Konzeptualisierung von Prekarisierung, Prekarität und Prekariat sich in bewegungsnahen Diskursen also zusehends intensivierte und verdichtete, war es um deren Ausbreitung offenbar nicht so gut bestellt. Als offensichtlichstes Beispiel für die mangelnde Verbreitung des Prekarisierungsdiskurses erscheint die unsägliche Debatte um ein „abgehängtes Prekariat", die in weiten Teilen der deutschsprachigen Presse im letzten Herbst die begriffliche Verwirrung ausufern ließ. Begonnen hatte diese Welle der Desinformation und Denunziation in den Reaktionen auf eine Studie des durch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragten Marktforschungsunternehmens TNS Infratest und dessen Identifizierung und Klassifizierung eines „abgehängten Prekariats".[9] Die flapsig formulierte Studie teilte „die Deutschen" (unter Ausschluss der nicht wahlberechtigten Bevölkerung) in neun politische Typen ein und identifizierte das „abgehängte Prekariat" als neunte und letzte Stufe dieser Typologie. Die sich daran anschließende Debatte, durch SPD-Vorsitzenden Beck als „Unterschichtsdebatte" geprägt, ließ an Platitüden und reaktionären Ressentiments nichts aus[10] und hinterließ Effekte nicht nur im politischen Feld, sondern bis weit hinein in akademische Diskurse.

Die schnelle Übernahme der Begriffsfamilie des Prekären ins deutsche Feuilleton ignorierte die oben beschriebenen linken Debatten und gründete sich auf einer missverständlichen Popularisierung des akademisch-sozialwissenschaftlichen Diskurses zur Prekarisierung vor allem in Frankreich. In der begrifflichen Radikal-Reduktion deutscher Spielart wurde die als Prekariat identifizierte Gruppe allerdings nicht nur – wie in sozialwissenschaftlichen Kontexten des öfteren der Fall – zum Objekt und Opfer gemacht: Die Debatte um die TNS-Studie ging darüber hinaus, sie konstruierte eine neue Qualität von Lumpenproletariat und dessen Ausschluss aus dem politischen Handeln. Einst von Marx und Engels als „diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft" bezeichnet, wurde das neue Lumpenproletariat nun nicht mehr nur als passiv und in die Prekarität abgedrängt beschrieben, sondern – besonders perfide – als selbstviktimisierende AgentInnen ihres eigenen Ausschlusses. In der Debatte ging es nicht mehr um Ausschlusspraktiken der Mehrheitsgesellschaft, sondern, wie Isabell Lorey kritisch anmerkt, nur um vermeintlich *gefühlte* Ausschlüsse der Betroffenen, um Selbst-Ausschließungen, die selbst zu verantworten seien: „In diesem Diskurs verschränkt sich im bürgerlichen Feuilleton zum ersten





Mal in einer negativen Weise der Begriff des ‚Prekariats' mit neoliberalem selbstgewähltem Verlierertum. Nicht von widerständiger Verweigerung ist hier die Rede, sondern es geht um eine Kategorisierung von Personen, die aufgrund einer unverantwortlichen Selbstverantwortung zunehmender staatlicher Kontrolle unterstellt werden müssen, da sie sich offensichtlich nicht neoliberal regieren lassen."[11]

Man kann diese fortgesetzte diskursive Ausgrenzung und die denunzierende Figur der unterstellten Selbstausschließung als ebenso absichtsvolles wie wirkungsmächtiges Missverständnis von Seiten des normalisierenden Mainstreams sehen, als sozialpolitische Stratifizierung, die die gesellschaftliche Mitte braucht, um sich neu zu konstituieren. Man kann sie aber auch ganz im Gegenteil als notgedrungene Defensive interpretieren, eine Defensive, die notwendig wird als Reaktion auf das Entstehen eines neuen Monsters. Der Name des Monsters ist Prekariat, seine historische Vorlage und Reibefläche der Riese Proletariat.

„Il precariato si ribella"

Wenn es im folgenden um einen Versuch der Neukonzeptualisierung des Begriffs Prekariat geht, dann fußt dieser Versuch fürs erste weniger auf einer etymologischen oder theoretischen Genealogie[12], als auf der Entwicklung der Begrifflichkeiten innerhalb der Bewegung, die sich in den letzten Jahren um sie formiert hat. In der Vorbereitungsphase des Anti-G8-Gipfels in Genua 2001 wurde von einer Gruppe um das medienaktivistische Kollektiv Chainworkers in Milano eine erste Mayday-Parade organisiert, auf der ca. 500 TeilnehmerInnen am Nachmittag des 1. Mai die neueren nicht-repräsentationistischen Demonstrationsformen der Antiglobalisierungsbewegung, Reclaim the Streets und Gay Prides aufnahmen. In Anknüpfung an die legendäre US-amerikanische Gewerkschaft der Wobblies, der International Workers of the World, hatte die neue Tradition des 1. Mai von Anfang an eine internationalistische Ausrichtung, versuchte Prekarisierung als transnational zu problematisieren. Die in Italien weit vorangeschrittene Entwicklung der Prekarisierung erklärt die frühen Versuche der Organisierung und Mobilisierung der „Generation der Prekären" gerade in Milano, deren Not- wie Kampfruf „Mayday!" aber bald über die italienischen Grenzen hinausschallte. Auf Plakaten, Flyers und Transparenten hieß der Slogan allerdings nicht etwa „Stop Précarité" [Stoppt die Prekarität], wie ihn erstmals die TeilzeitarbeiterInnen bei französischen McDonald's-Restaurants im Rahmen einer Kampagne im Winter 2000 entwickelt hatten, sondern „Stop al precariato" [Stoppt das Prekariat]. Diese etwas verwirrende und missverständliche Formulierung hat durchaus etwas mit den im Weiteren thematisierten verschiedenen marxistischen Deutungen historischer Proletariats- und Klassenbegriffe zu tun, aber auch und vor allem mit den verschiedenen Bedeutungen des heutigen Begriffs vom Prekariat in verschiedenen Sprachen. So ist die Endung auf –iato im Italienischen im Gegensatz zum Deutschen eine recht gebräuchliche, die Analogie zum Proletariatsbegriff liegt im Italienischen also wesentlich weniger nahe als im Deutschen: „salariato" (vgl. auch das französische „salariat") etwa bedeutet soviel wie der rechtlich definierte Status der Lohnarbeit vor einem juridischen und sozial-institutionellen Hintergrund, „precariato"[13] ist aus dieser Perspektive die dunkle, rechtlose Seite dieses Statuts, die es zu bekämpfen, deren Ausbreitung es zu stoppen gilt.[14]

Im Jahr 2002 änderte sich einiges. Nicht nur der Zustrom der Paraden-TeilnehmerInnen erhöhte sich – gerade im Jahr nach 9/11 und Genua, das oft als problematischer, so nicht sogar traumatischer Bruch der Antiglobalisierungsbewegung beschrieben wird – in erstaunlichem Ausmaß, der zentrale Slogan wurde quasi umgekehrt: Von einem Aufhalten des Prekariats war nicht mehr die Rede, es hieß im Gegenteil: „Mayday. Il primo maggio del precariato sociale" [Der erste Mai des sozialen Prekariats]. Hier ereignete sich eine doppelte Wendung: Mit dem Hinweis auf das Soziale werden Kampf und Reflexion von der Fokussierung auf die Arbeit auf die Prekarisierung der Sozialität, des Lebens erweitert, und vor allem: das Prekariat wird vom abzuwehrenden Übel zur Selbstbezeichnung. Das „precariato sociale" wird gemeinsame Bezeichnung einer vielschichtigen und vielfältigen Menge, die sich nicht als Opfer beschreibt, sondern auch als soziale Bewegung. Ein weiteres Jahr später ist dieser semantische Übergang abgeschlossen, der Slogan lautet: „Il precariato si ribella." [Das Prekariat rebelliert.][15] Im Jahr 2003 klingt auch schon die Ausbreitung der Bewegung an, die Realisierung einer transnationalen Mobilisierung: die Parade wird als „la parade del precariato Europeo" angekündigt, nicht nur weil die Prekarisierung als transnationales Problem erkannt wird, sondern auch weil zunehmend mehr Kollektive und Gruppen aus anderen europäischen Ländern an der Organisation der Parade in Milano beteiligt sind.

Fast als logische Konsequenz dieser Internationalisierung entwickelt sich 2004 die Transformation in die Euromayday-Parade durch eine erste simultane Organisation in Milano und Barcelona, gerade in Barcelona ist ein Hauch von neuer sozialer Zusammensetzung zu erleben: Sans-

Papiers und MigrantInnen, Autonome, politische AktivistInnen von linken und linksradikalen Gewerkschaften und Parteien, künstlerische AktivistInnen, prekäre und kognitive ArbeiterInnen aller Art.[16] Und: Der Mayday wird europäisch. Internationale Euromayday-Treffen finden in verschiedenen Städten Europas, meist am Rand von linken Konferenzen und Social Fora statt. Nach dem als „International Meeting of the Precariat" angekündigten Berliner Treffen im Jänner 2005 verteilt sich die Parade immer mehr in den europäischen Raum, zuletzt sind es 2006 über 20 Städte, mit allerdings einigermaßen verschiedenen politischen Ausrichtungen und unterschiedlichen Quantitäten von Teilnehmenden.

Eine neue Klasse für sich?

„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf."[17]

Marx schrieb diese Zeilen, die später noch als Stoff vor allem für die Legitimierung der Partei als alles lenkender Staatsapparat umfunktioniert werden sollten, nicht von ungefähr in seiner Antwort auf Proudhons *Philosophie des Elends*. Die Organisierungsfrage blieb zwischen kommunistischen und anarchistischen Lagern über die Jahrhunderte hinweg strittig. Die marxistisch-leninistische Literatur andererseits reduzierte den Kampf und den Prozess der Konstituierung einer „Klasse für sich selbst" schnell auf den Gegensatz der „Klasse an sich" und der „Klasse für sich". Eine größere gesellschaftliche Gruppierung, deren Teile unter gleichen oder ähnlichen sozialen und ökonomischen Bedingungen leben, wurde in dieser Lesart als „Klasse an sich" beschrieben. Die empirische Objektivierung dieser Gruppierung versteht die Individuen jedoch als untereinander unverbunden und als des gemeinsamen Bandes unbewusst.

Bekanntestes Beispiel für diesen Zustand der Trennung in seiner extremen Form, damit der Unmöglichkeit von eingreifendem Handeln und gemeinsamem Kampf, ist das der französischen Parzellenbauern. Marx schreibt 1852 im „achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte": „Die Parzellenbauern bilden eine ungeheure Masse, deren Glieder in gleicher Situation leben, aber ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten. Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen. Die Isolierung wird gefördert durch die schlechten französischen Kommunikationsmittel und die Armut der Bauern."[18] Die Parzelle ist das Paradigma der Isolation. In der Situation räumlicher Trennung schaffen die Bauern einen Austausch mit der Natur, nicht aber einen „Verkehr mit der Gesellschaft". Der Begriff des Verkehrs, den Marx übrigens mit seinem damaligen individualanarchistischen Kontrahenten Max Stirner teilt, meint nun mehr als eine gemeinsame empirische Klassengrundlage. Die beliebige Addition ähnlicher Einheiten, in Marxens Bild die vielen Kartoffel in einem Kartoffelsack, macht noch keinen Zusammenschluss, keine politische Organisation aus. Unter der radikalpopulistischen Regierung des „zweiten Napoleon" Louis Bonaparte sind die Parzellenbauern im Gegenteil zur Vereinzelung und Zerstreuung, zur Unmöglichkeit des Verkehrs und der Vertretung verdammt. Sie sind sogar „unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden."[19]

Die Klasse *an sich* muss dagegen im spezifischen ML-Jargon eine Klasse für sich werden, sie muss sich der gemeinsamen Lage bewusst werden und allgemeine Strategien entwickeln, die über lokale Auseinandersetzungen hinausgehen, und vor allem: Sie muss sich organisieren. Erst dieser Aspekt unterscheidet die Klasse für sich von Menschen, deren ökonomische Bedingungen sie als Klasse ausweisen, die aber aufgrund ihrer Lebensverhältnisse noch keine Gemeinsamkeiten, keine Organisation begründen können. Gerade die Beziehungs- und Kommunikationslosigkeit der Parzellenbauern, ihre extreme Zerstreuung entbehrt der Vorbedingung, dass sie zur Klasse für sich werden, lässt jedes „massenhafte Zusammenhalten" unmöglich erscheinen.

Multitude und Prekariat

Der schlafende Riese Proletariat muss erwachen, muss durch Klassenbewusstsein und Partei aufgeweckt werden. Er entspricht also viel eher als die zerstreute Figur der Parzellenbauern dem Zustand der Klasse an sich und muss nur durch die richtige Form der Organisierung erst zu sich kommen, für sich werden. Auch wenn die begriffliche Analogie zum Proletariat nahe liegt, das Prekariat als Bewegung und Organisierung der zerstreuten Prekären ist dagegen ein Monster, das Schlaf nicht kennt. Hier gibt es keine teleologische Bewegung vom schlafenden zum Klassenbewusstsein; weder die Empirie der Klasse an sich noch die politische

7

Anrufung einer Klasse für sich, sondern ein stetiges Werden, Fragen, Kämpfen. Prekariat erscheint also weder als wie immer empirisch gefasstes Problem noch als zukünftiges Erlösungsmodell. Es ist damit auch keineswegs nur der andere Pol der Prekarität, analog etwa zur Klasse für sich in ihrem Verhältnis zur Klasse an sich.

Doch auch schon der Proletariatsbegriff ist offensichtlich nicht so eindeutig: Einerseits geistern zwei problematische Versionen des Proletariats durch Denken und Tun vieler Linker: Vorstellungen in akademischer Soziologie und wissenschaftlichem Marxismus, die eine klar umgrenzte Gruppe von Menschen als Proletariat identifizieren und klassifizieren, aber auch die kanonisierte Figur der Diktatur des Proletariats. Es gab und gibt allerdings auch einen Begriff vom Proletariat, der über soziologische Fixierung und politische Teleologie hinausgehend in der Nähe eines solchen Werdens zu lokalisieren ist, wie es das Bild vom Prekariat als schlaflosen Monsters zeichnet: jenen, der schon das Proletariat als Kampf gegen die Klassifizierung, identitätslogische Fixierung und Homogenisierung konzeptualisiert,[20] jenen, auf den sich auch das an den Anfang gestellte Zitat Antonio Negris bezieht, in dem er vom konstituierenden Prozess eines neuen postfordistischen Proletariats spricht, oder auch die Formulierung, mit der Euromayday-Aktivist Alex Foti prominent in Wikipedia zitiert ist: „Das Prekariat ist in der post-industriellen Gesellschaft das, was das Proletariat in der Industriegesellschaft war“.[21]

Jenseits dieser Analogiebildungen bestehen, wie schon in der oben geschilderten Genealogie des Begriffs Prekariat in der Euromayday-Bewegung klar geworden ist, dennoch eklatante Unterschiede zwischen den Begriffen Proletariat und Prekariat. Der Proletarier als Mitglied der untersten Klasse, die dem römischen Staat nur dadurch dient, Nachkommen (*proles*) zu liefern, aus marxistischer Sicht der Lohnarbeiter ohne Besitz an Produktionsmitteln, repräsentiert Homogenität in vielerlei Hinsicht: Die proletarische „Klasse für sich“ entsteht durch die spezifischen Organisierungsformen von Gewerkschaften und Massenparteien, und vor allem, sie nimmt als *einheitliche* Klasse den Kampf gegen die herrschende Klasse auf.

Die Figur der Prekären dagegen verweist auf Diffusität, Fragilität, Heterogenität. Das Prekariat stellt keine einheitliche, homogene oder gar ontologische Formation dar,[22] es ist auf viele Herde verteilt und zerstreut, nicht aus Schwäche oder Unvermögen, sondern als Diskontinuität von Geografie und Produktion, als Verteilung im Raum. In gewisser Weise wiederholt sich in postfordistischen Verhältnissen tatsächlich die Zerstreuung und Isolation der französischen Parzellenbauern, damit auch vielfach die Unfähigkeit, Verkehr und Austausch untereinander herzustellen. Prekarisierung führt in dieser Hinsicht eher zu Konkurrenz, Entsolidarisierung und Opportunismus, selbst wenn manche Produktions- und vor allem die Kommunikationsmittel zunehmend weiteren Kreisen zugänglich werden. Doch die Existenzweisen in der Zerstreuung tragen auch das Potenzial in sich, anstelle von identitären und kommunitären Vergemeinschaftungsformen Verkettungen von Singularitäten hervorzubringen. Welche Form auch immer die Verkettung des Prekariats annimmt, welche (Selbst-)Organisationsformen es entwickelt, der Begriff selbst weist darauf hin, dass es nicht in die Vereinheitlichung und Strukturalisierung, in die Schemata von molaren und linearen Revolutionskonzepten zurückfällt. Wenn das Prekariat überhaupt irgendetwas *ist*, dann ist es selbst prekär.

Fruchtbar wird der Begriff Prekariat vor allem im Austausch mit dem komplementären Begriff der Multitude, in der Potenzialität, dass deren Singularitäten sich in aller Unterschiedlichkeit und Autonomie der Kämpfe zum Prekariat verketten. Beide Begriffe, Multitude und Prekariat sind nicht als soziologische Kategorien zu verstehen, als empirisch zu klassifizierende Gruppen, sondern als komplementär: nämlich als Potenzialität und Aktualisierung der Verkettung. Sie brechen damit den Soziologismus auf, der dem Proletariat ebenso hartnäckig anhaftet wie die eindimensionale Homogenisierung in der Partei- und der Staatsform. Wenn Multitude die Potenzialität der Verkettung impliziert, das Prekariat aber deren Aktualisierung, sind die Begriffe dennoch in gleicher Weise real: die Potenzialität der Multitude steht ebenso wenig im Gegensatz zur Realität wie ihre permanente, emergierende Aktualisierung in der Formierung des









Prekariats. In beiden Begriffen ist nicht die Quantität, die Frage ihrer maximalen Ausbreitung relevant, sondern ihre Qualität.

Die Multitude ist in diesem Verhältnis als antiidentitäre *Form* und Potenzialität zu verstehen, die die Vielen nicht vereinheitlicht. Nicht nur in den Texten Paolo Virnos zur Multitude wird allerdings klar, dass der Begriff der Multitude als *normativer* wenig geeignet ist, dass ihm vielmehr eine Ambivalenz eingeschrieben ist, die sich verschiebt und auch verschieben lässt: am einen Pol steht das Ausufern und Ineinandergreifen von Angst und Furcht (wobei dieses verschwimmende Gefüge von Angst und Furcht nicht als psychologische Kategorie oder als verzweifelter Kampf um die Rückkehr zum fordistischen Lohnarbeitsverhältnis reduziert werden kann), am anderen Pol die Potenzialität der Entwicklung eines neuen, Furcht erregenden Monsters.

Während die Multitude als Möglichkeitsbedingung der Entwicklung des Gemeinsamen im offenen Prozess der zerstreuten Organisierung verstanden werden kann, trägt die Aktualisierung dieser potenziellen Monsters den Namen Prekariat. Prekariat – um es nochmals zu betonen – ist weder ein Zustand, der empirisch eine Klasse an sich beschreibt, noch eine Funktion der Teleologie der Klasse für sich. Vielmehr ist es ein Werden, ein Kampf, eine Frage. Es impliziert weder politische noch begriffliche Schließung und Homogenisierung, sondern die Entfaltung von Problemen, etwa den folgenden: Wie kann eine Form der Organisierung entstehen, die viel eher den Austausch, den „Verkehr" der Differenzen befördert als die Vereinheitlichung? Wie können neue Kommunikationsmittel für diese Organisierung genützt werden? Was sind die Formen jenseits von Staat, Partei und Gewerkschaft, die in der Zerstreuung entstehen, in einer Zerstreuung, die nicht nur geografisch gemeint ist, sondern sich auf die Produktionsweisen wie auf die Produktionsorte bezieht? Was sind dementsprechend die Maschinen, in denen Singularitäten sich verketten statt in identitäre Gefäße gesteckt zu werden? Welcher Art ist das neue Band der Multitude, das sich nicht als homogenisierender Zusammenhalt, sondern als Verkettung aktualisiert?

E-Mail: raunig@t0.or.at

Dank an Marcelo Expósito, Isabell Lorey, Klaus Neundlinger und die grundrisse-Redaktion für Kritik und Diskussion.

Anmerkungen:

1 Für eine erste Annäherung vgl. „Prekär, Prekarisierung, Prekariat? Arbeitspapier des Frassanito-Netzwerks", http://euromayday.at/texte/frassanito.php; zur Differenzierung der Termini im Englischen vgl. Angela Mitropoulos, „Precari-Us?", http://www.metamute.org/en/Precari-us.

2 Vgl. etwa die Texte des Issues „precariat" des multilingualen eipcp-Webjournals transversal, http://eipcp.net/transversal/0704, die spanische und italienische Ausgabe der in Barcelona und Milano veröffentlichten Mayday-Zeitung „Milano-Barcelona Euro MayDay 004", die Precarity-Ausgabe des holländischen Greenpepper Magazine von 2004, die Spezialausgabe des britischen Mute-Magazins, der die Texte zur Prekarität in den Mute-Ausgaben 28 und 29 (2004/5) versammmelt http://www.metamute.org/en/Precarious-Reader, die Kulturrisse-Ausgaben 02/05 („EuroMayDay 005: mächtig prekär"), http://kulturrisse.at/1114329221 und 04/06 („Organisierung der Unorganisierbaren"), http://kulturrisse.at/1168344588, die Ausgabe des belgischen Magazins Politique, revue de débats von Oktober 2006 http://politique.eu.org/actualite/43.html oder den Reader zur Diskussionsreihe in der Berliner NGBK: Prekäre Perspektiven, Berlin: NGBK 2006.

3 Vgl. kpD, „Prekarisierung von KulturproduzentInnen und das ausbleibende ‚gute Leben'", in: arranca! 32, Sommer 2005, 23-25, online unter: http://eipcp.net/transversal/0406/kpd/de sowie Angela Mitropoulos, „Precari-Us?", http://www.metamute.org/en/Precari-us.

4 Vgl. Dirk Hauer, „Strategische Verunsicherung. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit", http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/hauer2.html, Kurzfassung erschienen in analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis 494, 15.4.2005.

5 Vgl. Vassilis Tsianos / Dimitris Papadopoulos, „Prekarität: eine wilde Reise ins Herz des verkörperten Kapitalismus. Oder: wer hat Angst vor der immateriellen Arbeit?", in: Gerald Raunig / Ulf Wuggenig (Hg.), Kritik der Kreativität, Wien: Turia+Kant 2007, im Erscheinen. Online unter http://eipcp.net/transversal/1106/tsianospapadopoulos/de.

6 Vgl. „Die Putzfrau war präsent, aber wie sieht sie aus? Interview mit den OrganisatorInnen des Hamburger Euromaydays 2006", in: analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis 504, 17.3.2006, online unter: http://www.akweb.de/ak_s/ak504/18.htm; Serhat Karakayali, „Mobilität und Prekarität als Ressource in den Kämpfen um Migration", in: Prekäre Perspektiven, Berlin: NGBK 2006, 136-145; Luzenir Caixeta, „Jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses. Prekäre Arbeitsverhältnisse von Migrantinnen und Möglichkeiten einer (Selbst-)Organisation der Beteiligten am Beispiel maiz", in: Kulturrisse 04/06, 22-25.

7 Vgl. dazu auch Gerald Raunig, „Kreativindustrie als Massenbetrug", in: Gerald Raunig / Ulf Wuggenig (Hg.),

Kritik der Kreativität, Wien: Turia+Kant 2007, im Erscheinen; online unter http://eipcp.net/transversal/0207/raunig/de.

8 Hierher gehört auch die Kritik reduzierter Begriffe von Biopolitik, etwa bei Isabell Lorey, „Als das Leben in die Politik eintrat. Die biopolitisch-gouvernementale Moderne, Foucault und Agamben". In: Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos (Hg.), Empire. Die biopolitische Wende, Frankfurt/Main, New York: Campus 2007, im Erscheinen, oder bei Katja Diefenbach, „Die Ankunft der Polizei. Einige Anmerkungen über Ausnahmezustand und Prekarität", in: Prekäre Perspektiven, Berlin: NGBK 2006, 121.

9 Vgl. http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf.

10 Vgl. Heinz Steinert, „Prekariat, Kaloriat, sexy Berlin und die Unterschicht", www.links-netz.de/K_texte/K_steinert_prekariat.html.

11 Isabell Lorey, „Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Biopolitische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen", in: Gerald Raunig / Ulf Wuggenig (Hg.), Kritik der Kreativität, Wien: Turia+Kant 2007, im Erscheinen.

12 Im alltagssprachlichen Deutsch ist der Begriff „prekär" als „provisorisch", „vorübergehend", „unsicher" wohl vom französischen précaire abgeleitet; „durch Bitten erlangt", „widerruflich", „auf Widerruf gewährt" war schon im römischen Recht das precarium als auf Bitte hin erfolgende Einräumung eines Rechts, das keinen Rechtsanspruch begründet. In sozialwissenschaftlichen Kontexten taucht der Begriff verstärkt in den letzten 20 Jahren auf. Hier entstand allerdings auch eine Engführung des breiten alltagssprachlichen Begriffs, der alles mögliche als prekär bezeichnen konnte, auf die Prekarisierung der Arbeit (vgl. etwa die beschränkte Einführung des Begriffs bei Pierre Bourdieu, Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz: UVK Universitätsverlag 1998). Diese begriffliche Verengung wurde erst um 2000 diskursiv (vor allem in den Strängen postoperaistischer und poststrukturalistischer Theoriebildung) in Richtung Biopolitik, soziale Prekarisierung und prekäres Leben durchbrochen.

13 Vgl. Franco Berardi Bifo, „Lavoro Sapere Precarietà", http://eipcp.net/transversal/0704/bifo/it: "Con la parola precariato si intende comunemente l'area del lavoro in cui non sono (più) definibili delle regole fisse relative al rapporto di lavoro, al salario, alla durata della giornata lavorativa." [Mit dem Wort „Prekariat" meint man üblicherweise den Bereich der Beschäftigung, in dem hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses, des Lohns und des Arbeitstages keine fixen Regeln mehr auszumachen sind.]

14 An diese Linie schließt nicht zuletzt auch die beschränkt-defensive Forderung nach „Entprekarisierung" an. Vgl. etwa Klaus Dörre, „Prekarität. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts und Möglichkeiten zu ihrer Politisierung", in: Kulturrisse 04/06, 8-13, vor allem 12.

15 Die Plakate und Slogans der ersten Mayday-Paraden finden sich auf der Website http://www.chainworkers.org/MAYDAY/index.html.

16 Vgl. Gerald Raunig, „La inseguridad vencerá. Antiprekaritärer Aktivismus und Mayday Parades", http://eipcp.net/transversal/0704/raunig/de.

17 Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, 180f.

18 Karl Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", MEW 8, 198.

19 Ebd.

20 Vgl. John Holloways diesbezügliche Anmerkungen, aber auch das oben angeführte Marx-Zitat aus dem Elend der Philosophie.

21 http://de.wikipedia.org/wiki/Prekariat.

22 Vgl. die Begründungen der skeptischen Haltung in Bezug auf den Prekariatsbegriff u.a. bei Katja Diefenbach, „Die Ankunft der Polizei. Einige Anmerkungen über Ausnahmezustand und Prekarität", in: Prekäre Perspektiven, Berlin: NGBK 2006, 114-123, hier 120 und 123; im Text des Frassanito-Netzwerks, a.a.O., sowie bei Martin Birkner und Birgit Mennel, „Mayday! Oder: die Unmögliche Organisierung der möglicherweise Unorganisierbaren – eine Zwischenbilanz mit Ausblick", in: Kulturrisse 04/2006, 18-21, hier 20. Diese Kritiken befürchten hinter dem Begriff des Prekariats eine unkritische Aufnahme jener Konnotation des Prekariats, die es in der Nachfolge des soziologisch identifizierenden oder des teleologisch-politischen Begriffs des Proletariats als homogene Einheit gedacht werden lässt.

Hans-Jürgen Krahl

Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewusstsein*

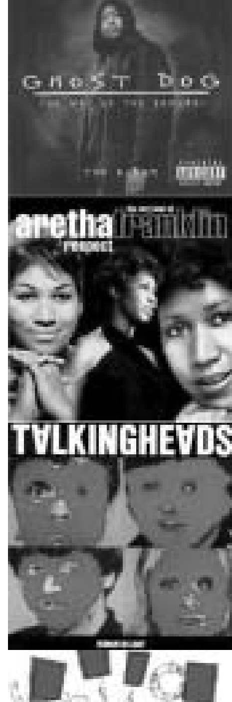
Die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland steht aufgrund der politischen Verlaufsform ihrer antiautoritären Aktionsgeschichte und ihrer theoretischen Zurechnung zur kritischen Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem revolutionstheoretisch und strategisch entscheidenden Problem:

1. Wie sind die - der Unterdrückungssituation in der spätkapitalistischen Industriemetropolen angemessenen und im Medium des antiautoritären Bewußtseins begründeten - historisch neuen Vernunftsprinzipien der Emanzipation zur überlieferten Substanz der geschichtlichen Klassenkämpfe zu vermitteln, ohne einem undurchschaubaren Traditionalismus revolutionärer Situationen zu verfallen, die sich unausgesprochen und ausschließlich an materieller Verelendung, physischer Unterdrückung und erfolgreicher Oktoberrevolution orientiert?

2. Wie ist der Begriff des Klassenbewußtseins als eine nicht empirische, gleichwohl daseiende Kategorie der gesellschaftlichen Totalität von ausbeuterischer Produktion zu rekonstruieren, ohne die Bedürfnisse der ausgebeuteten Massen zu verfehlen; also das Problem der historischen Genesis des Klassenbewußtseins zu begreifen und nicht dessen Konstitution als immer schon vollzogen und in der Partei materialisiert metaphysisch vorauszusetzen oder es auf ein empirisch-psychologisches Bewußtsein zu verkürzen?

3. Wie sind die kleinbürgerlichen Verfallsformen des antiautoritären Emanzipationsbewußtseins wissenschaftlicher Intelligenz, der Zerfall der ideologiekritischen Einsicht in den Zwangszusammenhang abstrakter Arbeit im ganzen und die Zerfaserung politischer Praxis revolutionstheoretisch zu beurteilen, ohne die historisch neue Qualität der Wissenschaft als Produktivkraft zu ignorieren und unbefragt die in der Arbeiterbewegung tradierten Interpretationen der Rolle der Intelligenz im Klassenkampf zu übernehmen?

Die Beantwortung dieser drei Fragen wird die Wahl richtiger Strategien sozialrevolutionärer Prozesse in den Metropolen und die Konstruktion einer Theorie der Revolution entscheidend beeinflussen. Alle drei Fragen, die gegenwärtig in der sozialistischen Bewegung mehr oder weniger theoretisch unter dem Thema „Wissenschaftliche Intelligenz und proletarischer Klassenkampf" stehen, werden mit traditionalistisch verkürzten Vorschlägen beantwortet, die weder die staatsinterventionistisch verfestigte zweite Natur der kapitalistischen Gesellschaftsformation noch die gewandelte Lage der arbeitenden Klasse in den Metropolen erfassen, also die Ebenen der entfremdeten Arbeit des verdinglichten Bewußtseins und verarmten Lebens verfehlen. Die





Diskussion bewegt sie, z. T. in einer enthistorisierten Vorstellungswelt der Oktoberrevolution und Leninschen Kaderpartei, die mechanistische Organisationsmodelle nahelegt und eine sozialrevolutionäre Vermittlung von Studenten- und Arbeiterbewegung sabotiert. Rigide Vorstellungen von Kader, unbedingter Zentralisation und eiserner Disziplin, die anachronistische Leistungsstandards voraussetzen, den hochzivilisierten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, des gesellschaftlichen Reichtums und der instrumentalisierten Kultur nicht einsehen, machen eine der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit angemessene Entfaltung von Spontaneität rückgängig.

Mechanistische Vorschläge, die den Standpunkt des Proletariats zur Entität ontologisieren und den SDS zum Scharnier zwischen zwei einander äußerlich und tendenziell klassenfeindlichen Bewegungen, der Arbeiter- und der Studentenbewegung, verdinglichen, ebenso wie die Anschauungen der ML-Gruppen beruhen im Grunde auf einem Begriff des warenproduzierenden Kleinbürgertums, der der gesellschaftlichen Realität nicht mehr entspricht. Indem sie den „Grundwiderspruch von Kapital und Lohnarbeit“ identitätsphilosophisch jeder geschichtlichen Veränderung entheben und die kapitalistische Gesellschaft zu einem scholastischen ordo von Grund-, Haupt- und Nebenwidersprüchen verdinglichen, beziehen sie sich weder auf die Gesellschaft als Totalität noch auf die Emanzipationsbedürfnisse der lohnabhängigen Massen. Daraus folgt, daß weder der Strukturwandel der an sich seienden Klassenlage durch die Expansion produktiver Arbeit im Monopolkapital, noch der der kategorialen Struktur des Klassenbewußtseins, ebenso wenig wie der der geistigen Arbeit berüksichtigt werden. Darauf beziehen sich im folgenden drei Argumente, die, ohne unmittelbar konkrete Handlungsanweisungen zu liefern, die sozialrevolutionäre Strategienbildung für die Metropolen beeinflussen müßten.

I. Der Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus führt, wie in der Kritik der politischen Ökonomie von Marx und Engels selbst angedeutet, zu einer Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise selber und zu einer Vergesellschaftung der produktiven Arbeit auf dem Boden der Lohnarbeit. Die von Marx und Engels angedeuteten möglichen geschichtlichen Endpunkte des Kapitalverhältnisses sind die aktiengesellschaftlichen Unternehmungsformen - gleichsam als gesellschaftlicher Urtypus des monopolen Privateigentums - und die technologische Umsetzung der Wissenschaften ins kapitalfixierte Maschinensystem (vgl. Kapital 3, Kap. 27, Rohentwurf S. 584 ff.).

Diese neue Vergesellschaftungsqualität des Kapitals ist einerseits der schon in der ersten Krise, die das Kapital geschichtlich ins Leben rief, der in der ursprünglichen Akkumulation begründete Widerspruch von Vergesellschaftung und Privateigentum, gesellschaftlicher Arbeit und Privatarbeit, wie er andererseits den Übergang zur möglichen freien Assoziation der unmittelbaren Produzenten der sozialistischen Produktionsform als objektiv möglich aufzeigt oder, wie Engels und im Anschluß an ihn Horkheimer expliziert haben, den Umschlag in den autoritären Staat, der faschistischen Verkehrung von Vergesellschaftung, naturwüchsig möglich macht.

Marx schreibt von Aktiengesellschaften: „Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“ (Kapital 3, S. 452)[1]. Die schon aus dem Enteignungsprozeß der ursprünglichen Akkumulation begründete naturgesetzliche Tendenz von Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die dessen geschichtlichen Widerspruch von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung entfaltet, tritt in ein neues Stadium. Mit dem Monopolkapital kommt der an sich gesellschaftliche Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, der Widerspruch von Vergesellschaftung und Privateigentum zur offenen Erscheinung.

Diese neue Vergesellschaftungsqualität des Kapitals verändert den Klassen-

antagonismus insgesamt. Schon die aktiengesellschaftliche Unternehmungsform verwandelt den „wirklichen fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals und die Kapitaleigentümer in bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten“ (Kapital 3, S. 452). Dieser Prozeß, in dessen Verlauf die außerökonomische Zwangsgewalt des Staates wieder direkte ökonomische Potenz gewinnt und der Staatsinterventionismus zur Dauernotwendigkeit wird, zerstört die Zirkulationssphäre als legitimationsideologisches Reich der bürgerlichen Sittlichkeit, als freie Konkurrenz von einander feindseligen Individuen und als gerechter Äquivalenttausch von einander gleichgültigen und gleichgeltenden Warenbesitzern. Das Klassenbewußtsein der Kapitalisten politisiert die instrumentelle Vernunft im Hinblick auf ihre autoritär technokratischen Konsequenzen. Herrschaft wird legitimationsunfähig.

Die neue Vergesellschaftungsqualität des Kapitals erweitert notwendig den Begriff der produktiven Arbeit und bringt ihn als die arbeitsteilige Totalität zur Erscheinung, die er im unentfalteten Prinzip schon immer war: „Wie im Natursystem Kopf und Hand zusammengehören, vereint der Arbeitsprozeß Kopfarbeit und Handarbeit. Später scheiden sie sich bis zum feindlichen Gegensatz. Das Produkt verwandelt sich überhaupt aus dem unmittelbaren Produkt des individuellen Produzenten in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d. h. eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehen. Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen. Es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen.“ (Kapital 1, S. 537)

Die technologische Umsetzung der Wissenschaft ins kapitalfixierte Maschinensystem - systematisch seit Ende des 19. Jahrhunderts betrieben - und die Tendenz zur Automation haben das verändert, was Marx als die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital bezeichnet hat. Diese unterscheidet sich von der bloß formellen dadurch, daß sie auch die technologische Struktur des unmittelbaren Arbeitsprozesses durch die systematische Anwendung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, Arbeitsteilung und Wissenschaft qualitativ verändert. Der Arbeitsprozeß als Stoffwechsel zwischen den Menschen und der Natur wird gleichsam in sich selbst vergesellschaftet. Eine der hervorstechendsten Eigenschaften der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital ist die bewußte „Anwendung der Wissenschaft, dieses allgemeinen Produkts der gesellschaflichen Entwicklung auf den unmittelbaren Produktionprozeß.“ (Marx, Resultate, 50, Frankfurt 1969)

Soziale Kombination totalisiert mit der Verwissenschaftlichung der Produktion diese immer mehr zum Gesamtarbeiter, indem, wie Marx in den Grundrissen ausführt, das einzelne Arbeitsvermögen immer mehr momentanisiert wird und der Wertmaßstab der Arbeitszeit in immer extremeren Widerspruch zur Realität des capital fixe und des wirklichen Produktionsprozesses tritt. Technik und Wissenschaft haben ein produktiv umgesetztes Entfaltungsstadium von systemsprengendem Ausmaß erreicht. Die neue Vergesellschaftungsqualität der produktiven Arbeit durch die technologische Verwissenschaftlichung der Produktion vermag ihre zwangsweise kapitalistische Vergegenständlichung nicht mehr zu tolerieren. Das Verhältnis von Monopolkapital und Automation macht die auch klassentheoretisch folgenreiche Veränderung der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital aus. „Da mit der Entwicklung der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital oder der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise nicht der einzelne Arbeiter, sondern mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses wird, und die verschiedenen Arbeitsvermögen, die konkurrieren, und die gesamte produktive Maschine bilden, in sehr verschiedener Weise an dem unmittelbaren Prozeß der Waren - oder besser hier Produktbildung - teilnehmen, der eine mehr mit der Hand, der andere mehr mit dem Kopf arbeitet, der eine als Manager, Engineer, Technolog etc.., der andere als overlooker, der dritte als direkter Handarbeiter oder gar bloß als Handlanger, so werden mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter dem unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeit und ihre Träger unter dem Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter und seinem Verwertungs- und Produktionsprozeß überhaupt untergeordneter Arbeiter einrangiert“ (Marx, Resultate, S. 66)[2] Wenn die Wissenschaften nach Maßgabe ihrer technischen Umsetzbarkeit und ihre Träger, die geistigen Arbeiter, in den produktiven Gesamtarbeiter integriert sind, dann ist nicht anzunehmen, daß sozialrevolutionäre Strategien sich in der klassischen Weise nahezu ausschließlich aufs Industrieproletariat beziehen können. Nicht ist die Frage zu stellen, ob wissenschaftliche Intelligenz im traditionellen Sinn industrieproletarisches Klassenbewußtsein entwickeln kann, sondern wie umgekehrt der Begriff der unmittelbaren Produzenten und damit der arbeitenden Klasse sich insgesamt verändert hat.

Mit der fortschreitenden Vergesellschaftung des Kapitals und der produktiven Arbeit und der technologischen Verwissenschaftlichung der Produktion wird auch das unmittelbare Industrieproletariat immer mehr zum Moment im Gesamtarbeitsprozeß. Es repräsentiert weniger denn je die Totalität produktiver Arbeit. Bei aller extremen Verschärfung des Widerspruchs von geistiger und körperlicher Arbeit ist die geistige Arbeit nicht mehr nur als idealistisch überhöhende Widerspiegelung abstrakter Arbeit und damit als Repräsentant der bürgerlichen Aneignung von Kultur und kleinbürgerlichen Organisationsformen des Wissenschaftsprozesses zu behandeln, sondern ein genuines Bildungsmoment, und zwar in organisierter und kollektiver Form, in der Konstitution proletarischen Klassenbewußtseins und der Organisation der politischen Klasse. Bezüglich der Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz im Klassenkampf ist klassischen Theorien individuellen Klassenverrats (zumeist mit Hinweis auf Lukacs' Bestimmung der Rolle des Intellektuellen im Klassenkampf) entgegenzusetzen, daß ohne die organisierte produktive wissenschaftliche Intelligenz die Bildung eines auf die bürgerliche Gesellschaft insgesamt bezogenen Klassenbewußtseins auch im Industrieproletariat unmöglich ist.

II. Die mangelnde Reflexion auf die kategoriale Verfassung des Klassenbewußtseins als einer nicht empirischen Kategorie, wie sie von Lukacs spekulativ im Anschluß an Lenin ausgeführt wurde, hat in der sozialistischen Bewegung eine verschwiegene Reduktion des Klassenbewußtseins in einem den Metropolen unangemessenen leninistischen Sinn zur Folge. Die Stagnation der zunächst spontan auf psychoanalytischer Ebene gefaßten und individualistisch beschränkten Emanzipationsdebatte konnte sich dem Zugang und der strategisch praktischen Erkenntnisse der möglichen Bedürfnisstrukur der Massen entfremden. Das spekulative Totalitätsbewußtsein, das die antiautoritäre Bewegung in ihren ersten Anfängen auszeichnet, mag schlechte Momente geschichtsblinder Abstraktion enthalten haben. Die Unmittelbarkeitsideologie vieler praktisch arbeitender Gruppen hingegen ist ihrem Bewußtsein nach in einer unverbundenen Flucht der historischen Erscheinungsform angesiedelt und außerstande, die Vielheit der empirischen Praktiken zu klassenbewußter Einheit einer politischen Praxis zu denken. Die Reflexion auf die kategoriale Ebene des Klassenbewußtseins vermöchte sehr viel eher organisatorische Identitätskriterien zu vermitteln, als schlecht moralisierende Verbindlichkeitsdiskussionen, wie sie noch häufig geführt werden und die hilflos unverbindlich bleiben.

Die theoretischen Auffassungen der sozialistischen Bewegung sind z. T. mit Momenten des empirischen Historismus behaftet, den Lukacs der bürgerlichen Geschichtswissenschaft vorwirft. „Ihr Irrtum besteht darin, daß sie im empirischen, historischen Individuum (gleichviel ob es sich um einen Menschen, um eine Klasse oder um ein Volk handelt) und in seinem empirisch gegebenen (also psychologischen, oder massenpsychologischen) Bewußtsein jenes Konkrete zu finden meint. Wo sie jedoch das Allerkonkreteste gefunden zu haben glaubt, hat sie es gerade am weiteste, verfehlt, die Gesellschaft als konkrete Totalität ... ; indem sie daran vorbeigeht, faßt sie etwas völlig Abstraktes als etwas Konkretes auf. (Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 61)

Doch schon Lukacs' Erkenntnis, daß sich erst durch die „Beziehung auf die Gesellschaft als auf ein Ganzes" die Kategorie der objektiven Möglichkeit und damit die logische Bildung von Klassenbewußtsein konstituiert, enthält Momente der idealisierenden Abstraktion; sowohl seine Behandlung der Organisationsfrage wie des Klassenbewußtseins unterstellen einen Totalitätsbegriff, der ins empirisch psychologische Bewußtsein der einzelnen Proletarier nicht hineinragt. Diese können nur post festum die Entscheidungen des totalitätsbezogenen Zentralkomitees nachvollziehen, ebenso wie der reale, durch Kampferfahrung, Theorienbildung, Agitation und Propaganda sich vollziehende Umsetzungsprozeß von Totalitätskategorien in die Köpfe der einzelnen Proletarier im Dunkeln bleibt. Das richtige Klassenbewußtsein existiert immer schon in Gestalt der apriori vorgegebenen richtigen Partei des Proletariats, dem leninistischen Parteitypus, der allen geschichtlichen Formbestimmungen transzendental enthoben wird. Die Kategorie der Totalität geht aber sowohl in ihrem Hegelschen wie in ihrem Marxschen Sinne auf ebenso empirische wie nichtempirische Momente, so wie die Ware nach Marx ein sinn-lich-übersinnliches Ding ist. Mit der Eliminierung der Empirie aus der Totalitätskategorie wird die Reflexion auf die historische Genesis des Klassenbewußtseins abgeschnitten. Lukacs' Empiriebegriff ist selbst schon szientistisch verkürzt.

Die Kategorie des Klassenbewußtseins aber konstituiert sich aus einem bestimmten Verhältnis von Theorie und Empirie, wie es gebunden ist an den materialistischen Produktionsbegriff von Arbeit und Arbeitsteilung. Der Begriff von Empirie, so wie ihn im Rahmen des historischen Materialismus Marx und Engels in der Deutschen Ideologie angedeutet haben, ist keineswegs identisch mit dem Empiriebegriff der positivistisch zerstreuten Einzelwissenschaften. Dieser ist quantitativ und formal nach Maßgabe konkreter (naturwissenschaftlicher Operabilität, jener ist qualitativ und

material nach Maßgabe) Arbeit, d.h. der materialistische Empiriebegriff ist gebunden an Gebrauchswerte, Bedürfnisse und Interessen. Der Theorienbegriff der Kritik der politischen Ökonomie ist gebunden an abstrakte Arbeit, die Kategorien der Ware, des Mehrwerts und der Akkumulation. Aus der Kritik an diesen Kategorien erschließt sich die Gesellschaft als eine Herschaftstotalität von Verdinglichung, Ausbeutung und Krise. Wenn sich Klassenbewußtsein als parteiliches Totalitätsbewußtsein wirklich soll bilden können, muß sich das Moment der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, durch welche Umwandlungen und Vermittlungen auch immer, in das Bewußtsein der Masse, umsetzen und in ihre Erfahrung eingehen. Diese Momente der Umsetzung kann Lukacs aufgrund seiner idealisierenden Projektion des leninschen Parteitypus vom industriell zurückgebliebenen Rußland auf die hochindustrialisierten Länder Westeuropas nicht angeben. Es fehlt die historische Reflexion auf jene empirischen Momente der Gebrauchswerte, Bedürfnisse und Interessen, die im Doppelcharakter von Ware und Kapital die durch die Allgemeinheit abstrakter Arbeit unterdrückte und an ihrer freien Entfaltung gehinderte Individualität darstellen; denn die kapitalistische Produktionsweise ist welthistorisch die einzige, die unter permanenter Wertabstraktion von den besonderen Gebrauchswerten und Bedürfnissen jene produziert und diese befriedigt.

Lenins Begriff des Klassenbewußtseins beruht auf einer rigiden analytischen Trennung des politischen Totalitätsbewußtseins vom zwar diffus spontanen, aber notwendig ökonomistisch beschränkten Interessenbewußtseins, so daß dieses nur von außen politisierbar sei. Diese Vorstellung ist historisch berechtigt angesichts einer im Rußland des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts nur formell unter das Kapital subsumierten Arbeit, die ihren an sich, gesellschaftlichen Charakter noch nicht preisgeben kann, in dem der terroristische Prozeß der ursprünglichen Akkumulation noch nicht abgeschlossen, bürgerlicher Tauschverkehr unentwickelt und die spezifisch kapitalistische Produktionsweise nur in wenigen Industriezweigen voll ausgebildet ist. Unter diesen Bedingungen vermag das Interessenbewußtsein des Industrieproletariats sich nicht aus sich selbst heraus zu aufgeklärter Spontaneität zu entfalten.

Andererseits verstellt die wenig entwickelte kapitalistische Produktionsweise in Rußland dem revolutionären Theoretiker Lenin auch den Blick auf die metaökonomische Dimension des materialistischen Produktionsbegriffs und damit die Entfaltung des Verhältnisses von Produktion und Klassenkampf. Die terroristischen Industrialisierungszwänge nach der Oktoberrevolution und der Zwang zur Beschränkung des Sozialismus auf ein Land reduzieren die Emanzipation der gesellschaftlichen Verkehrsform auf die Revolution technisch industrieller Produktion, so daß der emanzipative Gehalt des materialistischen Produktionsbegriffs sich nicht mehr entfalten konnte. Produktion ist Marx und Engels zufolge das Prinzip von Geschichte, das naturgeschichtlich zur Entfaltung drängt, auf der Ebene des industriellen Kapitals sich endlich realisiert, aber in die Ebene einer zweiten Natur sich zurücknimmt. In der Deutschen Ideologie implizierte der Begriff von Produktion die Möglichkeit zur vernünftig spontanen Lebenstätigkeit, d. h. zur Naturbeherrschung und zur Emanzipation des Menschen auf dem Boden der Natur selber. Produktion, also Arbeit und Arbeitsteilung, ist insofern kulturkonstitutiv in einem gattungsgeschichtlichen Sinn, insofern Kultur den auf Arbeitsteilung und Triebverzicht beruhenden Fortschritt der Bedürfnisse über die natürliche Vernunft der physischen Selbsterhaltung hinaus bedeutet. Mit dem Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaft verändert sich das Verhältnis von kulturell und geschichtlich objektiv notwendiger und überflüssiger Unterdrückung, Realitäts- und Lustprinzip qualitativ. Das Reich der Freiheit jenseits der materiellen Produktion wird eine Möglichkeit des theoretischen Denkens und schließlich der gesellschaftlichen Praxis. (Auf diesen Grundannahmen beruhen ebenso die Klassenbewußtseinstheorie Reichs wie die Emanzipationskategorien Marcuses, nur daß jener empiristische Reduktionen vornimmt und dieser Ontologisierungen der Triebstruktur und ein klassenunspezifisches Herauslösen der Bedürfnisse aus der Dialektik von Gebrauchswert und Tauschwert nicht zuletzt aufgrund seiner Integrationsmaßnahmen hinsichtlich des Proletariats.)

Produktion als (in dem oben skizzierten Sinne materialistischer Empirie) auf den Fortschritt und die Befreiung der Bedürfnisse gerichtete und autonome Lebenstätigkeit ermöglichende steht in einem unauflöslichen Zusammenhang zur politischen Spontaneität. Durch die Projektion des leninschen Begriffs von Klassenbewußtsein und seiner Parteitheorie auf die Länder Westeuropas wurde dieser Zusammenhang destruiert. Es stellte sich das ein, was Reich, terminologisch (nicht) ganz korrekt als zweierlei Klassenbewußtsein bezeichnete. Dessen Dualismus besteht darin, daß der Partei die durch die Kritik an den Kategorien der politischen Ökonomie gewonnene Kenntnis der kapitalistischen Totalität vorbehalten bleibt, aber die Massen ein dazu unvermitteltes, empiristisches Interessenbewußtsein entwickeln, das auf Konsum- und Lustgewinn, Gebrauchswerte und Bedürfnisse ge-

richtet ist. Mit dem Absterben der Emanzipationsdebatte im SDS und der sektiererischen Übernahme zentralistischer und disziplinärer Organisationsmodelle ist der Zusammenhang von Produktion und Spontaneität ebenfalls verlorengegangen. Doch Totalität und Konsum, Theorie und Empirie im oben erwähnten Sinne, Gebrauchswert und Tauschwert stehen in einem unauflöslichen Zusammenhang der Kritik; Klassenbewußtsein ist immer ein ans Durchschauen der Wertabstraktion gebundenes, parteiliches Totalitätsbewußtsein und an die Befriedigung von Bedürfnissen geheftetes produktives Konsumtionsbewußtsein. Fallen beide Bildungsmomente des Klassenbewußtsein, das theoretische und das empirische, auseinander, so wird aus dem Totalitätsbewußtsein die Bestimmung proletarischer Parteilichkeit eliminiert und aus dem Konsumtionsbewußtsein das Bestimmungsmoment spontaner und emanzipativer Produktivität. Dann aber fallen Massen permanent in den Zustand eines bloß passivischen und rezeptiven Konsumverhaltens zurück, in die Entfremdung von ihren Produkten, dem gesellschaftlichen Reichtum aller Kulturen.

Auf die Strategiendiskussion scheint im Augenblick die mögliche emanzipative Bedürfnis- und Bewußtseinsstruktur der Massen nicht einzugehen. Sowohl ein regressives Moment verdinglichter Bedürfnisse wie eine neue Qualität in der Enthistorisierung des fetischisierten Bewußtseins fallen aus der Reflexion heraus. Der grundlegende Sachverhalt des technologisierten Monopolkapitals, daß der gesellschaftliche Reichtum und die Kultur, wie sie sich auf der Basis materieller Produktion herausgebildet haben, den Bannkreis materieller Bedürfnisbefriedigung längst derart transzendieren, dass der Verein freier Menschen eine objektive geschichtliche Möglichkeit ist, bleibt nach der Sistierung der Emanzipationsdebatte den strategischen Reflexionen im SDS äußerlich. Gerade hochzivilisierte Bedürfnisbefriedigung aber ist die geschichtliche Voraussetzung, den Massen wirklich emanzipative Vernunftinteressen zu vermitteln. „Mit Recht wird darauf hingewiesen,“ schreibt Merleau-Ponty, „daß es durchaus nicht das tiefste Elend ist, welches die bewußtesten Revolutionäre hervorbringt, doch versäumt man, auch die Frage zu stellen, warum häufig ein Aufschwung der Konjunktur die Radikalisierung der Massen nach sich zieht. Dies hat darin seinen Grund, daß die Abnahme des Drucks auf das Leben eine Umstrukturierung des sozialen Raumes ermöglicht: Die Horizonte sind nicht mehr eingeengt auf die unmittelbaren Bedürfnisse, es entsteht ein Spielraum, Raum für einen neuen Lebensentwurf. (Phänomenologie der Wahrnehmung, S. 506)

Gleichwohl ist das spätkapitalistische System auf seiner Basis hochzivilisierter Bedürfnisbefriedigung imstande, den von den unmittelbaren gesellschaftlichen Produzenten hergestellten Reichtum und Kultur technologisch und kulturindustriell so einzusetzen, daß die Bedürfnisse und das Bewußtsein der Massen in den Bannkreis materieller Existenzsicherung fixiert bleiben. Der entfremdete Zustand, daß die Menschen weiterhin, wie Marx sagt, leben, wo sie nicht arbeiten, und arbeiten, wo sie nicht leben, hat sich nur verschärft. Die Bedürfnisse allerdings, auf die sich der Versuch revolutionärer Aufklärung richten müßte, sind immaterieller geworden, in dem Maße, in dem das Reich der Freiheit möglicher geworden ist. „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeiten bestimmt ist, aufhört. Es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ (Marx) Agitatorische Einstellungen im SDS sind z. T. aber immer noch derart ausgerichtet, als ob der Stand der Produktivkräfte, des Reichtums und der Kultur noch Situationen materiellen Elends entspräche.

Zum anderen wird die neue Qualität von Geschichtslosigkeit im Bewußtsein der Massen nicht berücksichtigt, was zur Folge hat, daß die revolutionäre Aufklärung nicht mit dem entfremdeten Lebensschicksal der Arbeiter verbunden wird. In der Agitation setzt sich daher nicht nur die strategische Fehleinschätzung eines industrieproletarisch verengten Klassenbegriffs durch, sondern zugleich eine gerade-zu betriebstechnische Trennung von Arbeits- und Lebensschicksal der Massen, Arbeits- und Freizeit, Produzenten und Konsumenten.

Der Faschismus als hochzivilisierter Naturzustand auf der Basis eines entwickelten Tauschverkehrs hat das Bewußtsein der Massen derart enthistorisiert und Verdinglichung derart potenziert, daß, wie Adorno befürchtete, das Schreckbild einer Menschheit ohne Erinnerung droht. Sowohl unter den Bedingungen offenen faschistischen Terrors als auch unter den Zwängen technologisierter Organisations- und Verkehrsformen werden individuell lebensgeschichtliche Perspektiven eliminiert. Nicht nur das bürgerliche Individuum ist mit dem freien Markt zerfallen, auch die proletarische Individualität ist durch die faschistische Deformation der Organisationsformen der Arbeiterklasse zersetzt worden. Die Einheit der Person sollte Kant zufolge im Rahmen der transzendentalen Apperzeption in den Tiefen der menschlichen Seele begründet sein. Marx veränderte sie in den Produktionsverhältnissen. Die Ich-Identität des bürgerlichen Individuums basiert auf dem Privateigentum, sie realisierte sich im Tauschverkehr und fand ihre langfristige lebensgeschichtliche Perspektive im Streben

nach Profit und in der Furcht vor dem Ruin. Proletarische Individualität basierte auf der besitzlosen Stellung im Produktionsprozeß und realisierte sich in der Organisation des Klassenkampfs. Die langfristige lebensgeschichtliche Perspektive des proletarischen Individuums war die von Ausbeutung und Elend oder revolutionärer Befreiung.

An die Stelle langfristiger lebensgeschichtlicher Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen sind heute kurzfristige Reaktionen im Hinblick auf die Erwartung von Gratifikationen und Befürchtung vor Sanktionen getreten. Der Arbeitersohn, der heute eine Lehre beginnt, vermag sich in der Regel keinen lebensgeschichlichen Begriff von seinem biographischen Arbeitsschicksal zu machen. Das Prinzip Hoffnung wird aus dem Bewußtsein der Individuen eliminiert, oder, wie Marcuse versucht hat zu entfalten: selbst das unglückliche Bewußtsein soll absterben.

Eine Agitation des Proletariats, die nicht das geschichtslose Lebensschicksal der Massen thematisiert, kann den Zusammenhang von gesellschaftlicher Produktion und Spontaneität im Bewußtsein der Massen nicht rekonstruieren und emanzipative Bedürfnisse nach einem glücklichen Leben weder freilegen noch zu einem politischen Totalitätsbewußtsein vermitteln.

Die strategischen Reflexionen im SDS haben immer mehr die Ebene der regressiv, auf materielle Produktion fixierten Bedürfnisstruktur wie auch die neue Qualität in der Geschichtslosigkeit des verdinglichten Bewußtseins von individuellem Lebensschicksal verfehlt. Damit aber erfährt der Klassenbewußtseinsbegriff eine leninistische Reduktion, so daß die Produzenten sich nicht als Produzenten begreifen, und das Ergebnis einer nach Maßgabe dieser Reduktion betriebenen Propaganda kann nur die Restabilisierung der von Reich beschriebenen Trennung von unparteilichem Totalitätsbewußtsein und unproduktivem Konsumtionsbewußtsein sein.

III. Die objektive Integration relevanter Teile wissenschaftlicher Intelligenz in den produktiven Gesamtarbeiter macht diese noch nicht zu bewußten Proletariern. Nicht nur, daß überlagerte bürgerliche Sozialisationsprozesse und die trauernde Erinnerung an die verlorengegangenen liberalen Ideologien der autonomen und bedürfnislosen Rechtspersonen, des parlamentarischen Marktes und gerechten Tauschverkehrs ebenso konstitutiv für den antiautoritären Protest waren (gerade im Bereich der kultur- und sozialwissenschaftlichen Intelligenz), so blockierten sie doch auch den Zugang zum Bewußtsein des Industrieproletariats und anderer produktiven Schichten. Vor allen Dingen aber existiert innerhalb des Gesamtarbeiters die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit in unverminderter Schärfe fort. Doch den Theorienverlust und den Instrumentalisierungsprozeß, den die positivistisch zerstreuten Einzelwissenschaften durchlaufen, hat der geistigen Arbeit längst die Möglichkeit genommen, ein idealistisches Selbstbewußtsein und metaphysische Totalitätskategorien zu entwickeln. Im idealistischen Bewußtsein des deutschen Bildungsbürgertums, orientiert am Humboldtschen Universitätsideal, spiegelt sich die Wertsubstanz des Kapitals, die abstrakte Arbeit, insofern sie als produktiv nur die von aller Naturbasis gelöste geistige Arbeit anerkannte. Insofern stand Hegel nach Marx' Wort auf dem Standpunkt der bürgerlichen Ökonomie. In dieser philosophierenden Abstraktion war aber zugleich die Synthesis der vermittelnden Vernunft enthalten, welche die analytischen Trennungen der kapitalistischen Arbeitsteilung zumindest metaphysisch aufhob, die Aufhebung der Entfremdung auf dem Boden der Entfremdung selber. Die Kritik der politischen Ökonomie Marx' verendlichte die vermittelnde Vernunft durch die Bindung an den Produktionsprozeß und die endlichen Individuen. Der positivistische Zersetzungs(/streuungs)prozeß der Einzelwissenschaften löste alle Kategorien der Vermittlung, zumal den von Theorie und Praxis, analytisch auf. Der technologische Entwicklungsstand der produktiv umsetzbaren Wissenschaften projiziert seine methodologischen Verfahrensweisen um den Preis der Vernichtung von Reflexion zugunsten der Anpassung an abstrakte Arbeit auf sämtliche Wissenschaften. Technologisierung der Wissenschaft bedeutet: die qualitative Zeit bildungsgeschichtlicher Reflexionen (wie sie metaphysisch in Hegels Phänomenologie des Geistes als Bildungsweg des natürlichen Bewußtseins vom erscheinenden Wissen zur Wissenschaft des absoluten Wissens beschrieben wird), wird zugunsten der Anpassung geistiger Arbeit an die quantitativen und enthistorisierten Normen des Wertmaßstabes, der Arbeitszeit eliminiert. Damit kann geistige Arbeit reibungslos dem Verwertungsprozeß des Kapitals










einverleibt werden. Diese Entwicklung, die auch die unproduktiven Herrschaftswissenschaften betrifft, ist einerseits eine zusätzliche Schranke für die produktive wissenschaftliche Intelligenz, ihren Produzentenstatus zu begreifen und totalitäre Vermittlungszusammenhänge zu durchschauen. D. h. geistige Arbeit ist nach Maßgabe ihrer industriellen Umsetzbarkeit immer mehr mit dem Unglück produktiver Arbeit behaftet und andererseits, ebenfalls nach Maßgabe der technischen Umsetzbarkeit, immer kapitaladäquater an die Wertnormen angepaßt. Auf der anderen Seite eröffnet die Vernichtung des traditionellen Kulturbewußtseins überhaupt erst die Möglichkeit politischer Produktionsprozesse, nämlich die Befreiung von idealistischen Eigentumsfiktionen, so daß auch die wissenschaftlichen Produzenten die Produkte ihrer Arbeit als gegenständliche und feindliche Macht des Kapitals begreifen und sich selbst als ausgebeutet wissen. Insofern das Gesamtatelier der Universität von den Widersprüchen des Technologisierungsprozesses erfaßt wird, wird es auch den Vertretern unproduktiver Wissenschaften erleichtert die Fixierung auf einen endgültig zerbrochenen Kulturbegriff aufzugeben; wenn die Widersprüche der produktiven Arbeit einmal in die Universität getragen sind, können auch mehr und mehr Ideologen der herrschenden Klasse im Sinne des Kommunistischen Manifests ihre intellektuelle Produktivkraft in den Dienst des Emanzipationskampfes stellen.

Geistige Arbeit ist mit dem Widerspruch behaftet, einerseits systematisch fortschreitend dem materiellen Produktionsprozeß des Kapitals einverleibt zu werden und als wirkliche Arbeit Momente der bestimmten Negation des Kapitalverhältnisses zu beinhalten, denn „das wirkliche Nicht-Kapital ist die Arbeit selbst“ (Marx). Andererseits ist die abstraktiv von der körperlichen Arbeit getrennte geistige Arbeit angepaßter Ausdruck der Wertsubstanz abstrakter Arbeit, und dies um so mehr, als die zeitliche Verlaufsform von Bildungsprozessen unter enthistorisierte Arbeitszeitnormen gestellt wird.



Dieser Widerspruch, der die Stellung des produktiven Intellektuellen im Produktionsprozeß kennzeichnet, bestimmt auch sein verdinglichtes Bewußtsein. Die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit wird nicht als Entfremdung erfahren, sondern zur natürlichen Tatsache hypostasiert. Andererseits kann sich die wissenschaftliche Intelligenz auch nicht mehr im bildungsbürgerlichen Sinn - was ebenso für die unproduktiven Wissenschaften gilt, die auch vom Technologisierungsprozeß erfaßt werden - als gleichsam intelligible Besitzer der Kultur, als Produzenten höheren, nämlich metaphysischen Ranges begreifen. Aus diesem Sachverhalt mehr als aus traditionellen Theorien kleinbürgerlicher Intelligenz sind kleinbürgerliche Verhaltensweisen, mit denen das spezifische antiautoritäre Emanzipationsbewußtsein ab ovo ausgestattet war, zu erklären. Die trauernde Erinnerung an die emanzipativen Gehalte des revolutionären Bürgertums und gerechten Tauschverkehrs, ein zentrales Bildungsmoment der studentischen Protestbewegung, hat gerade unter den geisteswissenschaftlichen Intellektuellen regressive Angst vor der technologischen Enteignung vom intelligiblen Besitz an der bürgerlichen Kultur hervorgebracht. Die technische Intelligenz wird mit Bewußtseinsformen völliger Geschichtslosigkeit ausgestattet, die kulturwissenschaftliche Intelligenz trauert um den Verlust ihres fiktiven Eigentums an bürgerlicher Kultur, um deren unwiderruflichen Zerfall sie weiß und den sie doch insgeheim nicht wahrhaben will. Enteignungsangst und Geschichtslosigkeit sind Kennzeichen des kleinbürgerlichen Bewußtseins. Nur dass das klassische Kleinbürgertum mehr als seine Ketten, nämlich realen wenn auch, nicht akkumulationsfähigen Warenbesitz, zu verlieren hatte, während heute selbst die unproduktivste Intelligenz immer mehr den Herrschaftsbedingungen ausbeutender Lohnarbeit unterworfen wird. Doch im Gewande dieses Kulturbewußtseins konnten sich die historisch neuen Prinzipien der Befreiung entfalten. Sowohl das Ausmaß an Bedürfnisfortschritt, der die Not der Produktion überschreiten könnte, als auch die kulturindustrielle Regression von Kultur auf den Umkreis der unmittelbaren Arbeit sowie die Sabotage emanzipativer Bedürfnisse konnten sich in diesem Rahmen begreifen. Adornos und Horkheimers nicht parteilicher Versuch einer kulturkritischen Konstruktion der Geschichte als Dialektik der Aufklärung, der von Mythos und Tausch, konnte den Zusammenhang von Monopolkapital, diesem subsumierter Technologie und Faschismus darstellen. In der Theorienbildung der Neuen Linken

muß die Erfahrung des Faschismus als eines organisierten Naturzustandes eingehen, der zwar insgesamt mit den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie, dem Akkumulationsprozeß und Krisenzusammenhang des Kapital, erklärbar ist, dessen Terror im einzelnen aber sich gegen solche begriffliche Subsumtion sträubt. Auschwitz ist kontingent auch noch in den überlieferten Kategorien einer Kritik der politischen Ökonomie gegenüber.

Auf dem Hintergrund dieser skizzierten Bewusstseinsverfassung stellen sich die revolutionstheoretisch entscheidenden Probleme der historischen Genesis des Klassenbewusstseins, und zwar

1. Als Problem einer Rekonstruktion revolutionärer Theorie als einer Lehre, deren Aussagen die Gesellschaft unter dem Aspekt radikaler Veränderbarkeit begreifen.

2. Die Wiedergewinnung einer Dimension materialistischer Empirie von Bedürfnisbefriedigung und Interessenerzeugung.

3. Das Problem der Umsetzung der Theorie ins Bewußtsein des Proletariats.

Ad 1.: Erkenntniskritische Selbstreflexion der Einzelwissenschaften ist ein konstitutives Moment des Klassenbewußtseins wissenschaftlicher Intelligenz. Die Ausschließlichkeit analytischer Verfahrensweisen schneidet methodologisch die Reflexion auf die gegenstandskonstitutive Rolle gesellschaftlicher Praxis ab, also die an Arbeit gebundene Wahrnehmungsmateriatur und den an Arbeitsteilung gebundenen kategorialen Rahmen der Apperzeption. Ohne Arbeitsteilung erkenntniskritisch als Organisationsform der Erfahrung zu durchschauen, kann sich der wissenschaftliche Produzent nicht als Produzent begreifen. Nötig ist also eine immanente Kritik am analytischen Selbstverständnis der Einzelwissenschaften, zumal die sozialtechnisch verkürzten modernen Wirtschaftstheorien nicht mehr den einzigen Bezugspunkt für eine Kritik der politischen Ökonomie liefern, da ihre analytische Methodologie die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr als eine kategoriale Realität begreift. Die positivistische Zerfaserung der Wissenschaften hat die Begriffe innergeschichtlicher Transzendenz zerstört. Während Marx den wissenschaftlichen Sozialismus in Opposition zum utopischen Denken entwickelte und innergeschichtliche Realisierungsbedingungen einer revolutionären Befreiung aufzuzeigen gezwungen war, hat sich heute das Verhältnis nahezu verkehrt. Es gilt in Opposition zum bestehenden Wissenschaftsbetrieb die Begriffe konkreter Utopie allererst zu rekonstruieren.

Ad 2: Der Zugang zur Bedürfnisstruktur der Massen ist nicht aus innertheoretischen Ableitungen zu leisten, sondern basiert auf der praktischen Erfahrung des politischen Kampfes. Diese Erfahrung unterdrückt die Dimension emanzipativer Bedürfnisse und parteilicher Interessen, wenn sie in die formale Sprache positivistischer und empiristischer Theorien umgesetzt wird. Auch im SDS ist der Erfahrung des praktischen Kampfes in der Regel ein formalisierender Reflektionsprozeß widerfahren, der die reflektierte Artikulation von Spontaneität mehr und mehr negierte. Die Reflexion dieser Erfahrung muß mit der Kritik an den analytischen Theorien - ein Zusammenhang von Bedürfnisartikulation und Positivismuskritik, wie ihn Herbert Marcuse allerdings klassenunspezifisch herzustellen versucht hat - eine Verwissenschaftlichung auch der praktischen Erfahrung leisten, wenn die Theorie ins Bewußtsein der Massen umsetzbar sein soll.

Ad 3.: Ungelöst ist das Problem des Verhältnisses der Theoretiker zum Proletariat. Lukacs ebenso wie Merleau-Ponty haben den historischen Konstitutionsprozeß des Klassenbewußtseins, die Einheit von Theoretiker und Proletarier, in einer stets existierenden Partei verankert und damit vorausgesetzt, was es allererst zu bilden gilt, nämlich Klassenbewußtsein und Organisation. Merleau-Ponty spricht von der Pädagogik der geschichtlichen Ereignisse selber, die eine Spontaneität der Massen produzieren können, aber er unterschlägt ebenso wie Lukacs, dem die Organisation zur transzendentalen Form der Vermittlung von Theorie und Praxis wird, die ihrerseits wieder organisationsbildende Funktion von Reflexion und Aktion.

Die Aktionen des SDS seit den Antinotstandsaktionen 1968 sind nicht mehr bezogen auf die Bedürfnisse der Massen. Sie folgen der Logik des provokativen Protests (und seiner Reflexionsformen), wie er den antiautoritären Beginn der Bewegung kennzeichnet. Eine neue organisatorische Qualität kann erreicht werden, wenn sich die Bewegung massenhaft kollektiv auf eine neue Reflexionsstufe hebt und Agitation und Propaganda inhaltlich verändert im Hinblick auf eine Theorienbildung, die abstrakte Totalitätskategorien immanent mit Begriffen der Bedürfnisbefriedigung verbindet.

Die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz muß zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden - das ist der Sinn der Praxis.

* *Quelle: http://www.krahl-seiten.de/wissenschaftlicheintelligenz.htm*

Anmerkungen

1) Kapital III S.452, - Den Zusammenhang von aktiengesellschaftlicher Unternehmensform Monopol und Staatsintervention weist Marx an anderer Stelle auf: „Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch. der prima facie als bloßer Übergangspunkt einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus.Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie eine neue Sorte Parasiten in in Gestalt von Projektemachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System von Schwindels und Betrugs mit bezug auf Gründungen, Aktienausgaben und Aktienhandel. Es ist Privarprodukfion ohne die Konlrolle des Privateigentums" (Kapilal III. S. 454). Zum Zusammenhang von Monopolkapital und autoritärem Staat Vgl. M.Horkheimer, Autoritärer Staat und Engels: Die Entwicklung desSozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S.222 (Den Zusammenhang von aktiengesellschaflicher Unternehmungsform, Monopol und Staatsintervention, weist Marx an anderer Stelle auf: vergl. MEW 19, S. 322).

2) Marx zufolge ist das „Wachsen der scientific power ... das Maß, worin sie schon als capital fixe gesetzt ist, der Umfang, die Breite, worin sie realisiert ist und sich der Totalität der Produktion bemächtigt hat", eines jener exklusiven Widerspruchsmomente am naturgeschichtlichen Ende der gewaltsamen Krisengeschichte des Kapitals, „worin im advice gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production" (Rohentwurf, S.636) „Sozialistische Korrespondenz-Info", Nr.25 Frankfurt 1969

Bernhard Schmid: Der Krieg und die Kritiker. Die Realität im Nahen Osten als Projektionsfläche

Münster: Unrast Verlag, 2006, 80 Seiten, 8 Euro

Mit diesem brillant geschriebenen Essay greift der Autor in die höchst kontroverse Debatte um Israel, Palästina und die Ereignisse im Nahen Osten ein. Ausgangspunkt ist ihm dabei der Feldzug der israelischen Armee im Jahre 2006 im Südlibanon und die zahlreichen Stellungnahmen, Aufrufe und Polemiken diverser antiimperialistischer und so genannter antideutscher Gruppen in diesem Kontext. Er zeigt auf, dass diese Erklärungen weniger mit den sozialen und politischen Verhältnissen im Nahen Osten zu tun haben, als vielmehr mit hiesigen Bedürfnissen nach Identifikation. Schmidt unterscheidet vier unterschiedliche idealtypische Interpretationsraster, die je nach Weltbild allen Entwicklungen bedenkenlos übergestülpt werden. Für Antisemiten resultiert Charakter und Politik Israels aus der Tatsache, dass in diesem Staat vorwiegend jüdische Menschen leben, allein das würde „alles" erklären. Die amerikanischen und europäischen Konservativen sehen in Israel eine Insel der Kultur und Zivilisation, umgeben von ungebildeten, fanatischen, schmutzigen und islamischen Barbaren. Philosemiten wiederum, so Schmid, können die Geschichte Israels ausschließlich aus der Opferrolle wahrnehmen. Nie wieder Opfer von Antisemitismus zu werden, das rechtfertige jede Maßnahme. Aus antiimperialistischer Sicht ist Israel ein imperialistischer Brückenkopf in einer unterdrückten Region der Welt. Diese vier Anschauungen durchdringen und durchkreuzen sich auch. Insbesondere antideutsche Kreise haben offen kulturkonservative Argumentationsmuster übernommen und in manchen ihrer Pamphlete scheint der Islam dem Antisemitismus den Rang als erstes Erklärungsmuster abzulaufen. Auf der anderen Seite sind Berührungspunkte zwischen antiimperialistischen und antisemitischen Kreisen nicht zu übersehen.

Nach einem kurzen Rückblick auf die sehr solidarische und positive Haltung der Linken zu Israel bis zum Krieg 1969, die nicht zuletzt durch die Kibbuz Bewegung motiviert war, kommt der Autor auf die Entstehungsgeschichte der Antideutschen, die ursprünglich auch als Antinationale bezeichnet wurden, zu sprechen. Die Wiedervereinigung Deutschlands musste Ängste über ein neues Deutsches Reich nähren, die Kritik an Nationalismus und Volksgemeinschaft lag nahe. Einen Wendepunkt stellte die Drohung Saddam Husseins während des Irakkrieges 1991 dar, mit Giftgas bestückte Raketen auf Israel abzufeuern. Da es nicht zuletzt deutsche Firmen waren, die chemische Ausgangsstoffe dem Irak lieferten, schien sich der Kreis zu schließen: ein vereintes, wieder erstarktes

Deutschland – Aufleben seiner historischer Interessen und Beziehungen im Nahen Osten – ein heimliches Bündnis mit einem Diktator – Giftgas auf Israel. Und zudem gingen hunderttausende in Deutschland gegen die Bombardierung des Irak auf die Straße. Dass die Massen so und so faschistoid sind, diese Haltung zählt bis heute zum Überzeugungskern des antideutschen Milieus. Die antideutsche Ideologie war geboren. Die Standpunktlogik eskalierte, manche der damaligen ProtagonistInnen distanzierten sich nach und nach von diesen Entwicklungen, anderen war kein historischer Vergleich zu plump, keine Formulierung zu überzogen, keine Parteilichkeit zu einseitig und schamlos.

Bernhard Schmid zeigt an zahlreichen Wortmeldungen auf, wie demagogisch bestimmte Ereignisse mit historischen Versatzstücken montiert, Entwicklungen übersprungen, Prozesse ignoriert, Fakten verschwiegen werden, um das gewünschte argumentative Resultat zu suggerieren. Und wenn der Autor etwa sehr genau analysiert, warum die Hizbollah eine gewisse Sympathie errungen hatte, so tut er etwas, was in antideutschen Kreisen schon lange verpönt ist: moralische und ideologische Haltungen aus gesellschaftlichen und sozialen Prozessen ableiten. Das in diesen Pamphleten Ausgeblendete fügt Schmidt wieder ein. Aber Phänomene verstehen und erklären zu wollen, bedeutet nicht, sie gutzuheißen. „Deswegen, da sie es (zu erheblichen Teilen) geschafft hat, diese Soldateska und die israelische Besatzung bis im Jahre 2000 aus dem Land zu werfen. Die Hizbollah genießt aus diesem Gründen erhebliche Popularität im Libanon, welche man äußerlich nachvollziehen kann, ohne deshalb die hässliche Seite der Ideologie dieser Bewegung übersehen zu müssen." (36) Freilich, wenn die Religion nicht mehr aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern umgekehrt die gesellschaftlichen Verhältnisse aus der Religion erklärt werden, was in antideutschen Kreisen längst zum methodischen Standard zählt, können Sympathien für die Hizbollah ausschließlich durch antisemitische Mentalitäten erklärt werden. Der Islam, seine Geschichte und Ausformungen gelten nicht mehr als das zu erklärende, sondern fungieren schon lange als Erklärung – vom Explanandum zum Explanans. Die Angleichung an die konservative, ja reaktionäre Argumentationsstruktur ist vollzogen. Fungiert bei den Antisemiten der jüdische Charakter, bei den Wertkonservativen die Kultur, so bei den Antideutschen der „aus sich selbst heraus nährende Judenhass" (33) als universales Erklärungsmodell. Wenn aber das Übel nicht mehr in sozialen und politischen Verhältnissen liegt, die – mit welchen Schwierigkeiten auch immer – verändert werden können, sondern in einem unveränderlichen Wesen, dann ist Vernichtung und Gewalt die einzige Lösung. Die in vielen Details von Schmid dargestellte Annäherung prominenter Antideutscher an das konservative Lager und die CDU ist nur logische Konsequenz. Wieder mit Rekurs auf historische Muster wurde unter dem Schlagwort „Appeasement" (damit wurde die zögerliche Haltung der Westmächte gegenüber Hitlers Expansionspolitik bezeichnet) jeder Kompromissversuch im Nahen Osten denunziert. Die phantasierte Identifikation mit dem verklärten Israel auf Opferebene im antideutschen Milieu – dort ein tapferes kleines Volk, hier eine aufrechte Gruppe Israelfahnen schwingender Unbeugsamer – schlägt notwendigerweise in Gewalt und Vernichtungsphantasien um. „Noch sitzt der Autor ruhig am Berliner Redaktionstisch, aber vor seinem geistigen Auge sieht er sich bereits den Litani-Fluss im Südlibanon überqueren, das G8-Gewehr fest geschultert." (41)

An keiner Stelle beansprucht der Autor, uns die absolute Wahrheit über die Prozesse im Libanon oder Israel offenbaren zu können. Als guter Kenner der Verhältnisse im Nahen Osten konfrontiert Schmid einfach die phantastischen Konstruktionen mit schlichten Fakten, tatsächlich stattgefundenen Ereignissen. Dass etwa der „Fatah-Revolutionsrat" über hundert PLO Kader ermordete (34) oder der zum Friedenschluss bereite Rabin 1995 vom jüdischen Rechtsextremisten Ygal Amir getötet wurde (10), passt eben nicht in das Weltbild eines Thomas von der Osten-Sacken, Werner Pirker oder Matthias Küntzel. Wenn wir hier und heute über die komplexen und tragischen Ereignisse sprechen wollen, dann nicht als StellvertreterInnen von phantasierten Identitäten, die es in dieser Form in Nahen Osten gar nicht gibt. Diese imaginäre Identifikationen als das auszuweisen, was sie sind: Projektion, das ist Bernhard Schmidt bestens gelungen.

Karl Reitter



Mona Singer: Geteilte Wahrheit. Feministische Epistomologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies.

Wien: Löcker Verlag, 2005, 322 Seiten, 25 Euro

Mona Singer verwendet den Begriff „Epistemologie", um die deutschen Begriffe „Erkenntnistheorie" oder „Wissenschaftstheorie" zu vermeiden. In diesem Buch geht es nämlich um Wissenschaftstheorie und Wissenschaftskritik, was sich aber nicht von Erkenntnistheorie, wie unterschiedliche Menschen die „Realität", die „Wirklichkeit" erfassen, abtrennen lässt.

Stellt sich die Frage, warum ein Buch über Epistemologie in einer linksradikalen Theoriezeitschrift besprochen werden soll: Da ist einmal die immer stärker Materialisierung der Wissenschaft in den Bereichen, die *Technoscience* genannt werden, technologische und damit wissenschaftliche Sichtweisen beeinflussen immer mehr unser Alltagsleben. Außerdem werden wissenschaftliche Entwicklungen aus einem „autonomen" Bereich, etwa der Universitäten, in unternehmensnahe Bereiche verlagert, werden stärker einer direkten kapitalistischen Verwertung unterworfen. Wissenschaft war allerdings nicht nur in diesem Zusammenhang immer schon ein Machtmittel. Der direkte Einsatz wissenschaftlichen Wissens gegen die ArbeiterInnen und KonsumentInnen in Form von Maschinen, aber auch in Form der Unterhaltungs-, Kommunikations- und Informationstechnologie, die immer stärker unser Leben prägen, wird ergänzt durch die „ideologischen" Funktionen. Wissenschaften sind in ihrer Popularisierung ein wichtiges Bindeglied zwischen Herrschaftstechnik und Massenbewusstsein. Aber auch die sozialen Bewegungen setzen sich immer wieder mit wissenschaftlichen Diskursen auseinander, um Gegenpole zum herrschenden Bewusstsein (als Bewusstsein der Herrschenden) herauszubilden (etwa in der Anti-AKW-Bewegung oder der Selbstermächtigung homosexueller AIDS-Kranker). Aus diesen Gründen soll auch die Epistemologie Position beziehen. In diesem Buch geht es dabei maßgeblich um die Kritik an sexistischen und androzentrischen, aber auch postkolonialen und rassistischen Strukturen und Inhalten des wissenschaftlichen Diskurses.

Im ersten Abschnitt unter dem Titel „Wissen, Macht und Ermächtigung" wird zuerst der Zusammenhang von Aufklärung und den emanzipatorischer Versprechungen dargestellt, die ja spätestens seit dem 20. Jahrhundert mit seinen industriell organisierten Grausamkeiten in Frage gestellt wurden. Darum erweist es sich als notwendig, Wissenschaft und gesellschaftliche Entwicklung zusammen zu denken, erst recht wegen dem verstärkten Zusammenspiel zwischen Wissenschaft, Technologie und Kapitalismus. Wissen als Wissenschaft und als Erkenntnis (darum Epistemologie) ist in unterschiedlichen Denk- und Gesellschaftsverhältnissen, in kulturellen Traditionen, sozialen Umwelten und natürlichen Bedingungen situiert. Und eine kritische Epistemologie soll politischen Machtverhältnisse, etwa durch die Geschlechterdifferenz thematisieren und einen Blick auf Vorstellungen von Gerechtigkeit, gewendet gegen Ausbeutung und Unterdrückung bieten. Mona Singers Blickwinkel ist der der feministischen Epistemologie und die Wissenschaftssoziologie der Cultural Studies, die als Teil dieses Abschnitts vorgestellt und eingeführt werden. Sie sind Werkzeuge, um herrschende Strukturen zu kritisieren und zur Selbstermächtigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten beizutragen. Beide sind transdisziplinär, stellen vermeintlich „kulturelle Prozesse" ins Zentrum und beziehen sich nicht nur auf die Wissenschaft, sondern auf ihre Transmission in die ganze Gesellschaft, durch die Einbeziehung populärer Elemente wie Filme, Zeitungen und Science Fiction. Wissenschaft wird als kulturelle Praxis bewertet und analysiert.

Der nächste Abschnitt „Objektivität und Wahrheit, historisch gesehen" ist der, der sich am stärksten auf philosophische Diskussionen bezieht. Das Konzept der Wissenschaftlichkeit veränderte sich im Laufe der Zeit. Ging es bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die Konstruktion eines Idealbilds etwa der menschlichen Anatomie, die Abstraktion vom Messbaren, so veränderte sich das dann. Die Natur sollte selber „sprechen", das Ideal wurde die von menschlichen Schwächen befreite Maschine. Aber auch diese Objektivität war gesellschaftlich bestimmt. Es waren die Eliten, die forschen konnten, und es sind persönliche Beziehungen, die Überprüfbarkeit und Ergebnisse möglich machen. Außerdem muss die Wahrheit (oder sie

Sprache der Wahrheit) auch verstanden werden. Die Konsequenz ist, dass es keine gesellschaftlich unabhängige Wahrheit und Objektivität gibt, sondern nur „Wahrheitsregime“ (Foucault), Bedingungen und Strukturen, die Wahrheit möglich machen.

Im dritten Abschnitt „The truth is not out here“ geht es um die aktuellen Diskussionen, nachdem mit der „linguistischen Wende“ feststeht, dass die Wahrheit nicht etwas selbstverständliches ist. Verschiedene Ansätze verorten die einzige Beziehung zu einer Realität in der Form der Sprache, des Diskurses. Wahrheit wird etwa von der „postmodernen“ Feministin Jane Flax als die Wissenschaft weißer westlicher Männer gesehen. Im Gegensatz dazu akzeptiert Singer die Alternativen „große Wahrheit“ oder „keine Wahrheit“ nicht, sondern die situierten Wahrheiten, wobei der Gerechtigkeitssinn in den Prozess der Wahrheitsfindung aufgenommen werden sollte. So sei es notwendig, eine „Wahrheit“ zu suchen, wie etwa durch die Wahrheitskommissionen in Südafrika über die Unterdrückung des vorherigen Apartheidregimes. Der von der Postmoderne postulierte Konstruktivismus ist dabei nichts neues, sondern wurde schon in der Erkenntnistheorie Kants formuliert, die die Realität von den Bedingungen der Wahrnehmung des erkennenden Subjekts abhängig macht. Es gibt nur Erscheinungen, eine Wahrheit dahinter müsse darum notwendigerweise konstruiert sein. Mit der Entwicklung der Technowissenschaften gibt es nach dem linguistic turn eine weitere Erkenntnisentwicklung: in Donna Haraways und ähnlichen Theorien wird das erkennende Subjekt, das von den PoststrukturalistInnen nur von außen angegangen und kritisiert wurde, anders in Frage gestellt. Wissenschaftliche Erkenntnis entstehe nur in Zusammenhang eines Aktor-Netzwerkes, in dem Computerprogramme, organische Bestandteile (Bakterien) und LabormitarbeiterInnen koagieren. Es gibt eine deutliche „Verunreinigung“ der Subjekt-Objekt-Unterscheidungen. Diese Sichtweise wird allerdings von Singer wieder in Frage gestellt, denn wenn von nicht-menschlichen AkteurInnen gesprochen wird, die AddressatInnen wieder repräsentierende WissenschaftlerInnen sind.

Im darauf folgenden Abschnitt „Von sozialen Standorten ausgehen: Standpunkte und Objektivitätsansprüche“ werden Positionen referiert, die aus der Auflösung jeder Erkenntnis wieder in die gesellschaftlichen Verhältnisse zurücktreten. Die klassische Wissenschaftssoziologie Karl Mannheims sieht die Wissenschaft in einem soziologischen Zusammenhang verankert. Wobei er den privilegierten Standpunkt des neutralen Intellektuellen einnimmt. Die proletarische und feministische Standpunkttheorie, sieht die privilegierte Erkenntnisposition in den jeweiligen Unterdrückten, weil diese durch ihre Ausbeutungserfahrung so etwas wie Wirklichkeit eher erkennen können. Gerade die feministische Standpunkttheorie ist durch unterschiedliche Lebensweisen vor allem durch nicht-weiße Frauen in die Krise geraten. Somit wird eine Position der Marginalisierten im Allgemeinen als privilegierte Position betrachtet. Standpunkte, die auch die Vielfalt der sozialen Bewegungen ausdrücken. Die postkoloniale Kritik wird aufgenommen, wobei Objektivität nicht aus dem Zusammenzählen unterschiedlicher Teilperspektiven entsteht, sondern in der Selbstreflektivität und dem Dialog der unterschiedlichen Positionen.

Im vorletzten Abschnitt „Entortungen: Wissenschaften auf Reisen“ wird das Prozesshafte, das „Werden“ an Hand der geschichtlichen Bewegungen des Wissens als sich veränderndes nachvollzogen. So hat sich die „westliche Wissenschaft“ in unterschiedlichen Formen ausgedehnt: zuerst sind nichtwissenschaftliche Gesellschaften nur Quellen, die ausgebeutet werden. In der kolonialistischen Phase wird „anderes“ Wissen nur anerkannt, wenn es den herrschenden Strukturen nutzt. In einer letzten Phase kommt es dann um einen Kampf um Unabhängigkeit, der vor allem von diasporischen Intellektuellen geprägt ist, die nirgends so richtig dazu gehören. Auch heute noch bestimmen „Randbedingungen“, gesellschaftliche Situationen die Gültigkeit sogenannter Naturgesetze. Es gibt gegenseitige Beeinflussung, bestimmend sind aber die wissenschaftlichen Zentren, heute insbesondere die USA. Die Möglichkeiten der Subalternen, zu agieren, sind unterschiedlich: a) die Zusammenarbeit mit der herrschenden Wissenschaft zu verweigern, um nicht benutzbar zu sein, von Singer „Schweigen“ genannt. b) das Bestehen auf einem unübersetzbaren Kulturrelativismus und c) der Konformismus: Subalterne werden erst gehört und verstanden, wenn sie sich dem herrschenden Diskurs anpassen. Singer postuliert als Alternative zu diesen Standpunkten einen „kritischen Kosmopolitismus“: eine ideologiekritische, selbstreflexive, nicht unschuldige Epistemologie, die sich an Gerechtigkeit orientiert und Selbstermächtigung der Marginalisierten unterstützt (was auch eine Möglichkeit für sie als weiße Europäerin ist).

Die Zusammenfassung als „Situiertes Wissen und geteilte Wahrheit“ sieht die Wahrheit zwischen den verschieden situierten Wissen unterschiedlicher Standpunkte, aber in Abhängigkeit von sozialökonomischen Standorten wie etwa Klasse, Geschlecht und postkoloniale Situation.

„Die Aufgaben von Epistemologien habe ich dahingehend zu bestimmen versucht, dass Wissen und

Macht als *Wirklichkeitssinn* und Gerechtigkeit als *Möglichkeitssinn* zu befördern sind. [...] Epistemologie muss einen Raum für Kritik und Utopie beinhalten und dieser geht über die Koordinaten eines postmodernen und empiristischen Wissenschaftsverständnisses hinaus.“ (S. 272-273)

Mona Singers Buch bietet eine ausgezeichnete Zusammenfassung der unterschiedlichen Wahrheits- und Objektivitätstheorien bis hin zu allgemeinen Erkenntnistheorien und deren in Frage Stellung durch die unterschiedlichen Formen der Wissenschaftskritik mit einem Schwerpunkt auf Feminismus und Cultural Studies. Trotz der Bezugnahme auf die Cultural Studies wird der gesellschaftliche Einfluss der Wissenschaften auf das herrschende Alltagsverständnis etwas zu wenig beachtet und der Bezug zu den sozialen Bewegungen ist auf den Feminismus beschränkt, dort hauptsächlich auf Reflexion und Kritik bezogen. Sozialkonstruktivistische Positionen werden etwas zu abwertend betrachtet, was deren Möglichkeiten zu emanzipatorischen Veränderungen unsichtbar macht. Erstaunlich erscheint die Parallelität dieser „postmodernen“ Ansätze mit dem Pragmatismus. Dieser geht ja genau von der möglichen Praxis aus und kommt dadurch zu konstruktivistischen Annahmen, während die PoststrukturalistInnen durch den Prozess der Konstruktion die Möglichkeiten zu Veränderungen sehen. So ist es nicht erstaunlich, dass der Bezug zum Marxismus erstaunlich traditionell daherkommt und sich eigentlich nicht in das Bild des Feminismus und der Cultural Studies fügt. Die kritische Theorie wird nur am Rand betrachtet und marxistisch beeinflusste Strömungen, die sich direkt auf Klassenkämpfe und soziale Bewegungen beziehen („Operaismus“ und „Postoperaismus“) werden nicht beachtet.

Die Bezugnahme auf den Marxismus, aber das nicht ganz ernst nehmen der traditionell-marxistischen Positionen macht dann die Stärken der Positionen Mona Singers aus: Durch die Schwerpunktsetzung auf feministische Epistemologie und die Wissenssoziologie der Cultural Studies wird die Selbstermächtigung der Vielfalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten betont. Es werden die Eindimensionalistäten und Vereinfachungen des Marxismus vermieden, aber es wird um eine emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft gekämpft. Wissenschaft wird als konstituierender Teil der herrschenden Gesellschaft dargestellt, eine Veränderung durch Kritik und Ermächtigung angedacht, die Wirklichkeit der herrschenden Gesellschaft kritisiert und die Möglichkeit ihrer Überwindung wird postuliert.

Robert Foltin

Luisa Accati: Das Monster und die Schöne – Vater- und Mutterbilder in der katholischen Erziehung der Gefühle

Berlin: trafo verlag dr. wolfgang weist, 2006, 355 Seiten, 39,80 Euro

„Will man den Antisemitismus begreifen, muss man meiner Ansicht nach bei der Misogynie beginnen“[1]

„Hüb- hübsche Mutti projiziert Vorhangs Tränen goldene Haarbüschel der Lady Maria – dieses Italienmodell, welches der Witwer an der Maloche hält. S´ tropft innerhalb von Schleiern. So einfach stellt es sich vor.“[2] Dieser zeitgenössische Versuch einer Wiener Literatin, das „Italienmodell“ poetisch zu skizzieren, sei ganz bewusst an den Anfang der nun folgenden Buchbesprechung gestellt, weil es sich dabei um die Bearbeitung derselben Thematik handelt wie in der geschichts-wissenschaftlichen, anthropologischen und psychoanalytischen Studie von Luisa Accati mit dem Titel „Das Monster und die Schöne – Vater- und Mutterbilder in der katholischen Erziehung der Gefühle“.

So einfach ist es aber vielleicht doch nicht mit diesen Vorstellungen, denn „der Fall Italien“ – so die Autorin der interessanten Studie - bildet „ein ambivalentes Szenario.“[3] Das nun auf deutsch erschienene Buch der Professorin für Neuere Geschichte am Institut für Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Triest, liefert uns eine „subtile

Auseinandersetzung mit dem Marienkult" (Klappentext) und versucht mithilfe psychoanalytischer Modelle soziale oder sozio-politische Folgen aus dieser über Jahrhunderte bestehenden Tradition zu erklären. Das Buch stellt „eine Aufarbeitung dar, einen möglichen Interpretationsvorschlag für einige die Mutterschaft betreffende religiöse Symbole; es maßt sich nicht an, etwas zu beweisen"[4] und damit beginnt ein angenehmer und neugierig machender Einstieg in ein äußerst komplexes wissenschaftliches Werk, das über Jahrzehnte hinweg in intensiver Recherche- und Feldforschungs-Arbeit entstand (vom Jahr 1978 bis zur Veröffentlichung in Italien im Jahr 1998).

Die zentrale These des wissenschaftlichen Werkes wird dargelegt: Luisa Accati geht davon aus, dass den Frauen im Laufe der Geschichte von den bild- und wortpolitisch Mächtigen (den unverheirateten und angeblich kinderlosen Männern der katholischen Kirche oder im Fall Lacans - dessen Aussagen auch kritisch beleuchtet werden, weil er ein Anhänger der Unbefleckten Empfängnis ist - einem Mann der Psychoanalyse), dass den Frauen die normative Macht über ihre Gedanken entzogen worden sei und dass diese Auslöschung die Grundlage der sozialen Probleme der Frauen darstelle[n würde], auch ihrer Probleme hinsichtlich der Wissenschaft und dass damit „das Gleichgewicht zwischen intellektuellen und moralischen Fähigkeiten beider Geschlechter"[5] bedroht sei.

Das Ziel ihres Buches sieht Luisa Accati darin, „historisch sich ablagernde Automatismen zu unterbrechen und dem Denken kritische Autonomie zurückzuerstatten."[6] Ihre Untersuchung läuft durchgehend auf drei Ebenen und zwischen diesen wechselnd ab: der Gegenwart, der Vergangenheit und der Ebene des Vergleichs. So ergibt sich insgesamt eine außerordentlich spannend zu lesende Forschungsarbeit, die in mir jedoch im Laufe der Lektüre – ich will das nicht verheimlichen – ab und zu auch ein Gefühl der Ohnmacht hervorgerufen hat (wie kann eine unverheiratete Frau auch nur eine Kritik an der Kirche in der Vor- und Weihnachtszeit im katholisch geprägten Wien lesen? Das ist HardcoreWiderstand!). Ich denke, die Leser/innen , die dieses Buch und den Einsatz, der dahinter steckt, werden verstehen und würdigen können, befinden sich bereits seit langem auf dem Weg des autonomen Denkens. Von dieser Warte aus scheint mir, ich kann mich natürlich täuschen, das Ziel verfehlt. Als Werkzeug jedoch – und Luisa Accatis Begehren hinsichtlich dessen, was ihr Buch auch leisten möchte, geht in diese Richtung – als Werkzeug könnte „Das Monster und die Schöne" oder Teile daraus möglicherweise all denjenigen dienen, welchen an einer feministisch-wissenschaftlich fundierten Kritik an der Kriegsmaschine, dem „Leviathan der Ecclesia militans"[7] gelegen ist.

Ich beschränke mich im Weiteren auf ein paar wichtige Punkte der Studie – ich kann nur fragmentartig rezensieren. Im ersten Teil des Buches von Luisa Accati beschreibt uns die Geschichtswissenschaftlerin zunächst sehr genau ein Ritual. Ein Ritual des Übergangs, dessen sprachliche Kernaussage ganz berühmt von einem Philosophen der Normalsprache, von John L. Austin[8] in den 50-er Jahren sprechakttheoretisch analysiert wurde: das Heiraten. Doch steht hier bei Accati nicht die von allem Körperlichen isolierte sprachliche Äußerung der Hochzeitszeremonie im Mittelpunkt, das allseits bekannte doppelte „Ja-Sagen" des trauten Paares. Es wird vielmehr die Szenerie einer kirchlichen Trauung mit allem Drum und Dran dem analytischen Blick der Historikerin (und teilnehmenden Beobachterin) unterzogen. Sie versucht möglichst alles in ihre Analyse einzubeziehen: den Ort, die Einrichtung des Zeremonienraumes, vor allem das opulente Bildwerk, die dafür Verantwortlichen (die „Einrichter" könnte man sie nennen) sowie die Gäste und natürlich die Protagonisten - wobei die Braut, wie uns in der Folge dargelegt wird, ein wenig protagonistischer ist als ihr männlicher Partner. Dabei wird klar gemacht, dass die Bilder, die gedeutet werden, etwas gänzlich anderes (ver-)sprechen als der in schmale Worte gefasste Vollzug der Ehe. Die Wissenschafterin wählt als Ort eine der beliebtesten Hochzeitskirchen von Udine, der Stadt, in der sie auch über einen Zeitraum von 10 Jahren Informationen sammelte, Informationen von Frauen, die sich „an einem katholischen Frauenbild abarbeiten" mussten, „das im täglichen Leben und in der Kultur vorherrscht"[9] Diese Kirche, das Oratorio della Purità, ist heute Teil der Dompfarre, ur-



sprünglich war es – gar nicht überraschend eigentlich - ein Theaterraum. Die Kirche hat es eben, genauso wie jeder andere Staat, sehr gut verstanden, sich wichtige Elemente des antiken Theaters einzuverleiben (wie z.B. den Chor. Man denke nur an die polizeilichen „Chorgesänge" bei diversen Staatsmachtdemonstrationen). Es ist beim Lesen der Studie möglich, die Bildinterpretationen der Autorin mit eigenen Augen kritisch nachzuvollziehen, denn im Anhang finden sich die meisten besprochenen Bildwerke abgedruckt (Besonders interessant sind wohl zwei Bilder: ein „Kussbild" von Giotto, weil ein sinnlicher Kuss sicherlich ein sehr seltenes Sujet in der Kirchenmalerei ist - und das Foto einer Schutzmantelmadonna, eine Marienplastik aus dem 13. Jahrhundert, die sich aufklappen lässt und durch das Aufklappen in ein dreidimensionales Dreitafelbild verwandelt).

Sehr interessant ist auch der geschichtliche Überblick über die Entwicklung der Institution Ehe im Laufe der Zeiten: bis zum Konzil von Trient am 11.11.1563 war die Hochzeit eine mündlich abgemachte (oder auch einfach körperlich vollzogene) Sache zwischen zwei Partner/innen, ein Versprechen, ein Vertrag nach römischem Recht. Von diesem Zeitpunkt an hat die Institution Kirche begonnen das Ganze durch die Einführung von sakramentalen Formeln zu kontrollieren, „die bis heute den Bezugsrahmen der katholischen Ehe darstellen."[10] Im Kapitel „Die Schöne und die Einbildung" erhalten wir einen ebenso spannenden Überblick über die Geschichte der Mariologie, die „das Thema des Verhältnisses zwischen dem Göttlichen und dem Menschlichen" behandelt. Und weil die Grundrisse- Menschen im Virno- Lesekreis (wir lasen: Paolo Virno / Grammatik der Multitude) bereits den Denker Duns Scotus oder zumindest einige seiner Gedanken zur Individuation kennen lernen konnten, sei darauf hingewiesen, dass uns hier bei den Diskussionen zur sogenannten Unbefleckten Empfängnis derselbe Duns Scotus wieder begegnet: er „verleiht dem Denken der Unbefleckten Empfängnis schließlich eine systematische, theologisch-philosophische Form"[11] In seinem Scriptum Oxoniense etwa schreibt er, dass Maria durch die Vermittlung ihres Sohnes, durch diese Gnade der Vermittlung bewahrt sei vor der Erbsünde (für alle nicht „katholisch" gebildeten: mit Erbsünde ist die böse Wollust gemeint. Schon seit Paulus, dem ersten erfolgreichen Mitglied-Werber des Christenvereins ist das so. Maria ist also quasi eine „einzige nicht geile Frau". Und diese Einzige, dieses keusche weibliche Wesen ist zum Idealbild der Kirche geworden, zum Idealbild eines hierarchisch strukturierten Männervereins. Und diese Männer tragen ja so gerne Frauen- Kleider.[12] Eigentlich ziemlich pervers, das Ganze, oder ?)

Luisa Accati behauptet schließlich im Kapitel „Die Ambivalenz der Politik und der Wissenschaft", dass „außerhalb Italiens, auch in anderen katholischen Ländern, der Papst, die Bischöfe und die Pfarrer bei weitem nicht so wichtig sind"[13] – eine Behauptung, die ich hiermit in unseren Grundrisse-Raum stelle. I don´ t know! Möchte ich lakonisch darauf antworten. Und: Der letzte Papst hieß „in Zivil" Karol Wojtyla und hat , wenn man dem Vatikan-Experten Ludwig Ring-Eifel Glauben schenken möchte, die polnische Solidarnosc im Untergrundkampf finanziell unterstützt - der momentane Papst heißt Herr Ratzinger, ist Deutscher und als „Papa" Benedikt XVI. ist er (wie alle anderen kinderlosen Papas seit Pius XII.) womöglich in einer Hinsicht transnational wichtig: Der Pontifex ist, wie es im Wirtschaftsblatt vom 8. Jänner zu lesen ist, Eigentümer einer Bank, der Vatikanbank namens IOR (Institut für religiöse Werke), einer Bank die 1942 von eben genanntem Zwölften Pius gegründet wurde und traditionellerweise bisher weder Bilanzen noch Rechenschaftsberichte vorgelegt hat. 2006 hat der Vatikan seine Bilanz jedoch vorgestellt: „Der kleinste Staat der Welt meldete für 2005 ein positives Ergebnis von 9,7 Millionen Euro."[14] Hinsichtlich der Einnahmen gibt es ein Minus von 73,9 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 73 Millionen im Jahr 2005. Präsident dieser Bank soll übrigens der ehemalige Chef der deutschen Bundesbank, Hans Tietmayer, werden, der bereits ein Mitglied der päpstlichen Akademie der Wissenschaften und – wer kontrolliert das eigentlich ? – ein überzeugter Katholik ist.

A. Omnia sunt communia![15]

Als ungefragt katholisch getaufte Tochter einer protestantischen Mutter und eines katholischen Vaters, ehemalige katholische Mädchengruppenleiterin und auch Kirchenchorsängerin unterbreite ich hier ein paar zusätzliche Gedanken, die Kritik am kleinsten Staat der Welt betreffend: was das Minus im pontifexischen Haushalt anbelangt, könnte Mann da vielleicht nicht ganz praktisch hauswirtschaftlich denkend und agierend damit beginnen und bei der teuren Kleidung der Ordensmänner etwas einsparen? Denn wozu eigentlich dieser viele bunte Stoff, mit dem sie ihre Unterleiber und Beine umhüllen, diese gebärneidischen Männer?[16] Die zweiten Häute betreffend (damit ist der immobile Besitz der katholischen Kirche und ihres „Heiligen Stuhls" gemeint) könnte man sicherlich auch Konzepte entwickeln, die dem Begriff einer Revolution besser gerecht würden. Besetzungen von Kirchengebäuden haben in den letzten Jahren bereits an mehreren Orten stattgefunden – es mangelt wohl auch und einfach am Verständnis und am Willen der entscheidenden Kirchenmänner, in dieser

Hinsicht bleibende Veränderungen zu installieren bzw. zuzulassen. Es käme sicher günstiger, die heiligen Hallen dem Prekariat zur Verfügung zu stellen, als einzelne Staatsoberhäupter oder deren Gattinnen zu empfangen[17] Der enorme Aufwand für den teuren Sicherheitsapparat fiele sofort weg. Wir brauchen nämlich diesen „Schutz“ nicht! Und dank unseres Ideenreichtums ist die Heiligenschar auch schon up to date, d.h. ein wenig Arbeit haben wir dem Heiligsprecher abgenommen.

B. Was kann ich als Einzelne tun?

Luisa Accati meint: „Die Selbstbehauptung des Einzelnen kann nicht von anderen, sondern nur von ihr oder ihm selbst vollzogen werden. Man kann nicht die Autonomie und Freiheit einer anderen Person schaffen wollen, ohne diese gleichzeitig der Freiheit zu berauben. Der Befehl: Sei frei! ist das Paradoxon schlechthin.“[18] Diese Gleichung, welche hier von der Wissenschafterin aufgestellt wird, die Gleichung „Selbstbehauptungsvollzug = Freiheit, Autonomie des/der singulären Vollziehenden“ möchte ich doch in Frage stellen. Wer oder welche vollzieht singulär? Gehören zu einem Vollzug nicht immer mindestens zwei Parteien? Ohne Zeugen, ohne Publikum oder ohne Gegenüber kann es keinen Vollzug eines/r Einzelnen geben, auf jeden Fall doch keinen politisch oder sozial gedachten. Und wenn doch: wäre diese Freiheit dann nicht mit Einsamkeit gleichzusetzen? Der singulär gedachte Vollzug ist das Paradoxon schlechthin – außer man performt im Eremitendasein (Man bzw. Frau kann natürlich aus der Kirche austreten. Ich hab das vor Jahren schon getan.) Am Ende soll noch einmal die zeitgenössische Literatur zu Wort kommen: „Wissenschaft IST unser öffentliches Wesen, die Bedingungen sind kontrollierte. Immer wieder aber schwappt die Materie des Privaten – durch ein Momentanbegreifen von einem Eigentlichen gefiltert – an den Kurven der gerade geltenden Grafiken über. Da, diese ganze vorgestellte Dame bedeutet uns unsre Legende.“ [19]

Lise Langsteg

Fellow am Institut[20] für brotlose Künste

Mein Dank geht an die Autorin Luisa Accati und an den Übersetzer Klaus Neundlinger (Institut für brotlose Künste Wien), der das Buchgeschenk an mich vermittelt hat.

Schließen möchte ich mit der „blasphemischen Rache“ einer Künstlerin: „Geister/Körper Trennung: Das Juden-Christentum repräsentiert eine Regression in der mentalen, emotionalen Entwicklung der Menschheit. Das heißt, es ist eine dumme Philosophie, die jedoch wahrscheinlich Bedürfnisse einer Sicherheit erfüllt hat, des Vaters wachsame Präsenz. Es machte das gesprochene/geschriebene Wort zum Gesetz. Nonverbale Info wurde nicht gezählt (die östlichen Religionen sind viel intelligenter, sie schließen viel mehr alle Infos ein)“[21]

1 Das Monster und die Schöne, S. 12 - Im Original erschien das Buch 1998 in Milano/ Cortina unter dem Titel: Il mostro e la bella. Padre e madre nell` educazione cattolica dei sentimenti.
2 Lisa Spalt / Froschkörpers Übersetzungsgeschichte / perspektive hefte für zeitgenössische literatur 52 +53 2005, 2006 / S. 33 / 3.
3 Das Monster und die Schöne (im folgenden abgekürzt Moschö) Sechster Teil / 11 / S. 284
4 Moschö S. 13
5 Moschö S. 12
6 Moschö S. 13
7 Hieronymus Bosch / Wilhelm Fraenger / VEB Verlag der Kunst Dresden 1975 / S. 402
8 Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with words) / John L. Autin / Reclam-Heft 2002 / z.B. S. 30
9 Moschö S. 14
10 Moschö S. 36/37
11 Moschö S. 75
12 Ich möchte auf ein außergewöhnliches Foto verweisen, dass in der FAZ am 18.11.2006 veröffentlicht wurde, welches den Papst bei einem Kaffee-Kränzchen bei seinem Bruder mit noch anderen „Brüdern“ zusammen auf einem Balkon in Regensburg zeigt und das wie folgt kommentiert wurde: „Ein Bild wie aus dem Deutschland der fünfziger Jahre, eine Spitzweg-Idylle, bei der sogar die Farben der priesterlichen Roben zu den blühenden Geranien passen.“ Michael Hanfeld / Unter deutschen Dächern
13 Moschö S. 306
14 Wirtschaftsblatt 8. Jänner 2007 / S. 11 / Papst plant Revolution an der Spitze der Vatikanbank
15 sagte Thomas Müntzer / ich zitiere seinen Ausspruch aus dem Roman Q (Ein Thriller zwischen Reformation und Inquisition) / von Luther Blisset (ein Autorenkollektiv aus Bologna) / Piper 2006
16 „Der Mann ist der neidischste aller Geschöpfe. Sein berüchtigter Brotneid übersteigt alle Grenzen. Derselbe ist das wesentliche Hindernis der geistigen Entwicklung des gesamten Frauengeschlechts, eine Tatsache, die nicht dem allerrohesten Tier zum Bewusstsein gebracht werden könnte, da in der Tierwelt alles gleichgehalten ist.“ Helene von Druskowitz – Der Mann als logische und sittliche Unmöglichkeit und als Fluch der Welt/ Pessimistische Kardinalsätze IV 16./ Kore Verlag Freiburg im Breisgau 1988/ erste Auflage 1903
17 Man sollte ihn nicht vergessen, den Pomp im und rund um den Wiener Stephansdom anlässlich des Besuchs des „Kreuzzugs“-Präsidenten Bush + First Lady im Juni 2006.
18 Moschö, S. 251
19 siehe Anmerkung 2
20 „Ich glaube, dass der Begriff der „Institution“ auch (und möglicherweise vor allem) für die Politik der Multitude Ausschlag gebend ist. Mittels der Institutionen schützt sich unsere Art vor der Gefahr und gibt sich Regeln, um die eigene Praxis zu potenzieren. Institute sind Rituale mittels derer wir versuchen, die Krise einer Gemeinschaft abzuschwächen und zu lösen.“ Paolo Virno in einem Gespräch initiiert von Colectivo Situaciones: Die Reife der Zeit: Zur Aktualität der Multitude / grundrisse Jubel-Heft Nr. 20
21 Lee Lozano, amerikanische Konzeptkünstlerin, notierte dies am 22. Mai 1969 / Handout der Kunsthalle Wien zur Ausstellung: Seek the extremes, that´s were all the action is / Kunsthalle Wien 2006

Rainer Roth: Zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens

Frankfurt: DVS, 2006, 84 Seiten, 3 Euro

Als erklärter Befürworter des bedingungslosen garantierten Grundeinkommens eine Broschüre eines ebenso erklärten Kritikers besprechen zu wollen, was soll dabei herauskommen? Die Wiederholung von Argumenten, Polemik, spitze Formulierungen? So etwas will niemand lesen und ich werde es auch nicht schreiben. Die hauptsächlichen Einwände von Rainer Roth seien gerne aufgelistet: Das Grundeinkommen würde Lohnsubvention bedeuten, die erwerbsarbeitslosen BezieherInnen würden auf Kosten der Lohnarbeitenden leben, die Forderung würde Lohnarbeitende und Erwerbsarbeitslose spalten und verhindere ein Bündnis zwischen ihnen. Weiters würde das Grundeinkommen an der Geldform hängen und damit die Kapitalakkumulation voraussetzen. Zu diesen Punkten möchte ich jetzt kaum etwas sagen; ich habe zum Thema Grundeinkommen ausführlich publiziert. Mich interessiert ein Aspekt in dieser Broschüre, der mit dem Thema Grundeinkommen wenig zu tun hat, der aber, wie ich meine, die Argumentation von Roth trägt.

Ich möchte diese Argumentation ausgehend von einem kurzen Abschnitt in Roths Broschüre diskutieren, in der sich seine Auffassungen verdichten: „Emanzipation, Freiheit, Selbstbestimmung und kapitalistische Warenproduktion sind ein Widerspruch in sich. Denn solange Privatleute für einen unbekannten Markt in Konkurrenz gegeneinander für die Verwertung ihres Kapitals produzieren, hat die Gesellschaft ihre Entwicklung nicht im Griff. (…) Die Menschen müssen erst Herr über ihre Verhältnisse werden, bevor von Emanzipation und Selbstbestimmung die Rede sein kann.“ (Seite 66)

Methodisch beruht der Diskurs von Roth auf der strikten Entgegensetzung zwischen dem „Jetzt“ des Kapitalismus und einem fernen „Später“. „Widerspruch“ meint keinen prozessierenden Widerspruch, sondern eine schlichte Unmöglichkeit. Emanzipation, Freiheit und Selbstbestimmung kann es im Kapitalismus nicht geben, meint Roth. Dieser Punkt markiert die eigentliche Differenz zwischen Roth und mir, die Frage des Grundeinkommens ist sozusagen nur eine Fußnote. Ich meine, die Elemente der neuen Gesellschaft müssen in der alten entstehen, damit das Projekt der Umwälzung mehr als ein frommer Wunsch ist. Dieser Satz ist klarerweise nur eine Paraphrase Marxscher Äußerungen. Falsch, sagt Roth, Dinge zu fordern, die mit dem Kapitalismus nicht kompatibel sind, das ist gefährlicher Utopismus. Ich meine im Gegenteil: Nur wenn Emanzipation und Selbstbestimmung mehr als ein bloßes Postulat sind, wenn Befreiung real, materiell wird, gibt es eine Chance, den Kapitalismus zu überwinden. Zweifellos werden die Risse und Spalten (Holloway) im Kapitalismus immer wieder geschlossen, sei es durch Repression, sei es durch Vereinnahmung oder Prozesse der Selbstlimitierung. Aber der einzige Weg zu einer neuen Gesellschaft besteht darin, die Elemente einer neuen zu praktizieren, zu fordern. Das muss nicht bewusst oder aus abstrakter Einsicht geschehen. Der Kapitalismus wird nur dann überwunden, wenn Emanzipation und Befreiung eine Dichte und materielle Intensität erreichen, die gestaltende Mächtigkeit/*potentia* (Spinoza) annimmt.

Roth denk genau entgegengesetzt. „Die Menschen müssen erst Herr über ihre Verhältnisse werden, bevor von Emanzipation und Selbstbestimmung die Rede sein kann.“ Wir müssen das Projekt der Emanzipation, der Freiheit und Selbstbestimmung, so wir es ernst nehmen, vertagen. Bis wann? Bis wir Herr (sic!) über unsere Verhältnisse werden. Was „Herr über unsere Verhältnisse“ bedeutet, wüsste ich nur all zu gerne. Den starken Gedanken von Marx – die Elemente der neuen Gesellschaft müssen in der alten entstehen – verwirft er, an den problematischsten Formulierungen knüpft er offenbar an. Mit dem Phantasma einer sich selbst transparenten Gesellschaft, die keiner politischen Konstitution, sondern nur einer sachlichen Verwaltung von Sachen bedarf, hat Marx uns eine höchst problematische Formel hinterlassen. Nach bald hundert Jahren Versuchen, die kapitalistische Vergesellschaftung zu überwinden, wissen wir, dass Gesellschaft niemals sich selbst transparent wird. Menschen, Gesellschaft, das Sein: das Moment des Unvorhersehbaren und Unbeherrschbaren ignorieren zu wollen, muss im Desaster enden. Wir werden niemals „Herr über unsere Verhältnisse“ werden, den Gesellschaftsgott kann es nicht geben. Unser Projekt kann nur die Konstitution eines Gemeinwesens sein, das maximale Selbstreflexion der gesellschaftlichen Institutionen und Verhältnisse erlaubt. Cornelius Castoriadis hat dies stets das Projekt der Autonomie genannt.

Wie wir zuerst maximale Beherrschung unserer Verhältnisse erlangen können, um *dann* über Emanzipation und Selbstbestimmung erstmals *reden* können, ist ein Rätsel. Gerade für Roth muss die Beherrschung der „Entwicklung“ der Gesellschaft – damit ist letztlich wohl eine sozialphilosophisch überhöhte Planwirtschaft gemeint – ja schon die Emanzipation *sein*. Aber wie Emanzipation erlangen, ohne den Prozess der Emanzipation voranzutreiben? Roth führt uns in eine ausweglose Absurdität. Wenn Prozesse der Emanzipation und der Befreiung, die Kraft und Begehren entfalten und gestaltend wirken können, im Kapitalismus unmöglich sind, so ist dieser ontologisch gegen Umwälzung abgeriegelt und das Projekt einer gesellschaftlichen Transformation unmöglich. Aber offensichtlich führt der Weg zur „Herrschaft über unsere Verhältnisse“ nicht über die Entfaltung von Emanzipation und Freiheit, sondern über einen zweiten, völlig andersartigen Prozess. Aber welchen?

Des Rätsels Lösung: Es muss parallel zu kapitalismuskompatiblen Forderungen ein politisch handelndes Subjekt unterstellt werden. Wenn wir das Nichtgesagte einbeziehen, dann gewinnt der Diskurs von Roth durchaus Logik und Stringenz. Dieses projektierte „Wer“, das angenommen den z.B. Mindestlohn durchsetzt, soll dadurch zu höheren Taten fähig sein. Dieses Subjekt muss nicht unbedingt eine Partei leninistischen Typs sein, möglicherweise kann es gegenwärtig gar nicht exakt benannt werden, möglicherweise zeigt es sich als Pluralität von politisch handelnden Subjekten, möglicherweise ist es aktuell nur ein vages politisches Projekt. Dies ist der gemeinsame Nenner von Roth und allen, die im Prinzip am Leninismus festhalten, klugerweise aber erkennen, dass ein lineares Fortschreiben ihrer Parteiaufbauversuche nicht sinnvoll ist. Das je konkrete Projekt wurde zumeist aufgegeben oder relativiert, die Methode aber beibehalten. Die Polemik gegen das Grundeinkommen, stellvertretend für unkontrollierbare Emanzipation, stellt die Klammer dar. Nur wenn eine solche politisch handelnde Einheit unterstellt wird, gewinnt der Diskurs von Roth an Konsistenz und zerschellt nicht an den eigenen Widersprüchen.

Der Prozess der Konstitution dieser politisch handelnden Einheit sowie der Prozess der Emanzipation und Befreiung fallen für Roth zeitlich und logisch auseinander. Daher akzeptiert Roth nur Forderungen, die grundsätzlich vom Anspruch entlastet sind, das Bedürfnis nach Emanzipation, Freiheit und Selbstbestimmung auszudrücken. Der von ihm favorisierte Mindestlohn beansprucht ja gar nicht, Lohnarbeit und Kapitalismus überwinden zu wollen. Exakt darin soll die Stärke dieser Forderung bestehen. Durch das Grundeinkommen – oder was auch immer – den Kapitalismus aus den Angeln heben zu wollen, sei irreal. Eine läppische, ja gefährliche Illusion, so Roth. Hier und heute Freiheit realisieren zu wollen – bitte abschminken! Entsprechend genüsslich rechnet er diesen Forderungen ihre tatsächlichen Verstrickungen in die kapitalistische Vergesellschaftung vor. Sein Dualismus besitzt Logik. Die Forderung nach dem Grundeinkommen ist mit Geld verknüpft, selbstverständlich auch der von ihm favorisierte Mindestlohn. Da der Mindestlohn aber die kapitalistischen Institutionen nicht in Frage stellt, die Lohnarbeit akzeptiert, existiert hier kein Problem, wohl aber beim Grundeinkommen. Wer dieses Argumentationsschema einmal verstanden hat, kann es leicht bei allen Themen durchspielen, es passt und funktioniert immer.

Die Sprache der Emanzipation und die Sprache der Konstitution und Optimierung des politischen Subjekts sind entgegengesetzt. Nicht zufällig ist diese zweite Sprache der Macht eine militärische: Bündnis, Einheit, Strategie, Taktik, Stellungskrieg, Bewegungskrieg. Wenn Roth schlussendlich die BefürworterInnen des Grundeinkommens auffordert, ihre „spaltende und illusionäre Forderung“ (79) aufzugeben, so spricht hier der Standpunkt der Optimierung quasimilitärischer Kräfte, nicht das Bedürfnis nach Befreiung. Emanzipation im Kapitalismus ist Illusion, das haben wir gelernt, wir müssen in Kräftevektoren denken. Da wir den Diskurs der Befreiung vertagen müssen, gilt es, den Diskurs der Machtoptimierung zu führen. Diese Botschaft Roths wird verstanden und goutiert werden, dessen bin ich sicher. Der Leninismus in allen seinen Spielarten, von unverdrossen vorgeschriebenen Parteiaufbauprojekten bis zu mehr gegenwärtig nur als Projekt existierenden Strömungen, lehnt durchgehend das Grundeinkommen ab. Diese Ablehnung hat aus ihrer Sicht durchaus Sinn. Die tatsächlichen Prozesse der Emanzipation und die Machtprojekte standen immer im Konflikt, denken wir etwa an die 68er Bewegung. Doch das Konzept, die Macht der Emanzipation vorzuordnen, ist historisch gescheitert. Roth präsentiert uns eine reduzierte, etwas bescheidene Ausgabe dieses Projekts. Das Pathos fehlt, aber die Elemente sind vorhanden. Vertagung der Emanzipation, Orientierung an imaginierten Kräftevektoren (Bündnis der Erwerbstätigen mit den Arbeitslosen), Ordnung und Einordnung. Alles an seinem Platz und alles zu seiner Zeit. Auch wenn ich das Projekt des Grundeinkommens für sinnlos erachten würde, ich könnte Roth nicht zustimmen.

Karl Reitter

